Nr. 506 ♦ 43. Jahrg.
Ausgabe A Nr. 258

Bezugspreis.
Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 3.— Reichsmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Memelgebiet, Oesterreich, Litauen, Luxemburg 4.50 Reichsmark, für das übrige Ausland 5.50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts" mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit" sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen", „Aus der Filmwelt", „Frauenstimme", „Der Kinderfreund", „Jugend-Vorwärts" und „Blick in die Bücherwelt" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Morgenausgabe

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Anzeigenpreise:
Die einspaltige Nonpareillezeile 80 Pfennig. Reklamezeile 5.— Reichsmark. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 25 Pfennig (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellengesuche das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Zeile 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Zeile 40 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4½ Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 8½ Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—297.

Mittwoch, den 27. Oktober 1926

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3
Postscheckkonto: Berlin 37 536 — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 65; Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstr. 3.

Briand bleibt optimistisch.

„Schritt für Schritt vorwärts" – Abrücken von de Jouvenel.

Von unserem Pariser Korrespondenten wird uns geschrieben:

In der letzten Zeit ist in der französischen Presse außerordentlich viel über die „Stockungen", die in den Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich eingetreten seien, geschrieben worden. Es waren insbesondere zwei einander ziemlich schroff gegenüberstehende Tendenzen feststellbar. Während die einen bei aller Hervorhebung der Schwierigkeiten, auf die gewisse, in Thoiry besprochene Pläne stoßen, in der nachdrücklichsten Weise darauf hinwiesen, daß man von dem langsamen Gang der Verhandlungen keineswegs überrascht sein dürfe und kein Grund vorliege, daran zu zweifeln, daß das große Werk des französisch-deutschen Ausgleichs gelingen werde, sprachen die anderen von einem „Zusammenbruch der Illusionen von Thoiry" und klagten Briand an, „aus seinem Erfolg vor dem Völkerbund Schlußfolgerungen gezogen zu haben, die mit Frankreichs Interessen in Widerspruch ständen". Genau wie die deutsche nationalistische Presse, um der „Politik von Thoiry" möglichst viel Böses nachsagen zu können, sich auf die Artikel ihrer rechtsstehenden französischen Bruderorgane beruft, zitieren auch die Organe des Nationalen Blocks alles was in der „Deutschen Tageszeitung", in den Hugenbergblättern oder in der „Kreuzzeitung" steht, sehr eifrig, um den Eindruck zu erwecken, als ob die deutsche „öffentliche Meinung" längst abgerückt sei von den Liebeserklärungen, die man sich in Genf und Thoiry machte.

Der Zweck der ganzen Kampagne ist klar: die Außenpolitik, wie sie Briand macht, ist das einzige, was von der Aktion der Mehrheit vom 11. Mai 1924 übrig geblieben ist, und daß Briand diese Politik unter der Ministerpräsidentschaft Poincarés weiterführt, lastet auf den Rechtsparteien aus wahltaktischen Gründen außerordentlich stark. Gelänge es wenigstens, den Anschein zu erwecken, daß die großzügige Annäherungspolitik, wie sie in Thoiry und vorher schon in Locarno ins Auge gefaßt wurde, auf einstweilen unüberwindliche Hindernisse stößt, so ließe sich auch in dieser Hinsicht gegen das der Rechten auch nach seinem Tode noch so gefährlich erscheinende und tief verhaßt gebliebene „Linkskartell" ein demagogischer Feldzug entfachen, dessen Gewinn der Nationale Block vielleicht schon bei den im kommenden Januar stattfindenden Senatserneuerungswahlen einzuheimsen gedächte. Immerhin ist auch auf der Linken ein gewisses Unsicherheitsgefühl entstanden, da die Dinge tatsächlich nicht so rasch vorwärts gehen, als es infolge einer unvorsichtigen oder absichtlich übertreibenden Pressekampagne, unmittelbar nach Thoiry, den Anschein haben konnte. Aber was Briand selbst betrifft, so zeigt er sich nach wie vor entschlossen, den in Locarno und Thoiry eingeschlagenen Weg weiterzugehen, ohne sich durch Hindernisse, durch die er sich nicht überrascht erklärt, irgendwie entmutigen zu lassen. Das geht am besten aus nachstehenden Aeußerungen hervor:

„Konnte irgendein ernsthafter Mensch, der die Sachlage und ihre Komplikationen kennt, wirklich glauben, daß man von heute auf morgen zu den gewünschten Lösungen käme? Ein Wesentliches ist erreicht: Frankreich und Deutschland arbeiten auf völlig gleichem Fuße im Völkerbund zusammen. Sie sind beide besten Willens, um die vorhandenen Schwierigkeiten zu überwinden, die ihrer notwendigen Verständigung sich entgegenstellen können. Wenn es auf einem Weg nicht geht, so werden sie eben einen anderen suchen, ohne je das Ziel aus dem Auge zu verlieren, das, bei ständiger Würdigung der beiderseitigen Interessen, in der Gesamtlösung aller, ja aller Fragen besteht, die heute noch zwischen den beiden Ländern schweben. Dabei darf man weder eine Frage auf die lange Bank schieben noch sich überstürzen. So vieles, was vor zwei Jahren für unmöglich gehalten wurde, hat sich in der Zwischenzeit verwirklicht. Einstweilen sind, wie wir es in Thoiry ausgemacht haben, die Experten an der Arbeit, die die Einzelfragen prüfen, und die Besprechungen zwischen mir und dem deutschen Botschafter v. Hoesch haben, ebenfalls entsprechend den in Thoiry getroffenen Vereinbarungen, sofort nach der Rückkehr des Herrn von Hoesch nach Paris eingesetzt. Andere Besprechungen werden ihr folgen und wohl viele. Im Dezember gedenke ich Herrn Stresemann in Genf zu treffen: dann werden wir das Terrain zusammen wieder überschauen. So kämen wir Schritt für Schritt vorwärts, ohne uns durch das Geschrei von Leuten, die, aus wer weiß welchen Gründen, sicher nicht immer den edelsten oder desinteressiertesten, plötzlich eine gar große Ungeduld an den Tag legen, aus der Ruhe bringen zu lassen."

Das erklärte Briand dieser Tage in einem engeren Kreis von Mitarbeitern und Politikern. An den Richtlinien seiner auswärtigen Politik ist nichts geändert. Konnten gewisse Artikel des Senators Henry de Jouvenel, der Mitglied der französischen Delegation in Genf war, diesen Eindruck erwecken, so war das ein Irrtum, da diese Artikel, wie es der „Quotidien" dieser Tage betonte, wohl nicht ohne sich vorher an der besten Quelle danach erkundigt zu haben, in keiner Weise die Auffassungen Briands wiederspiegeln.

Verhandlungen im englischen Streik.

Zwischen Regierung und Gewerkschaften.

London, 26. Oktober. (WTB.) Nach einer amtlichen Mitteilung hat heute nachmittag der Premierminister in Gegenwart des Schatzkanzlers und des Bergbauministers in Downing Street Vertreter des Generalrats der britischen Gewerkschaften zu Besprechungen über die gegenwärtige Lage im Kohlenbergbau empfangen. Die Besprechungen waren vertraulich.

Kenworthy geht zur Arbeiterpartei.

Zu den im Ausland bekanntesten britischen Parlamentariern gehört der Abg. Kenworthy, schon durch seinen Kampf gegen die früheren Schikanen gegen Deutschland und gegen Unrecht in aller Welt. Er ist jetzt von den Liberalen zur Labourpartei übergetreten und erklärte der Presse gegenüber: „Es ist die Pflicht eines jeden Liberalen und Radialen, meinem Beispiel zu folgen. Die Labourpartei ist nun die wichtigere Partei. Die Liberalen sind von Grund auf zersplittert, und der Rücktritt Lord Oxfords hat die Partei noch mehr zerbersten lassen. Lloyd George nahm während des Generalstreiks die richtige Linie ein und ich war der einzige vom radikalen liberalen Flügel, welcher Lloyd George dabei unterstützte. Lloyd George und alle, die wirkliche Radikale sind, sollten meinem Beispiel folgen und die Wighs zu den Tories hinübergehen lassen."

Dieser Schlußsatz bedeutet auf deutsch etwa: „Sollen doch die Rechtsradikalen zu den Deutschnationalen hinübergehen!"

Der angebliche Erzberger-Mörder.

Paris, 26. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der „Temps" meldet zu den in der Presse verbreiteten Nachrichten von der Verhaftung eines angeblichen Erzberger-Mörders in Mülhausen im Elsaß, daß nicht in Mülhausen, aber in Colmar ein Deutscher festgenommen worden sei, der seit einiger Zeit dort unter falschem Namen lebte und sich in mehrfacher Hinsicht verdächtig zeigte. Er hielt sich in Colmar unter dem Namen Fournier auf. Die französische Polizei hat aber festgestellt, daß er in Wirklichkeit ein früherer deutscher Offizier namens Edelmann ist, der sich längere Zeit in Algerien in der Fremdenlegion aufgehalten hat. Die französische Polize, hat jetzt der badischen Justiz in Offenburg, die damals den Erzberger-Prozeß führte, die Photographie und die Personalbeschreibung des Verhafteten zugehen lassen, um festzustellen, ob, der Festgenommene nicht der gesuchte Mörder Tillessen oder ein Komplice ist.

Polen erschwert die Verhandlungen.

Durch neue Deutschenverfolgung.

Zu den eigentlichen deutsch-polnischen Verhandlungsschwierigkeiten sind in der letzten Zeit noch verschiedene Differenzen hinzugetreten, die die Arbeit der Unterhändler erschweren. So haben die polnischen Behörden zwei Direktoren größerer ostoberschlesischer Werke aus Polen ausgewiesen und gegen siebzehn Wohltätigkeitsanstalten des Deutschen Frauenvereins in Posen und Pommerellen einen Liquidationsbeschluß gefällt, der abermals hunderte Deutsche zwingen wird, das Land zu verlassen. In beiden Fällen hat die deutsche Regierung Beschwerdenoten nach Warschau gerichtet. Ebenso kann die deutsche Regierung nicht zu der unerträglichen Spitzelei gegen das deutsche Generalkonsulat in Kattowitz schweigen, die zum Kattowitzer Volksbundprozeß geführt hat.

Die neuen Ausweisungen passen zu den deutsch-polnischen Verhandlungen über das Niederlassungsrecht wie die Faust aufs Auge. Mit solchen Methoden zwingt Polen die deutschen Unterhändler erst recht, darauf zu bestehen, daß in der Niederlassungsfrage ganz klare und sichere Verhältnisse geschaffen werden. Bis jetzt will Polen nur Großkaufleuten das Niederlassungsrecht zugestehen, nicht aber Angestellten, Handwerkern, Kleingewerbetreibenden usw. In der Einreisefrage ist man bis jetzt nicht viel vorwärtsgekommen.

Im November tritt der tschechoslowakisch-polnische Handelsvertrag in Kraft. Er enthält verschiedene Zugeständnisse, die nach Zustandekommen des deutsch-polnischen Vertrages auch Deutschland zufallen, da auch dieser Vertrag die gegenseitige Meistbegünstigung enthalten wird.

Kampf um den Finanzausgleich.

Forderungen der Industrie. — Denkschrift des Städtetages.

Die Reichsregierung hat schon vor längerer Zeit mitgeteilt, daß die ursprünglich beabsichtigte endgültige Regelung des Finanzausgleichs bis zum 1. April 1927 nicht durchgeführt werden kann. Sie will dem Reichstag eine provisorische Regelung vorschlagen und im übrigen zunächst einmal die Ergebnisse der Reichsfinanzstatistik abwarten, die einen vergleichenden Ueberblick über die Istziffern der Finanzen des Reichs, der Länder und Gemeinden im Jahre 1913, 1925 und im ersten Halbjahr 1926 geben soll. Der Gesetzentwurf über den provisorischen Finanzausgleich ist noch nicht veröffentlicht, aber schon melden sich von allen Seiten die Stimmen der Interessenten. Die bayerische und württembergische Regierung lassen ankündigen, daß sie auf der Konferenz der Länderfinanzminister am 2. November die Erhöhung des Anteils der Länder und Gemeinden an der Einkommensteuer von 75 auf 90 Proz. verlangen. Ferner wenden sie sich mit aller Energie gegen den beabsichtigten Fortfall der Garantie für diejenigen Länder, die nicht 80 Proz. des durchschnittlichen Aufkommens erreichen. Der Deutsche Städtetag hat eine ausführliche, sorgfältig durchgearbeitete Denkschrift über die Finanzen der Gemeinden veröffentlicht, in der er die allgemeine Forderung nach Gewährung eines Zuschlagsrechts zur Einkommensteuer eingehend begründet. Die Spitzenverbände der Wirtschaft veröffentlichen Leitsätze zum Finanzausgleich mit ihren eigenen Forderungen.

In diesem allgemeinen Kampfe aller Interessenten gegeneinander darf niemals vergessen werden, daß es sich bei dem Finanzausgleich um das schwierigste innerpolitische Problem handelt. Von der Regelung des Finanzausgleichs ist die verwaltungsorganisatorische und damit auch in starkem Maße die politische Entwicklung Deutschlands abhängig. In diesem Kampfe werden die verschiedensten Gesichtspunkte durcheinander gehen. Zentralistische Bestrebungen kämpfen gegen föderalistische, die „Wirtschaft" kämpft schlechthin gegen jede Steuerzahlung überhaupt und wird in diesen Auseinandersetzungen die eifrigste Verfechterin der Theorie von der Nachtwächterrolle des Staates sein. Nur keine Sozialpolitik, nur keine Gefühlsduselei, wir ersticken unter der Last der Steuern! Die Mittel müssen zwangsweise verknappt werden, zwanzig Prozent der Ausgaben müssen rücksichtslos zum Verschwinden gebracht werden. Der Finanzausgleich ist die günstige Gelegenheit, die „Steuersadisten" in Gemeinden und Ländern niederzuzwingen.

Die Denkschrift des Deutschen Städtetages hat den Vorzug, daß sie wirkliches Material bringt. Dieses Material ist interessant, es wird vielen neu sein und sicher zum Nachdenken anregen. Es ergibt sich, daß die Städte den Hauptanteil der öffentlichen Verwaltungsarbeit bestreiten. Eine Uebersicht über den etatmäßigen Steuerbedarf des Reichs, der Länder und Gemeinden nach den Istausgaben des Jahres 1913 und den Etatszahlen des Jahres 1925 ergibt folgende Vergleichszahlen auf den Kopf der Bevölkerung:

Etatsausgaben	in Mark je Einwohner 1913	1925	
Reich (Steuern u. Zölle ohne Ueberweisungen)	23,61	68,52	= 190 %
Preußen	13,13	36,50	= 178 %
Städte (Stadtkreise)	38,30	62,00	= 62 %

Obwohl also die Städte vor dem Kriege den größten Finanzbedarf hatten, haben sich die Ausgaben bei ihnen nur um 62 Proz. gegenüber der Vorkriegszeit gesteigert, während Land und Reich eine dreifach größere Steigerung zu verzeichnen haben. Gewiß erklärt sich die gewaltige Steigerung der Ausgaben des Reichs und auch der Länder zur Genüge aus den Kriegsjahren und den Verschiebungen der Aufgabenverteilung. Die verhältnismäßig geringe Steigerung der gemeindlichen Ausgaben steht aber in keinem Verhältnis zu den heftigen Angriffen, die von den Unternehmern ununterbrochen viel mehr gegen die Gemeinden als gegen Reich und Länder gerichtet worden sind. Das erklärt sich aus der starken Anspannung der Gewerbesteuern bei den Gemeinden. Auch die Leitsätze der Spitzenverbände beschäftigen sich in erster Linie mit den Beschwerden über die „gegenwärtig ganz ungleichartige und unübersichtliche Gewerbesteuergesetzgebung der Länder". Es wird hier ein Reichsrahmengesetz für die Gewerbesteuer verlangt, eine Forderung, die ebenso sehr berechtigt ist, wie das Verlangen, daß „in Fortentwicklung des Gedankens des Reichsbewertungsgesetzes" die Vielheit der Steuerbehörden vermieden werden müsse. Die Unternehmer vergessen aber vollkommen, darauf hinzuweisen, woher die starke Anspannung der kommunaleigenen Steuern rührt, die weit über die durchschnittliche Ausgabensteigerung der Städte hinausgeht. Diese Anspannung der Gemeindesteuern ist eine Folge des jetzigen Finanzausgleichs. Man braucht nur die vergleichende Statistik über die Verteilung der Einnahmen in den Städten in den Jahren 1913 und 1925 zu Rate

zu ziehen. Bei dem Gesamtfinanzbedarf der Städte hat sich zunächst der Anteil aus Einnahmen aus den Betrieben von 5,50 M. im Jahre 1913 auf 11,40 M. im Jahre 1925 gesteigert, d. h. die Gemeindebetriebe deckten 1913 vom Finanzbedarf 11,7 Proz. und 1925 bereits 15 Proz. Innerhalb der steuerlichen Einnahmen hat sich folgende Verschiebung bemerkbar gemacht. Die Einkommensteuer brachte im Jahre 1913 noch 21,30 M. pro Kopf, im Jahre 1925 nur noch 17,70 M. In Prozentsätzen der Gesamteinnahmen ist der Rückgang noch viel katastrophaler. 1913 wurden durch die Einkommensteuer 53,3 Proz. des Steuerbedarfs, 1925 nur noch 28 Proz. gedeckt. Als unvermeidliche Folge beobachten wir ein Steigen der Gewerbesteuereinnahmen von 5 M. auf 14,6 M. bzw. 12,5 Proz. auf 23,2 Proz. Ganz ähnliche Steigerungen haben die kleinen Kommunalsteuern (Vergnügungssteuer, Getränkesteuer, Hundesteuer usw.) zu verzeichnen, deren Erträgnisse sich nicht nur absolut, sondern auch relativ verdreifacht haben.

Es ergibt sich also eindeutig folgendes Bild: Der Finanzausgleich arbeitete, ebenso wie alle Steuersenkungsaktionen des Reiches bereits nach der berühmten Theorie von der Verknappung der Mittel. Da die Gemeinden ein Zuschlagsrecht zur Einkommensteuer nicht haben, waren sie gezwungen, ihre anderen Ventile zu öffnen. Infolgedessen erleben wir starke Steigerungen der Grund- und Realsteuern wie der kleinen indirekten Steuern in den Gemeinden. Die Verbände der Unternehmer möchten hier einfür allemal einen Riegel vorschieben. Sie verlangen Ausdehnung des Anhörungs- und Einspruchsrechts bei den Gewerbesteuern und behaupten, daß „der Gedanke der Selbstverantwortung der Gemeinden sich nur dann auswirken könne, wenn diejenigen, die in den Gemeinden über die Steuern zu beschließen haben, auch unmittelbar von einer Erhöhung dieser Steuern mitbetroffen werden". Das bedeutet so viel wie Verweigerung des Selbstverwaltungsrechts an die Gemeinden. Auf diesen Tenor ist alles abgestimmt, was von der sogenannten Wirtschaft zum Finanzausgleich und zur Forderung eines nicht nur formalen, sondern auch materiellen Selbstbestimmungsrechts der Gemeinden bisher offiziell oder inoffiziell geäußert wurde. Auf dem Umwege über den Finanzausgleich will man sich für Beseitigung des Hausbesitzerprivilegs und des Dreiklassenwahlrechts rächen.

Demgegenüber tritt es in den Hintergrund, daß die Leitsätze der Spitzenverbände auch allerhand erfreuliche und vernünftige Gemeinplätze enthalten. Wer würde es nicht begrüßen, wenn eine weitestgehende Vereinheitlichung und Offenlegung der Haushaltungspläne, insbesondere der Gemeinden, eingeführt würde? Wer würde es aber nicht noch vielmehr begrüßen, wenn die sogenannten Vertreter der sogenannten Wirtschaft an diesen Haushaltsplänen in den Gemeindevertretungen wirklich mit Sachkunde mitarbeiten würden und uns das Schauspiel ersparen würden, daß kleine Wald- und Wiesendemagogen im engen Kreise kommunaler Ausschußberatungen für sich zwar die Notwendigkeit bestimmter Ausgaben zugeben, auf den Tagungen ihrer Verbände aber fulminante Reden über die Verschwendung — der anderen halten.

Bei aller Gegensätzlichkeit gibt es allerdings in der Denkschrift der Industrieverbände und der des Deutschen Städtetages manche Berührungspunkte. In dem Kampf um den Steuerertrag haben sie beide einen gemeinsamen Gegner. Dieser Gegner sind die Länder. Das Reich hat sich sowieso im Verlauf der natürlichen Entwicklung zu einer für die Kommunen mindestens ebenso entscheidenden Instanz entwickelt, wie es früher die Länder waren. Die Länder sind außerdem im deutschen Verwaltungsorganismus der schwächste Punkt. Da es sich um Steuerzahlen handelt, wird die Industrie sogar gegenüber Bayern stark sein. Die natürliche Entwicklung wird weiter dahin gehen, daß die Kompetenzen der Länder zum Teil an das Reich, zum Teil aber auch an die Gemeinden abgegeben werden. Auf dieser Basis wird dann allerdings eine größere finanzielle Beweglichkeit der Gemeinden möglich sein.

Erwerbslosenfragen im Ausschuß.

Wochenhilfe und Unterstützung. — Das Schicksal der Jugendlichen.

Der Unterausschuß des Sozialpolitischen Ausschusses des Reichstags beendete am Dienstag die Generaldebatte über die Neuregelung der Erwerbslosenfürsorge. Neben den grundsätzlichen Fragen, Erhöhung der Unterstützung, Verlängerung der Unterstützungsdauer, Bedürftigkeitsprinzip, wurden von verschiedenen Parteien auch noch Anträge bezüglich der Regelung von Einzelheiten gestellt. Die Vertreter der Sozialdemokratie beantragten eine Aenderung des § 7 der Erwerbslosenfürsorgeverordnung in der Form, daß die Leistungen der Wochenhilfe nicht mehr angerechnet werden dürfen; sie beantragten ferner, die jugendlichen Erwerbslosen in die Erwerbslosenunterstützung einzubeziehen. Der Vertreter der demokratischen Partei beantragte, die Unterstützungsdauer für alle Erwerbslosen bis zum 31. März 1927 zu verlängern. Bis dahin müsse das Arbeitslosen-Versicherungsgesetz verabschiedet sein. Der Vertreter der Reichsregierung legte an der Hand eines umfangreichen Zahlenmaterials die Wirkungen der Einführung von Lohnklassen dar. Der Ausschuß beschloß, in der nächsten Sitzung am Donnerstag nachmittag in die Spezialberatung einzutreten.

Das Arbeitsgerichtsgesetz.

Aenderungen der Regierungsvorlage im Ausschuß.

Der Sozialpolitische Ausschuß des Reichstags beschloß am Dienstag bei der Beratung des Arbeitsgerichtsgesetzes zu § 21, das 25. Lebensjahr als Voraussetzung für das Beisitzeramt zu bestimmen. Im folgenden § 22, der die Besonderheiten für die Arbeitgeberbeisitzer enthält, fand ein sozialdemokratischer Antrag Annahme, wonach den Arbeitgebern für die Berufung zum Beisitzer gleichstehen Mitglieder und Angestellte der Arbeitgeberverbände, die durch Satzung oder Vollmacht zur Vertretung berechtigt sind. Entgegen der Regierungsvorlage werden solche Arbeitnehmer (z. B. Werkmeister), die in einer Betriebsabteilung Einstellungen vornehmen können, nicht als Arbeitgebervertreter angesehen. Auf Antrag der Sozialdemokratie ist in § 23, der die Besonderheiten für die Arbeitnehmerbeisitzer regelt, den Erwerbslosen das Berufungsrecht zum Beisitzer gesichert worden. Den Arbeitern stehen nach dem angenommenen sozialdemokratischen Antrag für die Berufung zum Beisitzer Mitglieder und Angestellte der Gewerkschaften gleich, die durch Satzung oder Vollmacht zur Vertretung berechtigt sind. Das gleiche gilt für die Spitzengewerkschaften und für die Verbände der Angestellten.

Nach dem weiter verabschiedeten § 24 kann die Uebernahme des Beisitzeramtes abgelehnt werden, nach Vollendung des 65. Lebensjahres, bei Behinderung durch Krankheit, starke ehrenamtliche Inanspruchnahme usw. Für die Entschädigung und den Ersatz der Fahrtkosten (§ 25) begründete Genosse Aufhäuser einen Antrag, der abweichend von der Regierungsvorlage für das ganze Reich eine obligatorische einheitliche Regelung vorsieht. Die Amtsenthebung der Beisitzer kann durch Entscheidung einer Kammer erfolgen, die aus dem Präsidenten des Landgerichts und je zwei Beisitzern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer besteht. Der zu diesem § 26 gestellte sozialdemokratische Antrag, bei dieser wichtigen Entscheidung statt des Präsidenten des ordentlichen Landgerichts den Vorsitzenden des Landesarbeitsgerichts als zuständig zu erklären, wurde von den sämtlichen bürgerlichen Parteien abgelehnt. § 27 regelt die Ordnungsstrafen für die Beisitzer.

Die im § 28 bestimmten Beisitzerausschüsse werden nach der erfolgten Annahme des sozialdemokratischen Antrages gewählt, während die Regierungsvorlage die Berufung durch den Vorsitzenden gewollt hat. Der weiter angenommene Antrag der Sozialdemokraten gibt den Beisitzerausschüssen das Recht, bei allen Fragen der Bildung von Kammern mitzuwirken. Der Ausschuß ist danach auch zu hören vor der Aufstellung der Listen über die Heranziehung der Beisitzer zu den Sitzungen. Die Geschäftsverteilung und die Kammerbesetzung wurde im wesentlichen nach der Regierungsvorlage zu § 29 beschlossen, ebenso die Heranziehung der Beisitzer nach § 30. Bei jedem Arbeitsgericht wird nach der zu § 31 beschlossenen Fassung eine Geschäftsstelle errichtet. Der Wunsch der Deutschen Volkspartei, diese Stelle als Gerichtsschreiberei zu benennen, fand keine Mehrheit.

Anläßlich der Erörterung über die Schaffung von Landesarbeitsgerichten entspann sich nochmals eine grundsätzliche Debatte zu § 32, in der die Genossen Aufhäuser und Rosenfeld die Selbständigkeit der Landesarbeitsgerichte und ihre Unabhängigkeit von den Landgerichten verlangten. Die sozialdemokratischen Anträge wurden abgelehnt. Die Kommunisten hatten gefordert, daß überhaupt keine Landesarbeitsgerichte und kein Reichsarbeitsgericht geschaffen werden, sondern die Arbeitsgerichte in einer Instanz gleichzeitig gegenseitig Berufungsinstanz bilden sollen. Da die Vereinigung von Gericht und Berufungsgericht in einer Instanz eine Unmöglichkeit darstellt, so würde dieser Antrag, falls die Kommunisten eine Mehrheit gehabt hätten, die arbeitsgerichtliche Berufung zur Revisionsinstanz einfach beseitigt haben. Die Folge wäre gewesen, daß die ordentlichen Landgerichte und das Reichsgericht eingeschaltet worden wären. Dieser eigene Antrag der Kommunisten zeigte wieder einmal ihr völliges Versagen auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes.

Los von Loe!

Die rheinischen Bauern gegen deutschnationale Politik im Zentrum.

Köln, 26. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die politischen Gegensätze in der rheinischen Bauernschaft werden von Tag zu Tag schärfer. Auf der einen Seite stehen die von dem Vorsitzenden des Rheinischen Bauernvereins, Freiherrn von Loe, geführten Anhänger der Rechtsparteien, während die Gegenseite von bäuerlichen Zentrumsabgeordneten, die im neuen Staat verantwortungsbewußt mitarbeiten wollen, geführt wird. Wiederholt ist es in letzter Zeit zu starken Auseinandersetzungen der beiden Richtungen gekommen, über die allerdings die bürgerliche Presse bisher immer sehr zurückhaltend berichtet hat. Der sich heute noch offen als Monarchist bezeichnende Freiherr von Loe ist noch immer eingeschriebenes Mitglied der Zentrumspartei, trotzdem er seiner ganzen politischen Haltung nach zur äußersten Rechten gehört. Da Loe außerdem zu den größten rheinischen Großgrundbesitzern zählt, die Mitglieder seiner Organisation jedoch meist Klein- und Mittelbauern sind und sie in ihrer Mehrheit den politischen Kurs der Zentrumspartei bedingungslos unterstützen, ist die Ursache der Gegensätze innerhalb der rheinischen Bauernschaft ohne weiteres erklärlich.

Die Zentrumspartei hat lange gewartet, bevor sie in die unerquicklichen Auseinandersetzungen, die letzten Endes den Kampf um die Macht im Rheinischen Bauernverein darstellen, eintrat. Jetzt endlich, nachdem die rheinischen Kleinbauern sich bereits eine neue Organisation geschaffen haben, die auf dem Boden der demokratischen Republik steht, scheint man im Zentrum einzusehen, daß die Dinge so nicht weiter gehen können. Man beginnt überall Bauernvereinsversammlungen einzuberufen, in denen Zentrumsabgeordnete referieren und die Politik ihrer Partei rechtfertigen. In einer dieser Versammlungen, die dieser Tage in der Koblenzer Gegend stattfand, kam es zwischen den beiden streitenden Gruppen zu lebhaften Auseinandersetzungen, die damit endeten, daß die Anhänger Loes unter Tumult den Saal verließen.

Für die Zentrumspartei wird nunmehr die Frage akut, ob sie sich endlich dazu entschließen will, gegen diejenigen, die öffentlich gegen die Politik der Partei in Versammlungen und Konferenzen Sturm laufen, vorzugehen oder ob sie auch weiterhin zusehen will, wie von Großagrariern in ihren Reihen deutschnationale Politik getrieben wird.

Geständnisse der Miß Gibson. Faschistenblättern zufolge soll Miß Gibson ausgesagt haben, daß sie den Revolver für das Attentat auf Mussolini von einem ehemaligen der faschistischen Regierung angehörenden Minister erhalten habe. Man glaubt, daß hiermit nur der Oppositionsführer Colonna di Cesa gemeint sein könnte. Dann soll Miß Gibson dieses Geständnis zurückgenommen aber angegeben haben, mit französischen Faschistenfeinden in Fühlung gestanden zu haben.

„Die alles bestimmende Lebensmacht."

Von Hans Bauer.

Neulich abends, als ich mich auf dem Heimweg befand, kam ich an einem kleinen Auflauf vorüber. Eine Anzahl Leute standen in respektvollem Kreis um drei Heilsarmeesoldaten, deren einer, ein blutjunger Mann, eine begeisterte und schwärmerische Rede hielt. Er sprach von Gott und der Liebe und dem Evangelium Jesu Christi, und die Worte strömten ihm so warm vom Mund, daß gar kein Zweifel daran sein konnte, daß hier ein reiner und überzeugter Idealist eine von ihm für gut gehaltene Sache vertrat. Die Leute waren taktvoll genug, die Inbrunst des frommen Jünglings nicht mit Gespött zu übergießen — aber keinem einzigen kam es doch auch in den Sinn, über die Straßenpredigt zu diskutieren. Sie wurde als Kuriosum bewertet, als absurde Ausgefallenheit als gedankliche Unmöglichkeit. Als der Jüngling geendet hatte, schritten die Leute weiter. Mit leisem Kopfschütteln. Mit stiller Verwunderung. Welch ein Kauz, dachten sie.

Es gibt heute kaum ein Thema, das so unaktuell, so bar jeglichen Reizes, so uuumkämpft ist, wie das religiöse. Sogar die Kirchenaustrittsbewegung ist keine rechte „Bewegung" mehr, einfach, weil man für die Religion nicht einmal mehr jenes Minimum von Interesse aufbringt, das die Vorbedingungen der Verneinung ist. Bei der katholischen Konfession liegen die Dinge vielleicht etwas anders, weil sie in weltanschauliche und politische Gesichtspunkte verflochten ist, aber wo weiß man noch recht, was die evangelische Kirche überhaupt will, auf welchen Grundprinzipien sie sich aufbaut, wozu sie da ist, für wen sie eintritt!

Mit schmunzelndem Behagen liest man da, daß der Hof- und Domprediger Doehring in den vergangenen Wochen auf einer 30. Generalversammlung des Evangelischen Bundes einmal rund und offen heraus erklärt hat, daß wir zwar Kirchen und Klöster, das römische System, das er tüchtig madig gemacht hat, und einiges andere keineswegs benötigen, daß aber das Evangelium als solches dazu berufen sei, zur „schlechthin bestimmenden Lebensmacht" zu werden, daß es „zu Katholiken und Juden, Idealisten und Materialisten, Kopf- und Handarbeitern, ins Volk und in die Völker getragen werden müsse, daß es ernst zu nehmen sei, daß es das Plusvorzeichen vor unserem Nationalgefühl abzugeben habe und daß kein Minderer denn der Herr der Geschichte persönlich uns dieses Ziel gesteckt hätte".

Es ist ja gewiß anfechtbar, daß das Pelzerbein und der Dienerbizeps zum Ideal einer gar nicht so geringen Menschenschicht geworden sind, und ein wenig Verinnerlichung tut uns gewiß not, aber bitte schön, Herr Hof- und Domprediger: wenn das vergangene Jahrzehnt etwas Gutes gebracht hat, so die Desillusionierung der dicken Worte, der unbeweisbaren Geschwollenheiten, des zu nichts verpflichtenden Dahergeredes. Wir lästern Gott nicht und loben ihn nicht. Wir sagen bloß, daß wir uns Sie von ihm nichts wissen. Evangelisch ist kein Kriterium mehr. Das Wort sagt gar nichts. Es ist eine Belanglosigkeit. Man spricht nicht mehr darüber. Als Luther seine 95 Thesen an die Schloßkirche zu Wittenberg schlug, schuf er Weltgeschichte. Das lag an den Zeitumständen. Wenn heute jemand irgendwelche 95 noch so neuartige andere Thesen an der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche zu Berlin befestigte, so schüfe er 5 Zeilen Text für die Lokalchronik des nächsten Tages. Das liegt auch an den Zeitumständen. Bibelausdeutungen sind eine Geheimwissenschaft geworden. Außer ins Fachblatt gehören sie nirgendwohin. Früher gab es Religionskriege, heute gibt es nicht einmal mehr religiöse Kaffeehausdebatten. Der Protestantismus ist ein Problem akademischen Charakters geworden, und eigentlich wird man immer nur dann an ihn erinnert, wenn jemand, der beruflich mit ihm zu tun hat, uns nachweist, daß er eine bestimmende Lebensmacht sei.

Filmhelden.

Von Christoph Blücher.

Wohin man guckt, wohin man spuckt:
Ein nationales Filmprodukt!
Erst war's der Alte Fritze
Mit preußischem Geblitze.
Doch trat man Fritzen gar zu breit
Auf allen Lichtspielbühnen.
Mal Schluß mit der Vergangenheit!
Jetzt klaubt man aus der heut'gen Zeit
Die Heldentumsrosinen.

Nun dreht man emsig Stück um Stück:
Parademarsch mit Liebesglück,
Die deutsche Seelenmischung,
Als Nationalerfrischung.
Da rollt durch Großstadt und Provinz
Alt-Heidelberg, die feine!
Franzosenstücke! Deutscher Prinz!
Im Arme eines holden Kind's!
Ein Säbelschwur am Rheine!

Marinefilm: In Treue stark!
Das braust durch jedes Rückenmark.
Matrosen, Admirale,
Ein Herz und eine Seele!
Blaujungensang beim Abendbrot
Bei schlichten Haferflocken!
Und alles treu bis in den Tod!
Stolz weht die Flagge schwarzweißrot
Um deutsche Frauenlocken. —

Ein süßer Kitsch! Doch: Trau, schau, wem?
Der süße Kitsch hat schon System!
Man greift schon zu den Kaisern
Und edlen Fürstenhäusern.
Schon kommt die Siebzger Truppenschau.
Es öffnet sich die Schleuse
Mit hehrem Marschmusikradau. —
Die Leute wissen ganz genau:
Mit Kitsch, da fängt man Mäuse!

Eine Ausstellung des Reichskunstwarts. Eine Ausstellung „Die künstlerische Formgebung des Reiches" (Arbeitsgebiet des Reichskunstwarts) wird am Freitag, den 29. Oktober, mittags 12 Uhr, vom Reichsminister des Innern im Reichstagsgebäude vor geladenen Teilnehmern eröffnet werden. Sie zeigt in ihrem Grundstock Beispiele der während der letzten Jahre unternommenen Neugestaltung auf dem Gebiete der amtlichen Graphik und aller damit in Zusammenhang stehenden Fragen. Sie enthält also die Hoheitszeichen, Fahnen, Münzen, Medaillen, Urkunden, Drucksachen, Siegel, Stempel und Marken des Reiches und außerdem Beispiele der Auswirkung der hier vorgenommenen reformatorischen Tätigkeit aus Kunst und Handwerk. Eine besondere Abteilung wird den staatlichen Feiern, eine weitere dem Reichsehrenmal gewidmet sein.

Die Ausstellung ist gegen Lösung der Besucherkarte für den Reichstag vom Freitag nachmittag an öffentlich zugänglich.

Der höchste Wolkenkratzer. Der gigantischste Wolkenkratzer der Welt wird in kurzem in der Stadt Detroit im nordamerikanischen Staate Michigan errichtet werden. Der „Book Tower", wie das fabelhafte Bauwerk von seinem Erbauer getauft worden ist, wird etwa 300 Meter hoch sein und 85 Stockwerke haben, vier davon unter der Erde. Das Gebäude soll Garagen für tausend Automobile enthalten, und diese Automobile sollen so aufgestellt werden, daß ihre Besitzer sie in dem neuen Turm von Babel mit derselben Leichtigkeit werden finden können wie etwa ihren Spazierstock oder ihren Hut. Der New Yorker Berichterstatter des „Observer" versichert, daß der riesige Wolkenkratzer im Jahre 1928 fix und fertig sein wird.

Schüleraufführungen im Großen Schauspielhaus. Gemeinsame Bestrebungen des Magistrats Berlin, des Verbandes Berliner Bühnenleiter und der Genossenschaft Deutscher Bühnenangehörigen wollen der Berliner Schuljugend Klassiker und moderne Autoren in künstlerischen Aufführungen vermitteln. Als erstes Werk ist „Wilhelm Tell" gewählt, das am 28. Oktober nachmittags im Großen Schauspielhaus in Szene geht. Die Inszenierung hat Leopold Jessner übernommen. An weiteren Werken sind Florian Geyer, Kabale und Liebe, Die Weber, Minna von Barnhelm, Wallenstein, Lumpazivagabundus vorgesehen.

Konzert der „Habima". Die „Gesellschaft der Freunde jüdischer Musik" und der Musikverlag „Juwal" veranstalten ein Konzert am 31., nachmittags 4 Uhr, im Meistersaal, Köthener Str. 38, unter Mitwirkung prominenter Mitglieder des Moskauer Künstlerischen Theaters „Habima".

Frank Wedekinds bisher nie gespieltes fünfaktiges historisches Schauspiel „Bismarck" gelangt am 30. im Deutschen Nationaltheater in Weimar zur Uraufführung.

Der Künstlerdank veranstaltet vom 1. — 15. November eine Ausstellung der Aquarelle des Dichters Hermann Hesse aus dem Tessin in der Amelangschen Buchhandlung, Charlottenburg, Kantstr. 164. Die Aquarelle Hermann Hesses werden zum ersten Male in Deutschland gezeigt.

„Gegen die Schund- und Schmutzgesetzvorlage." Der „Bund entschiedener Schulreformer" und die „Deutsche Liga für Menschenrechte, E. V." veranstalten am 3. November, 8 Uhr abends, im ehemaligen Herrenhaus unter obigem Thema eine Versammlung. Als Referenten sind vorgesehen: Walter Hammer, Arthur Holitscher, Prof. Oestreich, Carl von Ossietzky. Für Unkostenbeitrag werden 60 Pf. erhoben.

Selbstverwaltung in den Moskauer Schulen. In den Moskauer Schulen sollen die Schüler und Schülerinnen zu einer gewissen Selbstverwaltung ihrer Schulen erzogen und organisiert werden. Den Lehrern sind bereits die entsprechenden Vorschriften zur Einrichtung solcher Verwaltungszellen zugegangen.

Vertagung in Landsberg.

Der Angeklagte Schulz über die „Schwarze Reichswehr".

Das zweite Verfahren der in Landsberg verhandelten Fememordaffären hat am Dienstag nachmittag eine ebenso überraschende wie bedenkliche Wendung genommen. Noch am Vormittag hatte der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Weßling, mit scharfen Worten den Ausdruck „Schwarze Reichswehr" gerügt, weil es eine solche „nie gegeben" habe. Aber wenige Stunden später, als der wegen Anstiftung versuchter und vollendeter Fememorde angeklagte Oberleutnant Schulz zum ersten Male vernommen wurde, da ergab sich aus seinen Darlegungen klipp und klar, daß die sogenannten „Arbeitskommandos", die ihm unterstanden, und bei denen dieses Verbrechen verübt wurde, eine zwar heimliche, aber durch das Wissen und die Begünstigung der oberen Reichswehrstellen durchaus „legale" Einrichtung gewesen sind! Diese Enthüllung ist in Wirklichkeit längst keine Enthüllung mehr. Am allerbesten ist das Ausland darüber unterrichtet, wie der Oberstaatsanwalt Rohrlack in der Montagsverhandlung mit Recht angedeutet hat. Auch in Deutschland waren die Dinge wenn auch nur oberflächlich, schon längst bekannt. Und wenn diese Aussage des Schulz sensationell wirkte, so lediglich deshalb, weil zum erstenmal in öffentlicher Gerichtsverhandlung die Dinge beim rechten Namen genannt wurden. Gerade diese Tatsache aber scheint auf das Gericht einen so niederschmetternden Eindruck gemacht zu haben, daß es den ersten besten Vorwand — Nichterscheinen eines Zeugen — benutzte, um die Verhandlung ohne Festsetzung eines neuen Termins zu vertagen.

Dieser Beschluß erscheint um so bedenklicher, als erstens ein zwingender Grund für die Vertagung nicht gegeben war und zweitens der Angeklagte Schulz außer den oben erwähnten Behauptungen, die in ihrem Kern richtig sein dürften, ganz unsinnige Angaben über eine angebliche Förderung der „Arbeitskommandos" durch den preußischen Minister Genossen Severing gemacht hat. Für jeden, der über die Tätigkeit des Genossen Severing, besonders im Jahre 1923, Bescheid weiß, kann es keinem Zweifel unterliegen, daß diese Behauptungen des um seinen Kopf kämpfenden Schulz erkennbarer Unsinn sind. Wenn es einen Menschen gibt, der die „Arbeitskommandos", genannt „Schwarze Reichswehr", unablässig bekämpft hat und der sich dabei unauslöschliche Verdienste um die innen- und außenpolitische Konsolidierung der deutschen Republik erworben hat, so ist es gerade Genosse Karl Severing. Dieses Wirken Severings bedeutet — im Gegensatz zu der Tätigkeit mancher Reichswehrstellen — einen besonders wertvollen Aktivposten für die deutsche Außenpolitik.

Nicht zuletzt aus diesem Grunde halten wir es für unerläßlich, daß die Angaben des Schulz so schnell wie möglich, sei es durch offizielle Erklärungen zuständiger Stellen, sei es durch eidliche und öffentliche Zeugenaussagen, widerlegt werden. Da aber anscheinend der Prozeß bestenfalls erst in einigen Tagen wieder aufgenommen werden wird, gebietet das Interesse des Reichs, daß die zuständige Behörde, in diesem Falle das preußische Ministerium des Innern, unbeschadet um das schwebende Verfahren die Aussagen des Schulz unverzüglich ins rechte Licht setzt.

Ruth Fischer niedergeschrieen!

Aus dem „Fall Heinig" ward ein Fall Ruth!

Gestern abend fand die vom „Rußlandkomitee" groß angekündigte Versammlung zum „Fall Heinig" statt. Der Redner Beck wiederholte die unseren Lesern aus dem „Vorwärts" genügend bekannte Begründung für die Verweigerung der Einreiseerlaubnis für den Genossen Heinig. Beck sprach allerdings viel weniger über den Fall Heinig, als gegen die Gewerkschaften und die sozialdemokratische Presse, die Berichte von den „Rußlandbelegationen" nicht bringe.

Da sich Sozialdemokraten nicht bereit fanden, als Diskussionsredner die kommunistische Versammlung interessant zu machen, so meldete sich zu aller Ueberraschung Ruth Fischer. Erst verlegenes Schweigen in der Versammlung, dann Protest. Doch ließ die Versammlungsleitung sich herab, unter Protest der Versammlung für die einst gefeierte Führerin zehn Minuten Redezeit (!) zu bewilligen. Nachdem Ruth Fischer sich mit der Behandlung des „Falles Heinig" durch die Sowjetbureaukraten einverstanden erklärt hatte, wollte sie die Lehren aus solchen Vorkommnissen ziehen. Wütender Proteststurm der Versammlung hinderte sie am Weitersprechen. Erst nachdem die Leitung sich für ein Weitersprechen einsetzte, konnte Ruth Fischer auch die Parteispaltung in Rußland besprechen. Sie suchte Sinowjew zu verteidigen, indem sie die Opposition als die wahren Kämpfer für die Weiterführung der Oktoberrevolution feierte.

Der schwache Beifall, den die engeren Freunde der Rednerin spendeten, wurde bald erstickt durch den stürmischen Protest, den die gut gedrillte Mehrheit der Versammlung ihr entgegenschrie. „Du hast die Partei gespalten!" rief man ihr zu. Und der Hauptredner des Abends, Beck, hielt es für nötig, der einstigen Führerin im unverfälschten kommunistischen Phrasenkampf eine lehrreiche Standpauke über — Parteidisziplin zu halten! So wuchs sich der „Fall Heinig" wider Erwarten zu einem Fall Ruth Fischer aus. Die kommunistischen Versammlungsbesucher hatten ein anderes Opfer ihrer „revolutionären Unfehlbarkeit" gefunden.

Matts Nachfolger.

Dr. Goldenberger bayerischer Kultusminister.

München, 26. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) In der am Dienstag nachmittag abgehaltenen Sitzung der Landtagsfraktion der Bayerischen Volkspartei ist endlich die Entscheidung über den Nachfolger des kürzlich zurückgetretenen bayerischen Kultusministers Dr. Matt gefallen. Auf Vorschlag der Bayerischen Volkspartei wird nunmehr der Ministerpräsident im Einverständnis mit dem Landtag das Ministerium für Unterricht und Kultus mit dem bisherigen Ministerialdirektor Dr. Goldenberger besetzen.

Goldenberger entstammt der juristischen Beamtenlaufbahn, war zuletzt Bezirksamtmann in Niederbayern. Von diesem Posten wurde er im Jahre 1912 unter Knilling als Referent in das Kultusministerium berufen. Er bearbeitete hier lange Jahre das staatskirchenrechtliche Referat und wurde in dieser Tätigkeit der eigentliche Verfasser des bayerischen Konkordats mit der Kurie und der gleichzeitig abgeschlossenen Staatsverträge mit den evangelischen Landeskirchen. Goldenberger steht im 60. Lebensjahr und ist geborener Münchener.

Industrie und Finanzausgleich.

Das Existenzminimum soll versteuert werden.

Der Kampf um die Neugestaltung des Finanzausgleichs, der den Anteil des Reiches und der Gemeinden an den Steuereinnahmen regelt, ist in ein neues Stadium getreten. In Erwiderung auf die Denkschrift des Deutschen Städtetages hat eine Reihe von Spitzenverbänden der deutschen Industrie- und Handelskreise, nämlich der Zentralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes, der Deutsche Industrie- und Handelstag, die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels, der Reichsverband der Deutschen Industrie und der Zentralverband des deutschen Großhandels, Leitsätze ausgearbeitet, die in einzelnen Punkten eine Annäherung an den Standpunkt der Gemeinden darstellen, im großen und ganzen jedoch eine Fortsetzung der bisher bereits von den Industrie- und Handelsunternehmern vertretenen Gedankengänge bedeuten.

Diese Leitsätze gehen davon aus, daß der Druck der Einkommen- und Gewerbesteuer so groß sei, um eine durchgreifende Milderung erforderlich zu machen. Die Leitsätze fahren fort:

Steuerliche Erleichterungen sind im übrigen für die Wirtschaft durch Einschränkung der öffentlichen Ausgaben auf allen Gebieten in Verbindung mit einer gerechten Lastenverteilung und durch eine wesentliche

Vereinfachung und Rationalisierung des ganzen Steuersystems

zu schaffen. Diese Aufgabe ist nur durch eine zweckmäßige Gestaltung des Finanzausgleichs zu lösen. Das Finanzausgleichsproblem muß in erster Linie als ein volkswirtschaftliches betrachtet werden; die wirtschaftlichen Interessen an Herabminderung der Steuerlast und der Vereinfachung des Systems müssen unter den heutigen Verhältnissen hierbei ausschlaggebend sein.

Im einzelnen sind für die Gestaltung des Finanzausgleichs folgende Gesichtspunkte zu berücksichtigen:

a) Die steuerliche Ueberlastung der Wirtschaft beruht zum großen Teil auf der Vielheit der Steuern und der Zersplitterung des Steuersystems in Deutschland. Nur eine durchgreifende Vereinfachung des Steueraufbaues und Schaffung fester Relationen zwischen den einzelnen Steuerarten kann hier Erleichterungen bringen. Diese beiden Maßnahmen werden aber in erster Linie durch die gegenwärtig ganz ungleichartige und unübersichtliche Gewerbesteuergesetzgebung der Länder stark gehemmt. Es bedarf daher einer Zusammenfassung der Gewerbesteuergesetzgebung in einem Reichsrahmengesetz. In diesem muß Umfang und Bewertung des Gewerbeertrages sowie des Gewerbekapitals an die im Reichseinkommen- und Körperschaftssteuergesetz sowie im Reichsbewertungsgesetz festgelegten Grundsätze angepaßt werden.

b) An Stelle der Vielheit der Steuerbehörden des Reiches, der Länder und der Gemeinden müssen einheitlich zusammengefaßte Behörden in Fortentwicklung der Gedanken des Reichsbewertungsgesetzes treten. Bei der Zusammensetzung und Tätigkeit dieser Behörden ist die Mitarbeit der Länder und Gemeinden sicherzustellen sowie ihre Erfahrung auf dem Gebiete der betreffenden Steuern nutzbar zu machen. Die Vereinfachung der Verwaltung ist insbesondere auf dem Gebiete der Gewerbesteuern durchzuführen.

c) Es bedarf eingehender Prüfung, ob und in welcher Form das im Finanzausgleichsgesetz für die Länder und Gemeinden in Aussicht genommene Recht, selbständig

Zuschläge zur Reichseinkommensteuer

zu erheben, in dem endgültigen Finanzausgleich aufgenommen werden kann. Jedenfalls käme für die Wirtschaft ein solches Zuschlagsrecht nur dann in Betracht, wenn die sichere Gewähr besteht, daß derartige Zuschläge nicht das Maß einer vernünftigen Gesamtbelastung der Wirtschaft in dem oben dargelegten Sinne überschreiten. Die bisher erörterten Kautelen gegen eine Ueberspannung der Zuschläge, insbesondere der Hinweis auf das Aufsichtsrecht der Länder reichen nach dieser Richtung hin nicht aus. Der Gedanke der Selbstverantwortung der Gemeinden bei der Zuschlagserhebung kann sich nur dann auswirken, wenn diejenigen, die in den Gemeinden über die Steuern zu beschließen haben, auch unmittelbar von einer Erhöhung dieser Steuern mitbetroffen werden.

d) Das den berufsständischen Vertretungen zustehende Anhörungs- und Einspruchsrecht bei der Auferlegung der die Wirtschaft in besonderem Maße treffenden Gewerbesteuern, das bisher nur in einzelnen Teilen Deutschlands besteht, muß für das ganze Reich einheitlich weiter ausgestaltet werden.

e) Eine neue organische Verteilung der Aufgaben zwischen Reich, Ländern und Gemeinden unter Berücksichtigung des Grundgedankens, daß

keine Aufgaben ohne Sicherstellung der hierfür erforderlichen Mittel

auferlegt werden dürfen, ist notwendig. Daran muß sich die Vereinheitlichung und Offenlegung der Haushaltspläne, insbesondere der Gemeinden schließen, damit eine stete Uebersicht über die Finanzgebarung der öffentlichen Körperschaften möglich ist. Die bereits in die Wege geleitete Statistik über die Finanzgebarung der Länder und Gemeinden ist mit größter Beschleunigung fertigzustellen und weiterzuführen.

Eine baldige endgültige Ausgestaltung des Finanzausgleichs unter Berücksichtigung der vorerwähnten Gesichtspunkte liegt im dringenden Interesse der Wirtschaft.

Sollte es mangels rechtzeitiger Fertigstellung der Finanzstatistik der Länder und Gemeinden zu einer kurzen Verlängerung des gegenwärtigen Finanzausgleichs-Provisoriums kommen — ein Aufschub, der der Wirtschaft angesichts der gegenwärtigen drückenden Steuerbelastung durchaus unerwünscht wäre —, so müssen in jedem Falle die vorerwähnten Gesichtspunkte bereits bei dieser Verlängerung berücksichtigt und insbesondere die Grundzüge der künftigen Gestaltung des Finanzausgleichs schon jetzt erörtert und in Richtlinien festgelegt werden.

Diesen Leitsätzen sind zwei Gutachten von Dr. h. c. Benno Becker, München, Senatspräsidenten am Reichsfinanzhof, und Professor Dr. Albert Hensel, Bonn, beigegeben, die in großer Ausführlichkeit die Thesen der Industrie begründen, manchmal jedoch auch in einem Widerspruch zu den Forderungen der Unternehmer stehen.

Die Erweiterung der Steuerrechte der Gemeinden, wie sie von den Unternehmern gefordert wird, läuft auf eine schwere zusätzliche Belastung der arbeitenden Massen hinaus. Davor, den Gemeinden ein unbeschränktes Recht der Erhebung von Zuschlägen zur Einkommensteuer zu geben, schrecken selbst die Industriellen zurück. Sie wollen die Zuschläge von vornherein begrenzt wissen, um die großen Einkommen nicht zu sehr zu belasten. Dagegen wollen sie mindestens unter bestimmten Bedingungen das steuerfreie Existenzminimum der Minderbemittelten mit zur Bestreitung der Gemeindelasten heranziehen, ohne eine bestimmte untere Grenze der zulässigen Besteuerung vorzusehen. Man denkt sich die Sache so, daß das steuerfreie Existenzminimum herangezogen werden soll, wenn die Gewerbesteuer und die Realsteuern eine gewisse Höhe überschreiten. Dabei findet sich in dem Gutachten des Senatspräsidenten Becker eine Stelle, die diese ganze Regelung rund heraus als politisch und bis zu einem gewissen Grade auch als wirtschaftlich unmöglich bezeichnet. Becker schreibt wörtlich:

„Weiter fragt sich, ob die Heranziehung der lohnsteuerfreien Teile zu den Gemeindezuschlägen politisch erreichbar ist. Ich glaube: schwerlich! Alle die Gründe, die mit großer Wucht und mit Erfolg noch kürzlich gegen die Ausdehnung des Existenzminimums bei der Einkommensteuer geltend gemacht sind, werden auch gegen die Erstreckung der Gemeindezuschläge auf die lohnsteuerfreien Teile geltend gemacht werden. **Man darf auch nicht übersehen, daß die große Menge der Bevölkerung durch die Zölle und Verbrauchssteuern, weiter durch die meist gar nicht beachtete Beförderungssteuer und endlich auch die Umsatzsteuer entsprechend unserer gesamten Notlage schon schwer genug belastet ist.** Man wird auch nicht sagen können, daß die Arbeiter die auf die lohnsteuerfreien Teile entfallenden Steuerbeträge abwälzen könnten.

Schließlich scheint mir die Heranziehung der lohnsteuerfreien Teile dem Zuge der Entwicklung zu widersprechen, die nach heftigen Kämpfen in dem gegenwärtigen Ergebnis vorläufig ihren Abschluß gefunden hat und die dahin zu gehen scheint, ähnlich wie in England die Lohnsteuer immer mehr auf die einigermaßen leistungsfähigen Lohnempfänger zu beschränken. Läßt sich aber politisch nicht erreichen, daß die lohnsteuerfreien Einkommenteile durch die Zuschläge getroffen werden, so fällt damit die wesentliche und unerläßliche Voraussetzung für die Gewährung des Zuschlagrechtes. Dann bliebe als Sicherung der Wirtschaft gegen eine Ueberlastung durch Gemeindezuschläge nur das Genehmigungsverfahren."

Aber auch dieser Ausweg erscheint dem Verfasser des Gutachtens als abwegig. Er lehnt mit Rücksicht auf die gegenwärtige Wirtschaftskrise das Zuschlagsrecht ab und beschränkt sich auf die Forderung nach einem Abbau der öffentlichen Ausgaben und Schaffung eines Lastenausgleichs für wirtschaftlich schwache Gemeinden. Man sieht, daß selbst ein von der Industrie als maßgebend anerkannter Gutachter in dieser für die Arbeiterschaft entscheidenden Frage anderer Meinung als der Unternehmer ist.

Die literarische Akademiesektion.

Eröffnung durch Minister Becker.

Am gestrigen Dienstag ist in der Akademie der Künste die neue Sektion für Dichtkunst feierlich eröffnet worden. Der Akademiepräsident Max Liebermann hielt eine programmatische Begrüßungsrede, in der er hervorhob, daß der erste Kultusminister der Republik Preußen, unser viel zu früh verstorbener Conrad Haenisch, die Idee einer literarischen Akademiesektion mit Begeisterung aufgenommen hat. Liebermann sagte auch jedem neuen Geist unvoreingenommene Förderung zu. Er begrüßte die neuernannten Mitglieder Fulda, Arno Holz, Thomas Mann, Hermann Stehr und den Senator Petersen; der andere Senator Burdach war durch Krankheit am Erscheinen verhindert. Dann mahnte der Präsident, nicht in einem unfruchtbaren Streit um die Form der Körperschaft zu vergessen, daß auch hier der Geist sich den Körper baue.

Minister Dr. Becker führte aus, daß die Sektion für Dichtkunst die erste staatlich autorisierte Vertretung des deutschen Schrifttums sei. Aus ihrem noch gar nicht ganz zu übersehenden Aufgabenkreis hob der Minister die Frage der Dauer der gesetzlichen Schutzfrist für Werke der Literatur, die Schiller- und Nobelpreise, sowie Maßnahmen zur Linderung dringendster Not der freien Geistesarbeiter hervor. Er stellte einen literarischen Staatspreis von 3000 M. in Aussicht und teilte mit, daß die Witwe des verstorbenen Ehrenmitgliedes der Akademie, Eduard Arnhold, einen jährlich zu verleihenden Literaturpreis von 2000 M. gestiftet hat. Nachdem der Minister dann noch weitere Ausführungen über das Verhältnis von Kunst und Staat gemacht hatte, sprach Thomas Mann in geistvoller Rede über dieses Thema, besonders über die dem Schriftsteller unentbehrliche radikale Freiheit, über die außergesellschaftliche Abenteuerlichkeit und Unbedingtheit seiner Existenz. Damit zielte Thomas Mann auf den Widerstand sehr bedeutender Schriftsteller gegen die neuerrichtete Literarische Akademiesektion, in welchem Schritt der Redner nichts weiter sehen will als die Anerkennung und amtliche Bestätigung schon bestehender Tatsachen, nämlich der beträchtlichen Hebung, die die Stellung des Schriftstellers in der deutschen Nation erfahren habe. Er versprach zum Schluß, daß die bevorstehenden Ergänzungswahlen mit vollem Freisinn und nur mit dem Sinn für Rang und Würdigkeit vorgenommen werden sollen.

*

Arno Holz läßt uns eine Erklärung zugehen, in der er zunächst Zustimmungserklärungen von Hugo Lederer und Ernst Schade zu dem von Arno Holz vertretenen Plan einer Deutschen Akademie der Künste mitteilte und die bereits bekannte Zustimmung Max Liebermanns hierzu feststellte. Als einen Unsinn bezeichnet Holz es, daß Thomas Mann und Hermann Stehr nur dann ihr Stimmrecht dauernd ausüben könnten, wenn sie — gemäß den uralten Akademiebestimmungen — ihren „Wohnsitz in Berlin und in den mit Berlin im Vorortverkehr verbundenen Orten" nehmen würden. Einen solchen Nonsens mache er, Holz, nicht mit. Neue Statuten müßten aus der preußischen Akademie eine deutsche machen. Ein Entwurf dazu sei in Ausarbeitung unter Mitwirkung aller wesentlichsten Akademiker und juristisch wie staatsrechtlich geschulter Fachkräfte.

Endzahlen der Abstimmung in Norwegen. Nunmehr liegen die gesamten Resultate der Abstimmung über das Branntweinverbot in Norwegen vor. Für das Verbot wurden abgegeben 421 202 Stimmen, dagegen 531 426. Bei der Abstimmung im Jahre 1919 wurden für das Verbot 489 017, dagegen 304 673 Stimmen abgegeben.

Danzigs Besatzungskosten. Die Botschafterkonferenz hat beschlossen, die Kosten für die militärische Besetzung Danzigs bei Errichtung der Freien Stadt auf 450 000 M. für die britische und auf 1 170 000 M. für die französische Besatzung festzusetzen.

Das Arbeiterparadies in Hennigsdorf.

Streik mit Unterstützung des DMV.

In dem Industrievorort Hennigsdorf hat seit einiger Zeit der Linke-Hoffmann-A.-G.-Konzern ein Stahl- und Walzwerk im Betrieb. Die Gesamtbelegschaft beträgt ungefähr 1200 Personen, wovon zirka 250 im Feinblechwalzwerk beschäftigt sind.

Da Walzwerksbetriebe früher in der Groß-Berliner Metallindustrie nicht vertreten waren, fehlte es bei der Errichtung des Betriebes an vorgebildeten Kräften. Die damalige Direktion holte infolgedessen aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet, in dem hauptsächlich die Walzwerksarbeiter beheimatet sind, sowie aus Oberschlesien vorgebildete Walzwerksarbeiter heran. Für einen Teil wurde die Möglichkeit geschaffen, sich mit ihren Familien anzusiedeln, während ein erheblicher Teil noch in Baracken eine Art Nomadenleben führt.

Die im Walzwerk beschäftigten Personen gehören mit ganz geringen Ausnahmen keiner Organisation an, infolgedessen war es für die Direktion ganz selbstverständlich, daß diese Menschen auf menschliche Behandlung und menschliche Arbeitsmethoden Anspruch zu erheben überhaupt kein Recht hätten.

Die Direktion, die bis zum 20. Oktober 1925 die Betriebsleitung in Händen hatte, versuchte wenigstens noch einigermaßen ein menschliches Verhältnis zwischen Betriebsleitung und Belegschaft zu erhalten. Die neue Direktion ist von solchen „Sentimentalitäten" nicht angekränkelt. Die Parole:

friß, Vogel, oder stirb,

ist die Methode, mit der die Betriebsleitung regiert.

Infolge des Fehlens jedes organisatorischen Rückhalts war es für den Betriebsleiter Born ganz selbstverständlich, daß der Vorsitzende des gesetzlichen Betriebsrats nur zu dem Zweck geschaffen wurde, um vom Betriebsleiter Born hinausgeworfen zu werden. Ohrfeigen und andere neuzeitliche Behandlungsmethoden der Arbeiterschaft gegenüber gehörten in der letzten Zeit ebenfalls nicht zu den Seltenheiten.

Ein besonderes System hatte sich die Betriebsleitung für die geldlichen Bestrafungen zugelegt. Jede Kleinigkeit, die in den Augen der Betriebsleitung eine Verfehlung darstellte, wurde mit der geringsten Geldstrafe von 2 M. belegt. Geldstrafen darüber hinaus bis zu 10 M. waren an der Tagesordnung. Diese Strafen hatten nach Auffassung der Betriebsleitung noch nicht den erzieherischen Wert, den sie glaubte bei der Belegschaft mit anderen pädagogischen Mitteln nicht erreichen zu können. Es wurde infolgedessen vor einigen Tagen ein neuer Anschlag verfügt, worin den Vordermännern mitgeteilt wurde, daß Walzenbruch, der dadurch entsteht, daß Walzpakete über 4,2 Millimeter Durchmesser durch die Walzstraße gebracht werden, mit

20 M. Geldstrafe und 14tägigem Aussetzen

bestraft wird.

Daß die Betriebsleitung diese Methode als eine auch von der Belegschaft durchaus gebilligte betrachten konnte, war wohl darauf zurückzuführen, daß bis vor wenigen Tagen die Belegschaft sich zu irgendwelchen Gegenmaßnahmen überhaupt nicht aufgerafft hat.

Die Zahl der an einem Walzwerkgerüst arbeitenden Personen ist im Laufe der Entwicklung von 11 auf 9 herabgesetzt worden. Die Sicherung der Rentabilität war nach Auffassung der Betriebsleitung durch diese Steigerung der Ausbeutung der Arbeitsleistung der verbleibenden Personen noch nicht erreicht. So wurde vor einigen Tagen, ohne mit der Belegschaftsvertretung irgendwie Rücksprache zu nehmen oder diese auch nur in Kenntnis zu setzen, durch einen Anschlag verfügt, daß die Zahl der Personen, die an einem Gerüst in Zukunft zu arbeiten haben, wieder um einen Mann reduziert wird.

Das schlug nun endlich dem Faß den Boden aus. Spontan kam die gesamte Belegschaft zusammen und beauftragte den Betriebsrat, wegen der Zurücknahme dieser diktatorischen Verfügung mit der Betriebsleitung zu verhandeln. Die Aenderung der Verfügung wurde

hochmütig und brüsk abgelehnt.

Daraufhin hat die gesamte Belegschaft des Walzwerks in geheimer Abstimmung gegen 3 Stimmen die Einstellung der Arbeit beschlossen.

Wenn die Betriebsleitung aus der Tatsache, daß die Belegschaft nur durch einige organisierte Personen vertreten ist, schließen zu können glaubte, daß in diesem Falle der Deutsche Metallarbeiterverband sich der geknechteten Belegschaft nicht annehmen würde, so war das ein grober, wenn auch verständlicher Irrtum. Der Metallarbeiterverband hat, soweit seine statutarischen Voraussetzungen es ermöglichen, der um ihre Menschenrechte und Menschenwürde kämpfenden Belegschaft seine volle Unterstützung zugesagt und wird alles tun, um bei der Wiederaufnahme der Arbeit Verhältnisse im Betriebe zur Geltung kommen zu lassen, die den sonst üblichen Verhältnissen in der Groß-Berliner Metallindustrie ebenbürtig sind.

Die Belegschaft hat jetzt aber eingesehen, daß die „Sparmaßnahme" des Unorganisiertseins doch sehr erhebliche Nachteile auslösen kann. Sie ist fest entschlossen, nach Beendigung des Kampfes vollzählig dem Deutschen Metallarbeiterverband beizutreten. Im Interesse der verzweifelt kämpfenden Belegschaft wird ersucht, daß niemand den Streikenden in den Rücken fällt und diesem „Arbeiterparadies" bis zur Beendigung des Kampfes fern bleibt.

Der Schiedsspruch für Hochbahn und Aboag.

Einstimmig abgelehnt.

Wie uns das Lohnkartell der Hochbahn und der Aboag mitteilt, haben die Funktionäre gestern abend zu dem Lohnschiedsspruch Stellung genommen und einstimmig dessen Ablehnung beschlossen.

Die Belegschaften sollen Gelegenheit haben, in einer Urabstimmung zu dem Schiedsspruch Stellung zu nehmen. Weiter wurde beschlossen, Vollversammlungen einzuberufen, um über die zu unternehmenden Schritte zu beraten.

Herbert Smith über den Bergarbeiterkampf.

Er lehnt die bolschewistischen Methoden ab.

In einer Versammlung hat nach englischen Zeitungsmeldungen Herbert Smith, der Präsident der Bergarbeiterorganisation, ausgeführt:

„Ich unterschreibe kein Abkommen, welches eine verlängerte Arbeitszeit vorsieht. Eher lege ich mein Amt nieder. Verkürzte Löhne können wir im Kampf wieder erhöhen, Verkürzung der Arbeitszeit nicht.

Von Rußland haben wir bisher 823 000 Pfund Sterling (16,64 Millionen Mark) erhalten. Ich nehme die Gelder an, auch wenn das zu erwartende Gesetz mich dafür 7 Jahre ins Gefängnis schickt. Die russischen Ansichten lehne ich ab. Bei uns ist es schlecht, aber dort ist es noch schlechter. Wäre ich im Jahre 1924, als ich nach Rußland ging, revolutionär gewesen, wäre ich dort sicher anderer Meinung geworden. Wir können bei uns mit dem Stimmzettel unsere Verhältnisse viel sicherer regeln."

Extraunterstützung an ausgesteuerte Holzarbeiter.

Die Berliner Verwaltung des Deutschen Holzarbeiterverbandes hat beschlossen, in der Zeit vom 25. Oktober bis 6. November einschließlich, an die ausgesteuerten, arbeitslosen und kranken Mitglieder wieder eine Extraunterstützung aus den Mitteln der Lokalkasse zu zahlen. Diese Unterstützung erhalten alle Mitglieder, die am 23. Oktober d. J. vier Wochen und länger ausgesteuert und in der Auszahlungszeit noch arbeitslos oder krank sind. Die Höhe der Unterstützung bemißt sich nach den geleisteten Beiträgen. Berücksichtigt werden jedoch nur diejenigen Mitglieder, deren Verbandsbücher satzungsgemäß auf dem laufenden sind.

Die Auszahlung der Unterstützung erfolgt im Bureau des Verbandes nach der den Mitgliedern bekannten alphabetischen Ordnung. Um eine reibungslose Abwicklung der Auszahlung zu ermöglichen, empfiehlt es sich, daß die arbeitslosen Mitglieder einen Tag vorher die Verbandsbücher im Arbeitsnachweis oder im Verbandsbureau abgeben. Soweit letzteres nicht geschieht, kann für die Auszahlung an diesem Tage nicht garantiert werden.

Die Ortsverwaltung.

Freigewerkschaftlicher Erfolg in Braunschweig.

Braunschweig, 26. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Ein gutes Vorzeichen für kommende Wahlen bildet die am Sonntag in der Stadt Braunschweig stattgefundene Wahl zum Ausschuß der Allgemeinen Ortskrankenkasse. Die Liste der Freigewerkschafter erhielt 11 875 (1921 6578), die Liste der „nationalen" Gewerkschaften 1690 Stimmen (1456). Die Freigewerkschafter erhalten 53, die „Nationalsozialisten" 7 Sitze. Die Nationalen haben 4 Sitze verloren und verlieren damit auch das einzige Vorstandsmitglied der Kasse. An der Ortskrankenkassenwahl haben sich die Arbeiter der großen Betriebe nicht beteiligen können, da sie in den Betriebskrankenkassen zusammengefaßt sind.

Erfolgreicher Abwehrstreik.

Leipzig, 26. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die Aussperrung der Leipziger Bauklempner ist nach mehr als vielwöchigem Kampfe beendet und der Unternehmerangriff abgeschlagen worden. Die neuen Mindestlöhne für die Leipziger Bauklempner und Installateure betragen für Arbeiter über 25 Jahre 1,16 M., 21 bis 23 Jahre 1,10 M., bis 21 Jahre 0,99 M. und im ersten Gehilfenjahr 0,90 M. die Stunde. Trotz des zähen Kampfes haben die Unternehmer nachgeben müssen.

Der österreichische Beamtenkonflikt.

Wien, 26. Oktober. (E. P.) Durch den Verlauf der gestrigen Unterhandlungen der österreichischen Beamtenschaft mit dem neuen Bundeskanzler Dr. Seipel, der nur unwesentlich über die Zugeständnisse der früheren Bundesregierung hinausging, ist die Gefahr eines allgemeinen österreichischen Beamtenstreiks wieder in die Nähe gerückt.

Achtung, Bauarbeiter! Die Differenzen bei der Firma Bamm auf der Baustelle Frohnau sind beigelegt. Die Sperre wird hiermit aufgehoben.

Baugewerksbund, Baugewerkschaft Berlin,
Verband der Akkordmaurer Groß-Berlin.

Achtung, SPD.-Bekleidungsarbeiter! Freitag abend 7½ Uhr in den Residenz-Festsälen, Landsberger Str. 81, wichtige Versammlung aller Genossen und Genossinnen. Tagesordnung: 1. Unsere Werbearbeit. Referent Genosse A. Hols. 2. Verschiedenes. Zahlreiches Besuch erwartet

Der Fraktionsvorstand.

Achtung, Schultheiß-Patzenhofer, Kreuzberg! Donnerstag nachmittag 5 Uhr bei Wallenberg, Neu-Tempelhof, Berliner Str. 2, wichtige Versammlung aller Genossen. Tagesordnung: 1. Referat über „Alters- und Invalidenversicherung". 2. Verschiedenes. Regen Besuch erwartet

Der Fraktionsvorstand.

Achtung, SPD.-Fleischer! Donnerstag abend pünktlich 8 Uhr findet im Lokal „Schleßsche Heimat", Neue Friedrichstr. 1, eine äußerst wichtige Fraktionssitzung statt. Tagesordnung: Stellungnahme unserer Landtagsfraktion zur Fürstenabfindung. Wir erwarten wegen der wichtigen Tagesordnung vollzähliges Erscheinen. Ohne Mitgliedbuch der Organisation und Partei kein Zutritt!

Der Fraktionsvorstand.

Jugendgruppe des ZdA. Heute, Mittwoch, abend 7½ Uhr, tagen folgende Bezirke: **Lichtenberg:** Jugendheim Schule Gößlerstr. 61, Politischer Abend. — **Wedding-Gesundbrunnen:** Jugendheim Schönhauserstr. 1 (Ledigenheim), 5 Tr., Proletarische Dichter (Heilbrunn). — **Neukölln:** Jugendheim Rogatstr. 53, Arbeiterdichtung. — **Schöneberg:** Jugendheim Hauptstr. 15 (Frankenlandzimmer), „Moderne Kunst", Fortsetzung (Lepinski).

Deutscher Holzarbeiterverband, Verwaltungsstelle Berlin. Die Versammlung der Einsetzer findet am Mittwoch nicht statt. Die Ortsverwaltung.

Freie Gewerkschaftsjugend. Heute, Mittwoch, abends 7½ Uhr, tagen die Gruppen: **Neukölln** 1: Jugendheim Bergstr. 29, Hof. Vortrag: „Entstehung und Entwicklung der Schrift". — **Schöneberg:** Jugendheim Rubensstraße (Sportplatz). Vortrag: „Der Aufbau der FGB." — **Südwesten:** Jugendheim Bärwaldstraße 64. Vortrag: „Proletariat und Körperkultur". — **Norden:** Jugendheim Gartenplatz 4. Leseabend: „Märkische Geschichte". — **Nordring:** Jugendheim Eberswalder Str. 10. Vortrag: „Nikotin — Alkohol — Jugend". — **Charlottenburg:** Jugendheim Berliner Str. 137 (Dtsch. Krankenkassenverb.). Vortrag: „Vom Wesen und Werden der Religion".

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geyer; Wirtschaft: Artur Saternus; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Feuilleton: K. H. Pächter; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. Berlin SW 68, Lindenstraße 3.
Hierzu 2 Beilagen und „Unterhaltung und Wissen".

Die Arbeiterbildungsschule.

Mehr als 35 Jahre sind nun verflossen, seit in einer großen Volksversammlung, in einem Versammlungslokal des Berliner Ostens der Beschluß gefaßt wurde, eine Schule für Arbeiter zu gründen. Wilhelm Liebknecht, der „Schulmeister der Partei", der in dieser Versammlung referierte, schrieb unter dem frischen Eindruck der Ereignisse, daß er nie eine ähnliche Versammlung gesehen habe. Große, überfüllte Versammlungen waren für Wilhelm Liebknecht sicher nichts Ungewöhnliches, aber es war der Geist der Versammlung, der auch ihn zu heller Begeisterung hinriß. Das war kurz nach dem Fall des Sozialistengesetzes. In mehr als zwölfjährigem harten Kampfe, in dem Tausende von Proletariern Gut, Gesundheit, Freiheit und Lebensglück für die Partei einsetzten, hatten die Arbeiter gesiegt und das System Bismarck-Puttkamer niedergeworfen. Nun wurde der Kampf ein anderer. Jetzt genügte es nicht, sich zu wehren gegen die brutale Gewalt, sondern im Angriff bedurfte man neuer Waffen, der Waffen des Geistes. Bildung zu erwerben, dieser Gedanke bewegte jetzt die Genossen, und das war auch der Grund, weshalb jene Versammlung im Jahre 1891 einberufen wurde.

Verein „Arbeiterbildungsschule".

Die neugegründete Bildungsstätte erhielt den Namen „Verein Arbeiterbildungsschule" und der heilige Eifer, den die Worte Liebknechts auslösten, war so groß, daß sich mehrere Tausend Arbeiter zur Teilnahme an den Unterrichtsstunden dieser Schule meldeten und manch einer der führenden Genossen hat sich sein geistiges Rüstzeug in der Arbeiterbildungsschule geholt. Noch war es in der Hauptsache der Drang, sich allgemeines Wissen anzueignen, an den Bildungsgütern des Bürgertums teilzunehmen und ein Verhältnis zur Kunst zu gewinnen; denn auch Kulturträger wurde die Arbeiterbildungsschule. Doch wurden auch schon Wissensgebiete behandelt, die im offiziellen Unterrichtsbetrieb für das Volk gar nicht, oder nur im Sinne der bestehenden Gesellschaftsordnung gelehrt wurden, wie Naturwissenschaft, Rechtsfragen, Geschichte und Nationalökonomie. Die Schule hat ihre wechselnden Schicksale gehabt und ihr Bestehen war oft in Frage gestellt, aber der Opfermut einer Reihe von Genossen sicherte immer wieder den Fortbestand der Schule. Im Jahre 1914 wurde der Verein aufgelöst und die Schule von der Partei übernommen und damit war auch die finanzielle Sicherheit der Schule gewährleistet. Der Ausbruch des Krieges unterbrach zwar nicht die Tätigkeit der Schule, aber er hemmte sie doch sehr. Im Hochschwang der Revolution war auch die Arbeiterbildungsschule hervorragend tätig. Dann kam die Inflation, die alle Kulturbestrebungen vernichtete und unter der auch unsere Schule sehr zu leiden hatte.

Das neue Unterrichtsjahr 1926/27.

Der Drang nach gewaltsamem Vorwärtsschreiten verebbt, es kommt die Zeit der Besinnung. Erneut und nachdrücklich muß das Bildungsgut der Arbeiter vermehrt werden. Nicht nur, um einen immerhin meßbaren Wissensgrad zu erwerben, sondern den Geist der Hörer zu wecken, damit alle Waffen, wirtschaftliche wie geistige, im Klassenkampf des Proletariats richtig angewendet werden können. Diesem Zweck sind alle Vortragsthemen angepaßt. Die Kurse sind als Arbeitsgemeinschaft gedacht, die Begriffe und Erkenntnisse werden durch gemeinsame Arbeit der Lehrer und Hörer gefunden und die Resultate werden um so besser sein. Das gesamte Arbeiterschulungswesen wird jetzt einen neuen Ausbau erhalten, und zwar ist die Arbeiterbildungsschule als Unterbau gedacht, während die Freie Sozialistische Hochschule den Ueberbau darstellen soll. Hörer, die mit Erfolg unsere Schule besucht haben, können dann am Unterricht der Freien Sozialistischen Hochschule teilnehmen. Es wird nun an den Berliner Genossen und Genossinnen und an der heranwachsenden Jugend liegen, die Gelegenheit, ihre Geisteskräfte zum Nutzen der gesamten Arbeiterklasse zu schärfen, auszunutzen.

Arbeitsplan der Arbeiterbildungsschule.

Internationale Politik. Vortragender Dr. Wolfgang Schwarz. Das System der Großmachtpolitik, der moderne Imperialismus, Ausbruch und Verlauf des Weltkrieges, der Versailler Vertrag, Anfänge der Weltorganisation, Entstehung des Völkerbundes, Deutschlands Eintritt in den Völkerbund, Organisation des Völkerbundes, die Streitschlichtung des Völkerbundes, das Abrüstungsproblem, der Völkerbund als Wirtschaftsgemeinschaft, das Minderheiten- und Grenzproblem. Jeden Dienstag von 7½ bis 9 Uhr abends im Zentraljugendheim, Lindenstr. 3, 2. Hof, 3 Tr. Beginn Dienstag, den 2. November.

Probleme der Weltwirtschaft. Vortragender G. Bienstock. Der Begriff der Weltwirtschaft, von der Volkswirtschaft zur Weltwirtschaft, der Kampf um die Absatzmärkte, der Kampf um die Rohstoffe, Europa und die Weltwirtschaft, Organisation und Weltwirtschaft, die Weltwirtschaft und der Sozialismus. Jeden Donnerstag von 7½ bis 9 Uhr abends in der 245. Gemeindeschule, Wiesen-, Ecke Pankstraße. Beginn Donnerstag, den 4. November.

Geschichte des Sozialismus in Vergangenheit und Gegenwart. Vortragender Erwin Marquardt. Sozialismus und Kommunismus im Altertum und Mittelalter, die Naturrechtslehre, die neuzeitlichen Utopisten, der Marxismus und die Entwicklung der organisierten Arbeiterbewegung, die heutigen Richtungskämpfe (Sozialismus und Bolschewismus), Einführung in die neueste Literatur. Jeden Freitag von 7½ bis 9 Uhr abends in der Bibliothek der Arbeiterbildungsschule, Lindenstr. 3, 2. Hof, 2 Tr., Zimmer 3. Beginn Freitag, den 5. November.

Einführung in die Soziologie. Vortragender Dr. Albert Salomon. Das Wesen der Gesellschaftslehre und die Geschichte, die gesellschaftlichen Verbände — Familie, Ehe und Elternverband — Staat und Gesellschaft — Wirtschaft und Gesellschaft — Klasse und Stand — die aufbauenden Elemente des gesellschaftlichen Lebens —, bürgerliche und marxistische Gesellschaftsauffassung. Jeden Freitag von 7½ bis 9 Uhr abends in der Mädchenmittelschule, Neukölln, Donaustr. 120. Beginn Freitag, den 5. November.

Diese vier Kurse umfassen jeder zwölf Vortragsabende. Die Hörgebühr für einen Gesamtkursus beträgt 2 M.

Kurse in den Bezirken.

13. Kreis — Tempelhof-Mariendorf.

Einführung in die Gesellschaftswissenschaft. Vortragender Dr. Karl Schröder. Allgemeine Begriffserläuterung, die bürgerliche Soziologie, die Marx'sche Gesellschaftstheorie, Naturwissenschaft und Gesellschaftswissenschaft. Jeden Montag von 7½ bis 9 Uhr in der Mittelschule Mariendorf, Kurfürstenstraße.

18. Kreis — Weißensee.

Einführung in die Gesellschaftswissenschaft. Vortragender Dr. Karl Schröder. Mit vorstehenden Disposition. Jeden Dienstag von 7½ bis 9 Uhr abends im Realgymnasium Weißensee, Voelkspromenade. Beginn Dienstag, den 2. November.

19. Kreis — Pankow.

Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert. Vortragender Simon Kahenstein. Zusammenstoß mit der französischen Revolution, Regenerations- und Unabhängigkeitsbestrebungen, freiheitliche und nationale Bewegungen, die Bewegung von 1848 und 1849, der Untergang des Deutschen Bundes, das Deutsche Reich. Jeden Freitag von 7½ bis 9 Uhr abends in Pankow, Städtisches Jugendheim, Kissingenstr. 48. Beginn am Freitag, den 29. Oktober.

7. Kreis — Charlottenburg.

Der moderne Kapitalismus. Vortragender Dr. Jack Marschack. Die ökonomische Lage, die politische Lage, die allgemeine kulturelle Lage, der sozialistische Weg. Jeden Donnerstag von 7½ bis 9 Uhr abends im Jugendheim Charlottenburg, Rosinenstr. 4. Beginn Donnerstag, den 4. November.

4. Kreis — Prenzlauer Berg.

Einführung in den Marxismus. Vortragender Otto Rauh. Religiöse (theologische) Geschichtsauffassung — Geschichte als Wissenschaft — Hegel und Marx — idealistische und materialistische Geschichtsauffassung, dialektische Bewegung in der Geschichte — theologische und stoizistische Entwicklung — Gesellschaft, Staat, Klasse — soziale Funktion von Ideologie und Wirtschaft — kollektive und individuelle Sicherung — Feudalstaat, Absolutismus, bürgerlich-kapitalistische Staatsformen — Marxismus als Lehre vom Aufbau der sozialistischen Wirtschaft und als Weg zum Sozialismus — Sozialismus als Wissenschaft. Jeden Freitag von 7½ bis 9 Uhr abends in der Gemeindeschule Senefelderstraße. Beginn Freitag, den 5. November.

10. Kreis — Zehlendorf.

Einführung in den Marxismus. Vortragender Otto Rauh. Mit vorstehender Disposition. Jeden Donnerstag von 7½ bis 9 Uhr abends in der Korbschule, Zehlendorf, Potsdamer Straße. Beginn Donnerstag, den 4. November.

12. Kreis — Steglitz.

Grundlagen der Arbeiterbildung. Vortragender Albert Herlitz. Proletariat und Erziehung: Klassenkampf, besondere Typen der Bildungsarbeit — Masse — Führer — Funktionäre — Männer — Frauen — Jugendliche — Kinder, Aufgaben der Gegenwart und der Zukunft, psychologische Grundlagen und Methoden der Bildungsarbeit, Selbstbildung. Jeden Montag von 8 bis 9½ Uhr abends in Steglitz, 1. Gemeindeschule, Ringstraße. Beginn Montag, den 15. November.

Diese Kurse umfassen jeder sechs Vortragsabende. Die Hörgebühr beträgt für den Kursus 1 M.

Todesurteil im Prozeß Schumann.

Im Raubmordprozeß Schumann sprach das Landgericht II nach fast dreistündiger Beratung den 22jährigen Buchhalter Walter Schumann schuldig, den Tabakwarenhändler Wilhelm Wurzel am 25. Dezembeer 1925 erwürgt und beraubt zu haben und verurteilte ihn wegen Raubmordes zum Tode und zum dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte. Außerdem wurde Schumann wegen gefährlicher Körperverletzung, begangen an Frau Boehle, zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Auf diese Strafe wurden zehn Monate Untersuchungshaft angerechnet.

*

Für das Gericht gab es keinen anderen Ausweg als den des Todes. Es mußte ihn gehen. Selten war ein Indizienbeweis, er grenzte hier hart an einen Tatbeweis, so lückenlos. Der Angeklagte war der Täter. Die Tat war ein Mord. Auf Mord steht die Todesstrafe. Das wußten alle. Worauf hoffte Schumann? Vielleicht das irgendein Faden, der von einem Indiz zu einem anderen führte, reißen würde. Es waren aber dies nicht mehr Fäden, es waren eiserne Stränge, die ihn unzerreißbar an den Todesparagraphen banden. Schumann wollte dieses nicht wissen. Die Aktentasche im Laden ?! — er hatte sie absichtlich dagelassen. Sein Handschuh hinter der Tür?! — er hatte ihn verloren. Die Zeugen erkennen ihn wieder ?! — können die sich nicht irren? Seine Geldausgaben nach der Tat ?! — weshalb sollte er sie nicht von der Kursürstendame erhalten haben? Der Riß am Paletot?! — Wem ist das nicht schon passiert? Das Reinigen der Kleider?! — War nicht Weihnachten vor der Tür? Das Beil, das in die Wunde paßte?! — Gibt es nicht mehr solcher Beile? . . . Ja, dieses Beil! Das war es, was ihn zum Leugnen zwang. Ueber das Beil stolperte sein Geständnis. Denn hatte er es von Hause mitgenommen, so gab es für ihn wenig Hoffnung, daß aus dem Morde ein Totschlag würde. Das wußte Schumann. Und so zog er es vor, sich in die Pose des Streiters um sein Leben zu werfen, den unschuldig Verdächtigten zu spielen; besser als Sensationsheld die Oeffentlichkeit zu beschäftigen, als in der Jammergestalt eines reuigen Sünders seine Richter um Mitleid zu betteln — um Mitleid, das ihm doch nicht gewährt werden konnte. Wozu Geständnis, wozu Reue: § 211 bleibt doch § 211. Für ein Geständnis ist ja immer noch Zeit kurz vor der Entscheidung der Gnadeninstanz.

Ja, es war Mord! Ueber Nacht war Schumann zum Mörder geworden — das wollte er nur nicht eingestehen —, weil er seine Schulden bezahlen mußte, weil er der zürnenden Schwiegermutter die Gans, der Braut die Handschuhe kaufen mußte. Wo alle sich des Weihnachtsfestes freuten, sollte er zu Hause sitzen? Sich alle freuten! Schumann hat im Augenblick, wo der Gedanke in ihm zur Tat reifte, vergessen, daß Arbeitslosigkeit Hunderttausende gleich ihm freudlos machte und diese werden nicht zu Mördern. Das Gefühl der Zusammengehörigkeit fehlte ihm; er pochte nur auf sein Recht auf Freude und wurde zum Mörder an Wurzel und an sich. Das Gericht hat sein Urteil gesprochen. Es sühnt den Getöteten. So darf man wenige menschliche Sätze auch für den Mörder finden. Schumann hatte recht, als er in seinem letzten Worte seinen Richtern sagte: „Sie sitzen über mich zu Gericht und kennen mein Inneres nicht." Da er die Tat leugnete, erfuhr man wenig über sein Leben. Seine Entwicklung blieb in Dunkel gehüllt. Auch wie es zur Tat kommen konnte. Glücklich wird aber sein Leben nicht gewesen sein. Als er als Fünfzehnjähriger kurz nacheinander Vater und Mutter verlor, war ihm nur die Tante, eine einfältige und brave Frau, allein auf der weiten Welt geblieben. In der Familie seiner zukünftigen Schwiegereltern suchte er Ersatz für das verlorene Elternhaus. Um sein Ansehen als Bräutigam zu wahren, beging er den Mord. Schumann hat kein Geständnis abgelegt. Niemand weiß, ob ihn seine Tat reut. Ein ausführliches Geständnis erhöht unter allen Umständen das Recht auf Gnade. Der 22jährige Schumann sollte sich zu diesem Geständnis zwingen. Dazu ist es nie zu spät.

Unter den Berliner Studenten ist eine große Anzahl, die mit bitterer Not zu kämpfen hat, um durchzuhalten und zum Ziele zu gelangen. Manche Familie ist vielleicht in der Lage, einen dieser jungen Akademiker zu unterstützen, indem sie ihm ein Zimmer unentgeltlich oder gegen Erstattung der Unkosten für Licht und Heizung überläßt! Auch Zimmer gegen Nachhilfeunterricht, Beaufsichtigung der Schularbeiten oder sonstige Gegenleistungen werden dringend benötigt. Angebote nimmt ent-

---

Der Weg des blinden Bruno.

34] **Roman von Oskar Baum.**

Oft, wenn das Buch sie nicht losließ, wurde es auch wohl Mitternacht und später, und nach dem letzten Wort saßen sie zuweilen stumm, noch mit ihrer ganzen Seele mitschwingend. Es war so still, daß man die Atemzüge der Mutter nebenan hörte. Und sie waren einander vertraut, als hörten sie ihre Gedanken richtiger und reiner, wenn sie sie nicht aussprachen.

Und auch als Vilma gegangen war, saß Bruno häufig noch lange auf seinem Platz und rührte sich nicht in dem schweigenden Raum, der noch so voll vom Duft ihres lieben Wesens war und vom dunklen beweglichen Klang ihrer lieben Stimme.

* * *

Immer peinlicher wurden für Vilma geheimnisvolle feindliche Strömungen, die ihr im Theaterleben jeden Schritt vorwärts erschwerten und vereitelten. Man munkelte von einem mächtigen hartnäckigen Verehrer, den sie immer wieder und wieder abwies und der sie so seine Macht fühlen lassen wollte. Sie leugnete es. „Phantasien des sensationslustigen Theatervolks," sagte sie. Sie wollte wohl aus irgendeinem schwerwiegenden Grunde den Namen nicht verraten. Die Nervenspannungen des augenscheinlich immer zugespitzteren Kampfes, die Erregungen der wechselnden Situationen, die Furcht vor dem Ansturm der Verliebtheit oder des Hasses zerstörten die Ruhe und die natürliche Klarheit ihrer sonst so harmonischen Natur. Ihr Tun und Denken bekam etwas Zerstücktes, Gehetztes, Scheues. Und es war so qualvoll, daß die Angst und Gefahr wie eine unsichtbare Mauer, wie ein böser Zauber um sie lag; man konnte nicht hindurch, sie zu retten.

* * *

Bruno kam von einem kleinen Frühlingsausflug heim, den er gegen alle Hindernisse des Kirchendienstes und des Schuljahrs ertrotzt hatte, weil das Wetter so wenig über den Kalender vermochte und die geliebte Sommerfreiheit noch immer so unnahbar fern blieb. Es war nicht weit von Mitternacht. Behutsam schloß er auf, schlich durchs Vorzimmer, aber — — die Mutter war noch wach und Lizzi bei ihr.

Bruno war mit zwei Schritten im Zimmer: „Was ist geschehen?"

„Nichts von allem, was Sie fürchten," sagte Kröß.

Wie? der war auch hier?

Lizzi sagte: „Liptus (sie hatte zuerst „Mein Mann" sagen wollen) ist in Vilmas Wohnung unwohl geworden."

Das war doch keine Erklärung! Niemand fügte etwas hinzu.

„Wird man ihn herbringen?" fragte Bruno.

„Bis er so weit ist," meinte Kröß sonderbar geringschätzig.

„Wen will man verantwortlich machen?" Lizzi nahm ein abgebrochenes Gespräch wieder auf. „Liptus hat zunächst Vilma überall nur geschadet, ihr alles Mögliche in den Weg gelegt, um vor ihr seine Macht zu entfalten. Die liebe Unschuld hat ja, wer weiß, wie lange, die Qualen dieser Jagd vor allen verschwiegen, um mich nicht zu kränken. Er, wie er eben war, konnte nicht glauben, daß jemand das aus Unschuld täte. Er steigerte nur immerfort seine Anträge, bat ihr zuletzt an, sich scheiden zu lassen.

Er dachte, sie sei nur gerissener als er. Ich wußte natürlich, daß er herzkrank war; aber wie sollte ich ihn vor dergleichen Aufregungen bewahren? Mich wundert nur, — Vilma war doch nie sein Typus — —"

„Sie sah gestern als Micaela sehr gut aus und — —" sagte Kröß.

„Und er wollte mich eifersüchtig machen, meinen Sie?" Lizzi lächelte: „Oh, auf dem Fuß standen wir schon lange nicht mehr!"

„Er konnte sich mit seiner Liebe wohl nicht mehr an dich wenden," die Mutter hob vor Erregung drohend die Stimme: „Mir ahnt, oh, oh, du bist furchtbar, Lizzi!"

„Ich konnte mir nicht helfen — ich haßte ihn, seit er nicht mehr das Wichtigste, das Notwendigste für mich war; oh, wie ich ihn haßte! Und er muß es verdient haben. Jeder, der gehaßt wird, ist daran schuld!"

„Siehst du, Kind, siehst du, ich sagte es dir voraus."

„Was denn? — Dachtet Ihr, ich hätte viel anderes erwartet? Ich zahle den Preis, den etwas kostet. Nur so konnte ich meine Laufbahn ebnen!"

Draußen wurde derb geläutet. Schwere Schritte stapften ins Vorzimmer. Man trug die Leiche hinüber ins Zimmer.

Vilma trat ein. Alle wurden still. Sie setzte sich zu Bruno. Sie weinte sehr. Mit kalten Fingern umklammerte sie seine Hand.

„Bösen Menschen braucht man nicht nachzujammern!" sagte Lizzi.

„Ach, böse Menschen," flüsterte Vilma, „ich glaube, die leiden nach mehr!"

Beim Bergführer Hansele in Sachwitz erschien an einem Abend zu Anfang des Sommers ein blinder Herr in Begleitung eines Hotelbediensteten und ersuchte ihn, am nächsten Morgen den Großglockner mit ihm zu besteigen. Es war ein breitschultriger Herr von kaum mehr als dreißig Jahren, in dessen zartgefärbtem, fast mädchenhaftem Gesicht die halbgeschlossenen Augen wie verträumt, wie von Gedanken abgelenkt und nur zufällig zu Boden gerichtet, erschienen.

„Görnitz," stellte er sich in aller Form und sogar mit einer leichten Verbeugung dem Führer Hansele vor, der auf der Bank vor seinem Häuschen in behaglichem Gespräch mit seinem Nachbarn, dem Bauern Schillting saß, und seine Pfeife rauchte.

Hansele sah verständnislos, beinahe feindselig vor Verwunderung den blinden Herrn an, dessen elegante Kleidung sehr komisch von dem kotbespritzten Gewand des Kutschers abstach, der wie ein Freund in ihn eingehängt war.

Aber der Herr sprach so erfahren und sachlich, so gelassen von der Stunde des Aufbruchs, den Bedingungen des Wetters und von allem anderen, das vor einer Bergpartei besprochen zu werden pflegt, daß der schwerfällige Aelpler gar keine Gelegenheit hatte, seine Weigerung vorzubringen. Auch war die Höhe des Honorars, das er zum größten Teil vorausbekam, wenngleich erheblich höher als sonst, doch nicht so außerordentlich, daß man darin eine Verlockung zu einem Abenteuer, zu einer Dummheit hätte erblicken können. Und außerdem wurde Hansele immer neugieriger auf den Verlauf dieses seltsamen Abenteuers, je länger er sich den Menschen ansah.

Pünktlich erwartete Bruno, wie es besprochen war, den Führer auf der Landstraße vor seinem Hotel in Sportanzug, Nagelschuhen, den Rucksack auf dem Rücken.

Anfangs hängte er sich nicht in Hansele ein. Er werde noch dessen Hilfe mehr als genug in Anspruch nehmen, meinte er lächelnd. Er hörte ja die Schritte neben sich, und die breite Landstraße war zu so früher Stunde noch unbelebt. Selten nur fuhr ein Bauernfuhrwerk aufs Feld hinaus. Und es war ihm ein besonderes Vergnügen, so frei zu gehen, den derben Stock kräftig um den knorpligen Griff zu halten und bei jedem Schritt im Takt auf den Boden zu stoßen. Die Füße dehnten sich bei dem gleichmäßigen weiten Ausschreiten.

Es war ein verheißungsvoller, klarer Sommermorgen. Würzige Luft strich wohl von Gärten und Wiesen herüber; ein kleiner, frischer Wind.

(Fortsetzung folgt.)

gegen: Akademisches Wohnungsamt des Studentenwerks Berlin, e. V., Universität, Ecke Dorotheenstraße, und Wohnungsfürsorgeamt der Technischen Hochschule, Charlottenburg, Berliner Straße.

Aus Moabiter Gerichtssälen.

Das freie Geleit.

Der Angestellte hat 25 000 M. veruntreut — für den Arbeitgeber, einen mittleren Kaufmann, eine außerordentlich hohe Summe. Der flüchtige Ueeltäter konnte nicht gestellt werden. Als aber das Geld alle war — vielleicht hatte er auch einen Teil als „Lebensversicherung" auf die Seite geschafft —, tauchte er wieder auf, und zwar im Kabinett eines Anwalts: er wollte sich stellen, falls man ihm freies Geleit gewähre: eine dreiste Zumutung. Man gewährte es ihm und er stellte sich den Behörden. In der Gerichtsverhandlung versprach er hoch und heilig, das veruntreute Geld in Raten abzuzahlen — wie lange würde er an den 25 000 Mark abzahlen müssen oder hoffte er, das große Los zu gewinnen? Momentan, beteuerte er aber, sei er ohne einen Heller. Und schließlich bat er um Bewährungsfrist. Das Gericht besaß aber nicht so viel Nachsicht mit dem Manne, der auf fremde Kosten sich gütlich getan hatte. Es verurteilte ihn zu sechs Monaten Gefängnis und gab ihm keine Bewährungsfrist. Das freie Geleit, das ihm gewährt war, galt nichts für das erkennende Gericht.

Im Gefängnis gibt's zu essen.

Im Juli dieses Jahres hatte er erst das Gefängnis verlassen. Eine Woche später stahl er im Tietzschen Warenhaus ein Paar Hosen — allerdings wurden sie ihm an Ort und Stelle wieder abgenommen. Wegen eines Paares Hosen hatte man mit diesem alten Dieb Nachsicht und steckte ihn, der Gewohnheit entgegen, nicht sofort ein. Aber auch Arbeit erhielt er nicht. Er bettelte und hungerte sich durch — vielleicht stahl er auch zwischendurch. Jedenfalls wurde er nicht ertappt. Dann ward ihm aber dieses Leben über, er suchte den Richter auf und bat ihn um Untersuchungshaft. Der Richter hatte Mitleid mit dem Manne und schickte ihn ins Gefängnis. Auch das erkennende Gericht hatte Einsicht mit dem arbeitslosen und hungernden Menschen; es verurteilte ihn zu vier Monaten. Fünf wären schon richtiger gewesen, denn im Februar ist es noch bitter kalt.

Die Beleidigung und der Vergleich.

Frau X. kommt eines schönen Tages dahinter, daß ihr Mann sie mit der Frau Y. hintergeht. Sie stellt diese zur Rede. Frau Y. verspricht, von dem fremden Manne zu lassen. Und sie hält nicht ihr Wort. Da richtet Frau X. an ihre Rivalin einen groben Brief, einen derart groben, daß er zur Wiedergabe im Druck sich schlecht eignet. Frau Y. strengt eine Beleidigungsklage an. Frau X. behauptet, in Notwehr gehandelt zu haben. Die Sache verspricht interessant zu werden und endet mit einer kleinen Ueberraschung. Frau X. und Frau Y. gehen einen friedlichen Vergleich ein. Frau X. nimmt ihre zensurwidrigen Beschimpfungen mit dem Ausdruck „aufrichtigen" Bedauerns zurück — den Grad der Aufrichtigkeit kann man sich wohl denken. Und Frau Y. verspricht natürlich, nie mehr — lese und schreibe „nie mehr" — mit dem Manne der Frau X. anzubandeln. Na, na . . .

Unterschlagung eines Reichsbahninspektors.

Die Täter geständig.

Bei einer Revision auf dem Bahnhof Wustermark ist die Reichsbahndirektion größeren Unterschlagungen auf die Spur gekommen. Nach den bisherigen Feststellungen sind von einem Eisenbahninspektor etwa 13 000 M. veruntreut worden. Wir erfahren hierzu folgende Einzelheiten:

Ein Teil der Kassengeschäfte des Bahnhofs Wustermark unterstanden dem Inspektor Thiele, der sich seit einiger Zeit wegen Nervenzerrüttung in einem Sanatorium in der Nähe Berlins aufhält. Durch einen Beamten wurden in den Büchern einige Unstimmigkeiten festgestellt, die zu einer genauen Untersuchung führten, wobei die Verfehlungen zutage kamen. Die Veruntreuungen reichen bis zu Anfang Mai d. J. zurück. Der Verdacht fiel sofort auf den Inspektor Thiele. Es wurde auch vermutet, daß noch weitere Beamte in die Unterschlagungsaffäre verwickelt seien. Einige Beamte der Reichsbahndirektion begaben sich unverzüglich zu Thiele. Ohne zu leugnen, legte er ein umfassendes Geständnis ab. Demnach hat er von Nachnahmegeldern Teilsummen für sich verwandt und die Verfehlungen durch geschickte Buchungen zu verdecken gewußt. Die ersten Unterschleife machte er im Mai, die er dann von Monat zu Monat fortsetzte, bis sie jetzt eine Höhe von ziemlich 13 000 M. erreicht hatten. Durch einen unfreiwilligen plötzlichen Nervenzusammenbruch, der seine Ueberführung in ein Sanatorium notwendig machte, wurde weiteren Verfehlungen ein Riegel vorgeschoben. Nach dem Geständnis sind weitere Beamte, wie anfänglich vermutet wurde, nicht in die Angelegenheit verwickelt. Thiele war im Kriege Reserveoffizier und wurde verschüttet. Später trat er in den Dienst der Reichsbahn. Er ist verheiratet und galt allgemein als ein solider und sehr ordentlicher Beamter. Welche Gründe Th. zu den Veruntreuungen getrieben haben, konnte bisher noch nicht einwandfrei ermittelt werden.

Eine Denunziation.

Zu welchen Handlungen zuweilen der Haß führt, zeigte ein Fall, der vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte verhandelt wurde. Der Schneidermeister Friedrich Kablitz, Berlin, Fehrbelliner Straße 20, ist vor einigen Jahren seinem Ausschluß aus unserer Partei wegen parteischädigenden Verhaltens dadurch zuvorgekommen, daß er seinen Austritt aus der Partei erklärte. Nun hat er nach Jahren den Veranlasser des Ausschlußverfahrens wegen eines ganz geringen Vergehens, das er in der Arbeitsstelle während der Inflationszeit begangen hatte, denunziert. Gestern stand nun der Beschuldigte, der Drechsler K. Sch. vor dem Einzelrichter in Moabit, um sich zu verantworten. Kablitz war als Zeuge geladen, jedoch verzichten Amtsanwalt und Richter darauf, ihn zu vernehmen. Sch. wurde zu einer geringen Strafe mit dreijähriger Bewährungsfrist verurteilt. Härter jedoch wird Sch. dadurch betroffen, daß er aus Lohn und Brot wegen des geringfügigen Vergehens kam.

Monarchistenreklame des Deutschen Ostbundes.

Der Deutsche Ostbund E. V. schickt uns ein Schreiben, in dem er unsere Kritik an seiner tendenziösen Roethe-Gedächtnisfeier in der Universität und an der schwarzweißroten Rede des Prof. Petersen angreift. Der Ostbund will in dieser Zuschrift „überparteilich" sein und behauptet, daß er „Tausende und aber Tausende von Mitgliedern hätte, die sich zur Staatsform der Republik bekennen". Stimmt das, so ist das Verhalten seines Präsidiums noch unverständlicher und tadelnswerter. Wenn in dem Schreiben des Ostbundes gesagt wird, wir hätten „einzelne Wendungen" aus dem „Zusammenhang gerissen" und „in ein falsches Licht gesetzt", so stimmt das in keiner Weise. Wir müssen unseren Bericht in allen seinen Teilen voll aufrechterhalten. Die Rede des Prof. Dr. Petersen wurde zu einer beispiellosen parteipolitisch-tendenziösen Attacke gegen Republik und Volk — erschwerend taktlos in Gegenwart von Vertretern der deutschen militärischen Ministerien der Republik. Uns freut es, daß dem Ostbund aus den Reihen seiner „Tausend und aber Tausend Republikaner", wie es scheint, auf die Finger geklopft worden ist. Denn es wäre ja auch der Gipfelpunkt, wenn eine „unparteiische Organisation" so unverhüllt antirepublikanische Propaganda treiben dürfte, ohne von ihren Mitgliedern zur Ordnung gerufen zu werden.

Jugendweihe Neukölln. Anmeldungen nehmen Vorwärtsspeditionen Reckarstr. 2 und Siegfriedstr. entgegen. Anmeldung 50 Pfennig. Unterrichtsbeginn demnächst.

1930: Weltausstellung in Berlin.

Zu der Frage der Veranstaltung einer internationalen Ausstellung in Berlin im Jahre 1930 wird der Magistrat in seiner Sitzung am Mittwoch und der Aeltestenausschuß der Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag Stellung nehmen. Mit den in Frage kommenden Industrien, insbesondere der Baustoffindustrie, hat das Berliner Messeamt schon vor längerer Zeit verhandelt.

„Mit Gott für König und Vaterland."

Man schreibt uns:

Eine hochherzige Frau, Frau Pfarrer Pietzker, geb. v. Siemens, in Potsdam hat zum Andenken ihres gefallenen Sohnes mit dessen Vermögen das Werner-Alfred-Bad in Potsdam erbauen lassen. Seit einigen Jahren verwaltet der Potsdamer Magistrat diese hochherzige Spende. In den Warteräumen durften bisher nur Badeprospekte und keinerlei Zeitungen zum Lesen ausliegen, um keine Partei zu kränken. Der Magistrat Potsdam duldet aber seit längerer Zeit, daß in den Warteräumen der Badeanstalt die Zeitung „Der Preußenbund" ausgelegt werden darf. Eine Zeitung, die von einem deutschnationalen früheren Militär in Potsdam dirigiert wird und als Kopf die Worte trägt: „Mit Gott für König und Vaterland". Den Inhalt kann man sich ja vorstellen. Dieses Blatt darf als einzige Zeitung in der Volksbadeanstalt ausgelegt werden. Handschriftlich sind die Blätter des Preußenbundes noch mit den Worten „Bitte lesen und weitergeben" versehen. Wer ist dafür verantwortlich?

Ein buntfarbiges Nachmittagsprogramm, betitelt „Von fremden Ländern und Völkern". Neben jugoslawischen Volksliedern, finnischen Volksweisen und bosnischen Minneliedern, Klavierstücke von Mussorgsky, Cyrill Scott und das Violinkonzert G-Moll von dem Amerikaner Coleridge-Taylor, zum ersten Male in Deutschland gespielt. Dieses Konzert ist ganz in den konventionellen Formen gehalten, denn Coleridge ist alles andere eher als ein Revolutionär, die Melodie zeigt aber trotz ihrer Verhaltenheit sinnliche Färbung, hat stellenweise süßen Schmelz besonders im Andante und gefällt sich dann wieder in virtuosen Variationen, die der Geiger Fery Lorant sehr sicher spielt. Scott löst dagegen die musikalische Form auf, alle Umrisse verschwimmen wie bei den impressionistischen Malern. Die Wiedergabe eines Eindrucks, einer Stimmung ist die Hauptsache. Alice Jacob-Loewenson gibt nicht genügend das Glitzernde dieser Musik, doch die finnischen Volksweisen werden ganz weich im Anschlag gespielt. Paula Sandow singt die jugoslawischen Volkslieder mit schöner, ausgeglichener Stimme, aber die Lieder mit ihrer wehmütigen, monotonen Melodie ermüden allmählich. Am Abend singt Elisabeth Schumann Schubertsche Lieder. In der Höhe stört hin und wieder eine scharfe Tongebung. Trotzdem diese Stimme leicht und perlend die Töne aneinander reiht, fehlt ihr die letzte Ausdruckskraft. Prachtvoll wird „Die Forelle" gesungen. Darauf spricht Otto Zarek über den Dramatiker Georg Kaiser. Er umreißt ihn als den Sucher nach der neuen, dramatischen Form. Ein vergeistigtes Drama, das Ideal des platonischen Dialoges schwebt Kaiser vor, aber glutvoller, bewegter. Doch neben diesen problematischen Dramen stehen Theaterstücke, die völlig einem genialen Theaterinstinkt, der im Tatsächlichen wurzelt, entsprungen sind. Ernst Stahl-Nachbauer liest die Schlußszene aus dem „geretteten Alkibiades" breit, ausmalend und beinahe dozierend. Ueberhaupt standiert er die Worte zu scharf und hält sich nicht immer von Theaterei frei, auffällig in dem Monolog aus „Von Morgen bis Mitternacht". Uebertreibung ist noch nicht Stilisierung. Interessant der Vortrag Dr. Leithäusers, der Versuchsübertragungen deutscher Sender brachte, und der bekannte Volkswirt Dr. Oskar Stillich beendete seinen hervorragenden Vortragszyklus „Einführung in die Nationalökonomie".

Das Rundfunkprogramm.

Mittwoch, den 27. Oktober.

Außer dem üblichen Tagesprogramm:

3.30 Uhr nachm.: Frauenfragen und Frauensorgen. (Margarete Weinberg: „Aus den Anfängen der Frauenbewegung"). **4 Uhr** nachm.: Jugendbühne (Unterhaltungsstunde). Die Funkprinzessin erzählt: 1. Dornröschen (Brüder Grimm). 2. Hans im Glück (Brüder Grimm). Die Funkprinzessin: Ida Orloff. **4.30—6 Uhr** abends: Nachmittagskonzert des Etté-Kammerorchesters. Anschließend: Ratschläge fürs Haus, Theater- und Filmdienst. **6.30 Uhr** abends: Hans-Bredow-Schule (Bildungskurse). Abteilung Sprachunterricht. C. M. Alfieri: Spanisch. **7 Uhr** abends: Geh. Justizrat Prof. Dr. Ed. Heilfron: Vortragsreihe „Rechtsfragen des Tages". **7.30 Uhr** abends: Einführung zu der Operette „Günstling der Zarin" am 28. Oktober 1926. **8 Uhr** abends: Alfred Kerr spricht über Georg Kaisers Schauspiel „Gas". **8.30 Uhr** abends: Sendespiel „Gas". Schauspiel in fünf Akten von Georg Kaiser. Leitung: Alfred Braun. Der weiße Herr: Rudolf Blümner; Milliardärssohn: Ernst Stahl-Nachbaur; Tochter: Leontine Sagan; Offizier: Werner Schott; Ingenieur: Walter Franck; Schreiber: Hans Rameau; erster schwarzer Herr, zweiter schwarzer Herr, dritter schwarzer Herr, vierter schwarzer Herr, fünfter schwarzer Herr, Regierungsvertreter, erster Arbeiter, zweiter Arbeiter, dritter Arbeiter, Mädchen, Frau, Mutter, Hauptmann, Maschinengewehrabteilung, Arbeiter. Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitansage, Wetterdienst, Sportnachrichten, Theater- und Filmdienst. **10.30—12.30 Uhr** abends: Tanzmusik (Kapelle Kermbach. Leitung: Kapellmeister Otto Kermbach).

Königswusterhausen, Mittwoch, den 27. Oktober.

12—12.30 Uhr nachm.: Lektor Grander und Walinski: Französisch für Schüler. **3—3.30 Uhr** nachm.: Stud.-Rat Friebel, Lektor Mann: Englisch für Anfänger. **3.30—4 Uhr** nachm.: Stud.-Rat Friebel, Lektor Mann: Englisch für Fortgeschrittene. **4—4.30 Uhr** nachm.: Uhlmann: Die Arbeit in der Sprachheilkunde. **4.30 bis 5 Uhr** nachm.: Aus dem Zentralinstitut. Ankündigungen. **5—6 Uhr** abends: Medizinalrat Dr. Slawyk: Die physikalische Erforschung des Mikrokosmos. **8—6.30 Uhr** abends: Stud.-Rat Thiel: Grundgesetze der Technik. **6.30—7 Uhr** abends: Dr. Feilchenfeld: Förderung der Automobilindustrie durch Förderung des Selbstfahrens. **7—7.30 Uhr** abends: Dichterstunde. Hans Grimm liest aus eigenen Werken. **7.30—8 Uhr** abends: Prof. Dr. Goetz, Leipzig: Auslandsdeutschtum und deutsche Geschichte. **8.15 Uhr** abends: Uebertragung aus Frankfurt. Sendespiel „Medea".

Oeffentl. Werbeversammlungen

Heute, Mittwoch, 27. Oktober:

Friedrichshain. (32. Abteilung): 7½ Uhr in Schmidts Gesellschaftshaus, Fruchtstr. 36 a. Redner: Polizeioberst a. D. Dr. Hermann Schützinger.

Friedrichshain. (33. Abteilung): 7½ Uhr im Lokal Schonert, Stralau, Kynaststraße. Redner: Karl Mierendorff.

Männer und Frauen, erscheint in Massen!

Oeffentliche Frauenkundgebung

am Donnerstag, den 28. Oktober, abends 7½ Uhr im Saalbau Friedrichshain, Am Friedrichshain

Vortrag: Weltlicher Staat — Weltliche Schule.
Referent: Bürgermeister Dr. Ostrowski

Freie Schulgemeinde Prenzlauer Berg

„Der Mann mit den 1000 Bräuten."

Sie gaben ihm gerne und reichlich.

Vor dem Schöffengericht Mitte hatte sich der in Dänemark geborene Kaufmann Peterson unter dem Verdacht, einer der gemeingefährlichsten Heiratsschwindler zu sein, zu verantworten. Peterson hatte lange in Amerika gelebt und war etwa vor zwei Jahren nach Deutschland gekommen, um hier Exportgeschäfte zu machen. Seine Geschäftspläne mißglückten ihm aber und er geriet bald in Not.

Nunmehr machte er sich an junge Damen heran, denen er als ein stattlicher Mann Anfang der vierziger Jahre die Ehe versprach und es dann auch verstand, von seinen Bräuten Unterstützungen in mehr oder weniger hohen Beträgen zu erhalten. Er muß eine sehr umfangreiche Damenbekanntschaft gehabt haben. Denn als man ihn Anfang Februar verhaftete, fand man in seinem Besitz ein Notizbuch, daß die Adressen von mehr als 1000 weiblichen Namen enthielt, so daß er wohl mit Recht den Spitznamen „der Mann mit den 1000 Bräuten" erhielt. Zweifellos hat er sich sehr viel Frauen genähert. Ermittelt wurde aber nur eine geringe Zahl. Aber von denen, die schließlich zum Gegenstand der Anklage gemacht wurden, blieb in der Verhandlung nur noch sehr wenig übrig. Bezeichnenderweise erklärten die meisten jungen Mädchen, daß sie dem Angeklagten das Geld nicht mit Rücksicht auf die Verlobung gegeben hätten, sondern sie hätten ihn auch aus gutem Herzen, weil er in Not war, unterstützt und einige versicherten, daß sie es auch jetzt noch tun würden. Nur zwei junge Damen fühlten sich betrogen, die eine hatte ihm nur 70 M. geliehen und hatte auf ihr Drängen das Geld bis auf einen Rest von 20 M. zurückerhalten. Schwerer geschädigt war die zweite Belastungszeugin, die versicherte, daß sie einem Manne nicht die 1000 M. gegeben hätte, wenn es nicht ihr Verlobter gewesen wäre. Nach der Verlobung war er auch bei ihren Eltern eingeführt worden und hatte als künftiger Schwiegersohn dort lange Zeit Aufnahme, Wohnung und Verpflegung erhalten. Der Staatsanwalt sah die beiden Betrugsfälle für so schwer an, daß er die empfindliche Strafe von einem Jahr neun Monate Gefängnis und fünf Jahre Ehrverlust beantragte. Der Angeklagte versicherte, daß er seit seiner Freilassung nach mehr als fünfmonatlicher Untersuchungshaft jetzt wieder gute Geschäftsverbindungen habe und glaube innerhalb eines Monats sämtliche Schäden gutzumachen. Das Schöffengericht kam in dem ersten Falle zu einer Freisprechung, da die Zeugin nicht mit Bestimmtheit sagen konnte, ob sie ihm die 70 M. erst nach oder vor der Verlobung gegeben hätte. Anders lag es bei der zweiten Betörten. Hier erschien dem Gericht der Betrug einwandfrei nachgewiesen, jedoch wurde dem Angeklagten große Milde zuteil. Er erhielt für diesen einen Fall des Betruges drei Monate Gefängnis und 1000 M. Geldstrafe. Die Freiheitsstrafe wurde durch die Untersuchungshaft als abgegolten erklärt. Der Angeklagte war mit seinem Urteil anscheinend sehr zufrieden, denn er erklärte, daß er auf eine Berufung verzichte und die Strafe annehme.

Vor den Augen des Vaters tödlich verunglückt.

Ein folgenschwerer Bauunfall mit tödlichem Ausgang ereignete sich gestern nachmittag gegen 5 Uhr auf dem Neubau Ecke Reuter- und Körnerstraße zu Zehlendorf. Der Vorfall ist um so tragischer, als der Vater des Verunglückten mit eigenen Augen sehen mußte, wie sein 19jähriger Sohn, ohne selbst helfen zu können, durch einen unglücklichen Zufall ums Leben kam. Zu dem Unglück erfahren wir folgende Einzelheiten: Der 19jährige Monteur Paul Jungnickel aus der Feurigstraße 37 zu Schöneberg war zusammen mit seinem Vater und vier weiteren Monteuren damit beschäftigt, einen großen Heizkessel aufzustellen. Aus bisher noch nicht geklärter Ursache kam ein mehrere Zentner schwerer Kesselteil ins Wanken und stürzte hinab. Paul J. konnte nicht mehr zur Seite springen und wurde von der gewaltigen Last gegen die Wand gedrückt. Der Schädel wurde ihm zertrümmert, was seinen sofortigen Tod zur Folge hatte. Die Leiche des auf so tragische Weise ums Leben gekommenen jugendlichen Arbeiters wurde von der Kriminalpolizei beschlagnahmt und der Leichenhalle zugeführt.

Tödlicher Unglücksfall. Mehrere Arbeiter waren an der Rennbahn Hoppegarten damit beschäftigt, eine etwa 2 Meter große Kabelrolle aufzuladen. Dabei fiel diese um und begrub den 46 Jahre alten Arbeiter Franz Melzer aus der Hochgerichtstr. 13 unter sich. Schwer verletzt brachte man ihn zum Krankenhaus Westend, wo er jedoch bei seiner Einlieferung verstarb. Die Schuldfrage bedarf noch der Aufklärung.

Beim Spielen verunglückte gestern nachmittag der elfjährige Schüler Rudolf Leonhardt aus der Kristianiastr. 122. Der kleine L. geriet in der Bellermannstraße, wo Schachtarbeiten vorgenommen werden, unter eine mehrere Zentner schwere Kanalisationsröhre. Mit inneren Verletzungen wurde das Kind nach dem Virchow-Krankenhaus gebracht, wo es nach der Einlieferung starb.

Autostraße Köln—Düsseldorf. Der zuständige Provinzialausschuß hat sich mit den Vorschlägen des Landeshauptmanns zum Bau einer Autostraße Köln—Düsseldorf mit Verlängerungsmöglichkeit nach Essen und Duisburg einverstanden erklärt und den Landeshauptmann beauftragt, mit größtem Nachdruck die weiteren Schritte bei der Reichs- und Staatsregierung zur Erlangung der Mittel aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge für das Unternehmen zu tun.

Schneefall in München. Nachdem bereits in den letzten Tagen ein empfindlicher Temperaturrückgang eingetreten ist, der im bayerischen Voralpengebiet ausgiebigen Schneefall zur Folge hatte, setzte gestern nacht auch in München Schneetreiben mit Hagelschlägen und Regen ein. Im Voralpengebiet blieb die Schneedecke sowohl auf den Bergen, als im Tale liegen, dagegen konnte sie sich in München nicht halten.

Wenn die Bubifrisur nicht sitzen will,

gibt es gar keine andere Hilfe als eine sorgsame Kopfwäsche mit Pixavon. Die wöchentliche Haarwäsche mit Pixavon gibt dem Haar die lockere Fülle und die weiche Geschmeidigkeit, die den dauerhaften Sitz der anmutigen Bubifrisur ermöglicht.

Keine der gewöhnlichen flüssigen Teerseifen hat auch nur annähernd die Wirkungen von Pixavon. Bestehen Sie fest auf „Pixavon" (nur in geschlossenen Originalflaschen), sowohl für die häusliche Haarwäsche, wie auch für die im Friseursalon.

Fordern Sie kostenlos von uns Abbildungen neuer Bubenkopfschnitte für Winter 1926.

LINGNER-WERKE Dresden

Eine Botschaft aus dem Kriege. Am Strande bei Apenrade wurde eine versiegelte Flaschenpost aufgefischt. Sie enthielt einen stark vergilbten Zettel mit der Mitteilung, daß sich das U-Boot 14 in sinkendem Zustande befinde. Darunter befindet sich der Name des Absenders und seine Heimatadresse.

Großfeuer im Osten Londons. Bei einer chemischen Firma, deren Werke an der Themse liegen, brach am Montagabend Großfeuer aus. In kurzer Zeit war die ganze Fabrik ein einziges Flammenmeer, da mehrere tausend Tonnen Kolophonium und andere Chemikalien in Brand geraten waren. Ueber 60 Londoner Feuerwehren waren eingesetzt, die aber nur ein Uebergreifen des Feuers auf Nachbarhäuser verhindern konnten. Nach mehreren großen Explosionen stürzte das Fabrikgebäude ein. Der Schaden wird auf 60 000 Pfund geschätzt.

Unwetter in der Schweiz. In der Nacht zum Dienstag sind in der ganzen Schweiz starke atmosphärische Strömungen eingetreten. Es herrschen Westwinde bis zu 20 Sekundenmetern Stärke, die dem tieferen Gelände in verschiedenen Landesteilen Schneefälle gebracht haben. Im Kanton Tessin fiel die Temperatur bis auf minus 4 Grad. In vielen Landesteilen sind seit gestern heftige Gewitter niedergegangen.

Der Orkanschaden auf den Bermudasinseln. Nach Meldungen aus Hamilton (Bermudasinseln) wird der durch den letzten Orkan angerichtete Schaden auf 3 bis 5 Millionen Dollar geschätzt. Der Schaden auf den zu den Bermudas gehörenden Inseln Ireland wird auf 20 000 Pfund Sterling geschätzt.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, 2. Hof, 2 Trep. rechts, zu richten.

2\. **Kreis Tiergarten.** Heute, Mittwoch, 27. Oktober, 7½ Uhr, in den Arminius-Hallen, Bremer Straße, Kreismitgliederversammlung. Vortrag: „Hohenzollern-Abfindung und Sozialdemokratie". Referent Hermann Lüdemann, M. d. L. Sämtliche Genossinnen und Genossen des Kreises müssen unbedingt erscheinen. — Das Weihnachtskomitee wird gebeten, zu einer dringenden Besprechung sich heute, Mittwoch, ½7 Uhr, in den Arminius-Hallen, Bremer Str. 73, einfinden zu wollen. — **Freie Schulgemeinde:** Freitag, 29. Oktober, 7½ Uhr, in der Schulaula Waldenserstr. 20, Mitgliederversammlung. Bericht vom Bundestag der Freien Schulgesellschaften Deutschlands. Alle Mitglieder müssen erscheinen.

5\. **Kreis Friedrichshain.** Heute, Mittwoch, 27. Oktober, 6½ Uhr, Bezirksversammlung im Rathaus, Stadtverordnetensitzungssaal. Einlaßkarten ab 6¼ Uhr beim Genossen Fischer, Eingang Spandauer Straße. — Donnerstag, 28. Oktober, 7½ Uhr, in den Andreas-Festsälen, Andreasstr. 21, Kreismitgliederversammlung. Vortrag: „Unsere Stellungnahme zur Fürstenabfindung". Referent Hermann Lüdemann, M. d. L. Sämtliche Mitglieder müssen erscheinen. — **Achtung, Elternbeiräte und Freie Schulgemeinschaft!** Wichtige Sitzung am Freitag, 29. Oktober, 7 Uhr, in der Schule Petersburger Str. 4. Sämtliche soz. Lehrer des Kreises werden um Teilnahme gebeten.

6\. **Kreis Kreuzberg. Kreisausschuß für Arbeiterwohlfahrt:** Donnerstag, 28. Oktober, 7½ Uhr, in Rabes Festsälen, Fichtestr. 29, Vortragsabend. Thema: „Die politische Bedeutung der Wohlfahrtspflege". Referenten: Marie Juchacz, M. d. R., Stadtrat Fachum, Dr. Clara Henriques. Genossen und Freunde der Bewegung, insbesondere alle in der Wohlfahrtspflege Tätigen, sind herzlichst eingeladen. Eintritt frei.

7\. **Kreis Charlottenburg.** Achtung! Mittwoch, 3. November, 7½ Uhr, im Türkischen Zelt, Berliner Str. 58 (an der Rosinenstraße), Elternabend der Freien Schulgemeinde. Mitwirkende u. a. Schülerinnen der Julia-Klamt-Schule für rhythmische Körpergymnastik und Erziehung. Anschließend Gesellschaftstanz. Einlaßkarten 50 Pf. an der Kasse.

8\. **Kreis Spandau.** Heute, Mittwoch, 27. Oktober, 8 Uhr, im Turmzimmer des Neuen Rathauses Kreismitgliederversammlung. Vortrag: „Unsere Stellungnahme zur Fürstenabfindung." Referent Gustav Sabath, M. d. L. Sämtliche Mitglieder des Kreises müssen erscheinen.

14\. **Kreis Neukölln.** Donnerstag, 28. Oktober, 7½ Uhr, in Erbes Festsälen (früher Kliem), Hasenheide, Kreismitgliederversammlung. Vortrag: „Unsere Stellungnahme zur Fürstenabfindung". Referent Erich Kuttner, M. d. L. Sämtliche Genossinnen und Genossen des Kreises müssen unbedingt erscheinen.

17\. **Kreis Lichtenberg.** Die Karten für den Kinderabend sind bei den Abteilungsleitern zu haben und beim Genossen Richter, Boxhagener Str. 62 (Vorwärtsspedition).

Heute, Mittwoch, den 27. Oktober:

21\. **Abt.** Die Funktionäre holen vor der Sitzung vom Genossen Kroll die Karten für die Revolutionsfeier ab.

44\. **Abt.** Stadtbezirk 79: 7½ Uhr Extrazahlabend bei Vogel, Britzer Str. 46. Erscheinen ist Pflicht.

Morgen, Donnerstag, den 28. Oktober.

28\. **Abt.** 7½ Uhr in der Schule Eberswalder Straße wichtige Elternversammlung. Vortrag: „Der Wert des Sports und Turnens für die Mädchen". Sämtliche Elternbeiräte müssen erscheinen, ebenfalls die soz. Lehrer.

32\. **Abt.** 6½ Uhr Vorstandssitzung mit den Gruppenleitern bei Krompholz, Paul-Singer-Str. 49.

34\. **Abt.** 7 Uhr in den Andreas-Festsälen, Andreasstr. 21, Kreismitgliederversammlung. Beteiligung aller Genossinnen und Genossen ist Pflicht.

38\. **Abt.** Die Genossen beteiligen sich an der Kreismitgliederversammlung in den Andreas-Festsälen, Andreasstr. 21, abends 7 Uhr. Die Bezirksführer laden ein.

41\. **Abt.** 7½ Uhr bei Baber, Jüterboger Str. 7 (gegenüber der Kaserne), wichtige Mitgliederversammlung. Vortrag: „Unsere Stellungnahme zum Hohenzollern-Vertrag". Referent Bezirksverordneter Karl Litke. Sämtliche Mitglieder müssen unbedingt erscheinen.

129/130\. **Abt. Pankow.** 7½ Uhr im Türkischen Zelt, Breite Str. 14, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Unsere Stellungnahme zur Fürstenabfindung". Referent Bürgermeister Karl Leid, M. d. L. Es ist Pflicht aller Mitglieder, bestimmt und pünktlich zu erscheinen. Achtung! Die Bezirksführer laden zu der Versammlung ein.

134\. **Abt. Buch.** 8 Uhr im Lokal Göpfert, am Bahnhof, Sitzung des Abteilungsvorstandes mit den Funktionären.

Nowawes. 8 Uhr bei Gebauer, Wallstr. 62, außerordentliche Mitgliederversammlung. Tagesordnung: „Die Sozialdemokratie und die Hohenzollernabfindung".

Frauenveranstaltungen am Mittwoch, den 27. Oktober:

141\. **Abt. Rosenthal und Niederschönhausen-West.** 7½ Uhr bei Ebbmeyer, Hauptstr. 5, Heiterer Abend. Vortragender: Heinz Barthel. Alle Genossinnen sind herzlichst eingeladen. Gäste willkommen.

Frauenveranstaltungen am Donnerstag, den 28. Oktober:

5\. **Abt.** 7½ Uhr im Lokal Linienstr. 222 Lichtbildervortrag: „Die französische Revolution". Referent Genosse Busch.

68\. **Abt. Halensee.** 7½ Uhr bei Sandmann, Westfälische Str. 42. Vortrag: „Landtag und Fürstenabfindung". Referentin Else Scheidenhuber.

80\. **Abt. Schöneberg.** 8 Uhr bei Gürlich, Begasstr. 1. Heiterer Frauenabend. Vortragender Genosse Schumann. Gäste herzlichst willkommen.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

28\. **Abt.** Unser Genosse Johann Hölbike, Hochmeisterstr. 13, ist verstorben. Einäscherung am Freitag, 29. Oktober, 12 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße. Um rege Beteiligung bittet die Abteilungsleitung.

52\. **Abt. Charlottenburg.** Am Freitag, 22. Oktober, verstarb unser Genosse Paul Schaarschmidt. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.

Wanderleiterkonferenz heute, Mittwoch, pünktlich 7½ Uhr, im Jugendheim Lindenstr. 3. Tagesordnung: 1. Bericht über den Kursus in Spandau (Genossin Else Gaßner). 2. Arbeiterjugend und Leibesübung (Genosse Karl Tilch). 3. Aussprache. 4. Verschiedenes.

B.-V.-Sitzung morgen pünktlich 7½ Uhr.

Achtung, Abteilungsleiter! Liefert den Berichtsbogen vom 3. Quartal ab.

Achtung, Abteilungskassierer! Heute, Mittwoch, von 5—7 Uhr Abrechnung.

Heute, Mittwoch, 7½ Uhr:

Weißensee: Turnen in der Halle Roelckestraße (letzten Mal, dann immer Donnerstags in der Turnhalle Wörthstraße). — **Andreasplatz:** Jugendheim Große Frankfurter Str. 16, Vortrag: „Literatur der Jugend". — **Friedrichshain:** Jugendheim Diestelmeyerstr. 5—6. Vortrag: „Unser Wandern". — **Friedenau:** Die gemeinsame Mitgliederversammlung mit der Partei findet nicht statt. Wir gehen zum Kursus, 8 Uhr Schule Wartburgplatz. — **Tempelhof:** Lyzeum Germaniastr. 4—6. Vortrag: „Alt-Berlin". — **Friedrichshagen:** Jugendheim Scharnweberstr. 105a, Aussprache: „Die Gewerkschaften". — **Lichtenberg-Mitte:** Jugendheim Dossestr. 22. Vortrag: „Jugendbewegung und Jugendpflege". — **Neu-Lichtenberg:** Jugendheim Prinz-Albert-Straße. 10-Minuten-Referate. — **Lichtenberg-West:** Jugendheim Scharnweberstr. 29. Vortrag: „Einführung in die sozialistische Gedankenwelt".

Werbebezirk Schöneberg: Schule Wartburgplatz Werbebezirksvorstandssitzung. Sämtliche Gruppenleiter müssen pünktlich erscheinen. Anschließend Schulungskursus.

Werbebezirk Kreuzberg: Sprechchorprobe im Jugendheim Reichenberger Straße 66.

Gelwehsplatz: Schule Eberswalder Str. 10. Einführungsabend.

Zwei Kunstabende am Sonntag, 31. Oktober. Jugendheim Lindenstraße 3. Prof. Kestenberg: „Joh. Seb. Bach" (mit Erläuterungen am Klavier); Jugendheim Charlottenburg Rosinenstr. 4, Dr. Hilker: „Einführung in die Kunst". Beginn pünktlich 7½ Uhr.

9. Kreis Wilmersdorf.

Heute Mittwoch, den 27. Oktober, abends pünktlich 8 Uhr, im Viktoriagarten, Wilhelmsaue 114/115

Republikanischer Abend

Vortrag: „Leben wir in einem Rechtsstaat?" (Die Fälle Kölling, Großmann, Femeprozesse usw.) **Referent: Rechtsanwalt Dr. Rothe. Alle Republikaner sind eingeladen. Erscheint in Massen, um gegen die gegenwärtigen Zustände zu protestieren!**

Sprech-Chor für Proletarische Feierstunden. Die Uebungsstunde muß auch in dieser Woche verlegt werden. Sie findet also nicht am Donnerstag, sondern am Sonntag vormittag 10 Uhr in der Aula der Sophienschule, Weinmeisterstr. 16/17, statt. Alle Beteiligten müssen bestimmt und pünktlich erscheinen. Gäste, die mitsprechen wollen, sind willkommen.

Der Bildungsausschuß Treptow-Baumschulenweg veranstaltet am Freitag, den 29. Oktober, abends 8 Uhr, seine 45. Vorführung wissenschaftlicher Filme in der Treptow-Sternwarte. Zur Vorführung gelangen neben Naturfilmen technische Filme und ein sehr heiterer längerer Schlußfilm. Karten zu 50 Pf. sind in den Vorwärtsspeditionen Graetzstr. 50 und Baumschulenweg, Kiefholzstraße, sowie an der Abendkasse zu haben.

Sport.

Rennen zu Strausberg am Dienstag, den 26. Oktober.

1\. Rennen. 1. Lukrezia (W. Schmidt), 2. Firn (R. Schmidt), 3. Mumpitz (H. Torke). Toto: 29 : 10. Platz: 12, 10, 26 : 10. Ferner liefen: Lele, Paladin, Schirmherr, Doktor, gef., Boska, gef., Partoll.

2\. Rennen. 1. Cebria (v. Metzsch), 2. Glücksstunde (Oertel), 3. Capua (Schimma). Toto: 30 : 10. Platz: 16, 23, 22 : 10. Ferner liefen: Frhutsk, Lebedame, Baltazar, Theos, angeh., Bibouze, Moustafa Kemal, Le Marboré, Diamant, Lauf, angeh., Circe, Françoise.

3\. Rennen. 1. Abteilung: 1. Stichelei (Walter Heuer), 2. Sieglinde (Weidner), 3. Haidepringessin (Dippelt). Toto: 412 : 10. Platz: 94, 111, 26 : 10. Ferner liefen: Ardoriton, Dau, Argonaut, Treuberg, Ciccola, Staffelstein, gef., Ostara, Trutzin. — 2. Abteilung: 1. Campanula (Hauser), 2. Gustel (Mütschen), 3. Tussius (M. Derschug). Toto: 23 : 10. Platz: 13, 18, 21 : 10. Ferner liefen: Cigillaga, Sedan, Lelerstau, Engbaß, Rabensteinerin, Balid, angeh., Walla Walla, Silvaplana.

4\. Rennen. 1. Rosenkönig (v. Reibnitz), 2. Antin (Schnitzer), 3. Onkel Otto (v. Götz). Toto: 145 : 10. Platz: 72, 59 : 10. Ferner liefen: Impressario, Esto.

5\. Rennen. 1. Fechterin (Oertel), 2. Spiritist (Franzke), 3. Mundschenk (Weidner). Toto: 52 : 10. Platz: 17, 19, 26 : 10. Ferner liefen: Seewarte, Crebullie, Gigerl, Sulamith, gef., Ma Berthe, Wetterscheide, Kiß me quick, gef., Fabiola, Turfball, gef.

6\. Rennen. 1. Clothilde (Gr. Wenzel), 2. Fraskaulia (Zehmisch), 3. Taiga (M. Jentzsch). Toto: 259 : 10. Platz: 58, 21, 87 : 10. Ferner liefen: Ristil, Märchen, Regina II, Ilsenstein, Traunegg, gef., Rosenracker, Sanktion, Landolo, Lichtung, Grille.

Für das am kommenden Sonntag im Sportpalast stattfindende internationale 3-Stunden-Mannschaftsrennen sollen zwölf ausgewählte Paare verpflichtet werden. Das Rennen, das den traditionellen Auftakt zu dem am Donnerstag nächster Woche beginnenden 17. Berliner Sechstagerennen bilden soll, muß schon jetzt nach der bisher erfahrenen Besetzung — verpflichtet sind bis zur Stunde: Faudet-Chourh-Belgien, Pahnout-Duray-Belgien, Tonani-De Martini-Italien, Tietz-Buschenhagen, Koch-Miethe und Hahn-Fricke-Deutschland — einen interessanten Verlauf nehmen.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold".

Geschäftsstelle: Berlin S 14, Sebastianstr. 37/38, Hof 2 Tr.

Wilmersdorf: Mi., d. 27., 8 Uhr, besuchen sämtliche Kameraden den Republikanischen Abend im Viktoriagarten. Die Jugend- und Gruppenführer laden ein. Jeden Do., 8 Uhr, Turn- und Sportübungen in der Oberrealschule am Seepark. Beteiligung für Jugendliche usw. Pflicht. — **Treptow:** So., d. 30., 5½ Uhr, Antreten Bhf. Treptow. — **Köpenick:** Jugendkameradschaft: Mi., d. 27., 8 Uhr, im Jugendheim Lichtbildervortrag über „Der deutsche Bauernkrieg", Kam. Dr. Grundei. — **Weißensee (Kreis):** Do., d. 28., 7½ Uhr, Antreten Grüner Baum, Berliner Allee, Pflichtveranstaltung. Werbeversammlg. 8 Uhr Bornsthsaal. Referent: Fr. v. Puttkamer: „Innere und äußere Politik 1914—1918". Republikaner als Gäste willkommen. Nachrichtendienst ladet ein. Fr., d. 29., 7 Uhr, Antreten Grüner Baum zwecks Saalschutz nach Hohenschönhausen. — **Reinickendorf (Kreis):** Fr., d. 29., 8 Uhr, Schützenhaus, Residenzstr. 1, Vollvers. Vortrag des Kam. Martin Schneider: „Unsere Gegner". Erscheinen aller Pflicht. — **Hermsdorf-Tegel:** Mi., d. 27., ½8 Uhr, Antreten beim Kam. Modisch zum Umzug und Saalschutz bei der öffentlichen Kundgebung der SPD. Redner: Landtagspräsident Bartels.

Berliner Handwerkerverein. Mittwoch, 27. Oktober, 8 Uhr, Sophienstr. 18, Lichtbildervortrag von Lehrer Emil Borm: „Wie entstand die Welt?"

Verband Volksgesundheit, Ortsverein Berlin. Donnerstag, 28. Oktober, 8 Uhr, in der Schule Ifflandstr. 9, spricht Genosse Müller über „Siedlungsmöglichkeit in Deutschland". — Am 29. Oktober spricht Genosse Rektor Schmidt über „Proletarische Kulturarbeit", Goßlerstr. 61.

Deutsche Friedensgesellschaft. Donnerstag abend 8 Uhr im „Askanier", Anhaltstr. 11, Vortrag von Ministerialrat a. D. Falkenberg über „Die wirtschaftliche Organisation des Friedens". Anschließend Berichterstattung Dr. Wehbergs über Generalversammlung und Pazifistenkongreß.

Reichsbund jüdischer Frontsoldaten, Ortsgruppe Berlin, Bezirk Moabit. Donnerstag, 28. Oktober, 8½ Uhr, im Restaurant Tiergartenhof (Pfeilersaal), Bahnhof Tiergarten, Vortrag. Referent Egon Jacobsohn.

Kursus für Helfer in der Trinkerfürsorge. Mittwoch, 27. Oktober, 7½ Uhr, Dorotheenstr. 28. Vortrag: „Unterbringung und Heilung von Alkoholkranken". Referent Sanitätsrat Dr. Cello.

Arbeitsgemeinschaft entschiedener Republikaner. Donnerstag, 28. Oktober, 8 Uhr, in der Konditorei Dönhoffplatz, Kommandantenstr. 84, öffentliche Sitzung des Arbeitsausschusses. Entschiedene Republikaner aller Parteien willkommen.

Geschäftliche Mitteilungen.

„Die Sunlicht-Gesellschaft, die durch ihre Lux-Seifenflocken, sowie durch die altbekannte Sunlicht-Seife in Konsumentenkreisen großes Ansehen genießt, hat unter dem Namen Suma ein neues Fabrikat herausgebracht. Das neue Produkt Suma ist eine sodafreie Haushaltseife in der sparsamen Pulverform, die sich bei einem ganz außerordentlich hohen, 60prozentigen Reinseifengehalt und völligem Fehlen künstlicher Bleichmittel als ein ungewöhnlich wirksames, die Faser und die Farbe nicht angreifendes Mittel erwiesen hat.

Berlin und der Berliner könnte als Spitzmarke über einer Reihe von Publikationen stehen, die mit dem heutigen Tage in unserer Zeitung beginnen. Es handelt sich um Veröffentlichungen der bekannten Berliner Zigarettenfabrik „Josetti", die den Bären des Berliner Stadtwappens zum Leben erweckt und ihn durch die Straßen der Reichshauptstadt wandeln läßt.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle für Berlin. (Nachdr. verb.) Wechselnd bewölkt bei wenig geänderten Temperaturen; zeitweise Neigung zu Niederschlägen. — **Für Deutschland:** Ueberall meist trocken und sehr kühl, von Westen nach Osten fortschreitende Aufheiterung. Nachtfrostgefahr.

Der Bär, das Wappentier der Reichshauptstadt, ist uns ein Symbol des werktätigen Berliners. Wir wählten ihn darum als Hauptfigur unserer neuen Anzeigen-Folge. Seine Aeußerungen werden unsere Freunde unterhalten, denn er ist als ein Berliner Kind auf den Typ des Berliners eingestellt. Wir dürfen von uns ein Gleiches sagen. Daraus erklärt sich auch, daß unsere Fabrikate so beliebt sind, denn sie treffen den Geschmack des Berliners.

Wir erinnern Sie nur an die eine Marke:

JOSETTI

JUNO

sie ist Berlins meistgerauchte 4.8 Cigarette

KON UNION

Der Hohenzollernvergleich.

Aussprache in der Konferenz der Berliner Parteifunktionäre.

Vor den Berliner Parteifunktionären sprach gestern abend Landtagsabgeordneter Genosse Heilmann über: **„Unsere Stellung zur Fürstenabfindung“.**

Es kann kein Streit darüber sein, führte Heilmann aus, daß die gegenwärtige Regelung der Hohenzollern-Abfindung unbefriedigend ist. Es ist aber nicht richtig, die Fehler nur in den letzten Ereignissen zu suchen, sie sind vielmehr viel früher gemacht worden. Heilmann betonte, daß die preußische Beschlagnahme der Fürstenvermögen im Jahre 1918 nur eine „vorsorgliche Inbesitznahme“ war, um bei einer später kommenden Auseinandersetzung mit den Hohenzollern das Eigentum richtig unterscheiden zu können. Ob das richtig oder falsch war und wer für die etwaigen Fehler jetzt verantwortlich zu machen ist, das ist eine Frage, die zu entscheiden die Historiker berufen sein sollten. Auf jeden Fall war es der Anlaß für die Hohenzollern, daraufhin ihre Ansprüche zu stellen und es war außerordentlich schwer, diese Ansprüche nicht ins Ungemessene steigen zu lassen.

Wo immer die Hohenzollern ihre Ansprüche bei den Gerichten anhängig machten, verlor der preußische Staat die Prozesse.

Auch da, wo in einem Falle der Staat als Kläger auftrat, verlor er den Rechtsstreit selbst beim Reichsgericht! Für uns war es also ganz klar, daß wir im materiellen Interesse verhindern mußten, daß der ganze Streit vor den Gerichten zur Entscheidung kam.

Preußen kann nach der Verfassung nicht enteignen.

Dieses Recht hat nur das Reich. Seit 1920 hat sich die Reichstagsfraktion bemüht, ein Gesetz für diesen Zweck zustande zu bringen. Weder unsere Bemühungen noch die der Demokraten haben zu irgendeinem günstigen Resultat geführt. Da erklärte der preußische Finanzminister, daß er die Verantwortung für den gegenwärtigen Zustand nicht mehr tragen könne. Er schlug vor, einen Vergleich mit den Fürsten zu schließen. Die Landtagsfraktion setzte sich mit dem Parteivorstand in Verbindung und machte dort ihre Vorschläge für eine Regelung der Fürstenabfindung. Die Einleitung eines Volksentscheides wurde damals abgelehnt, und zwar nicht nur mit Rücksicht auf die finanzielle Seite. In Betracht gezogen mußten auch taktische Fragen werden, die nicht weniger schwerwiegend waren. Schließlich hat uns der

Volksentscheid einen großen moralischen Erfolg

gebracht. So groß aber der agitatorische Erfolg war, zur praktischen Lösung der Frage konnte er nicht viel beitragen. Der Reichstag hatte den Gesetzentwurf abgelehnt. Die Bürgerlichen stießen sich an der „entschädigungslosen Enteignung“ und an der Bestimmung, daß bereits geschlossene Vergleiche umgeworfen werden könnten. Die

Landtagsfraktion riet nun zur Annahme des Kompromißentwurfes,

aber die Genossen im Reichstag beschlossen mit Zweidrittelmehrheit dessen Ablehnung. Otto Braun warnte damals: „Lehnt die Reichstagsfraktion die Kompromisse ab, so muß Preußen neue Vergleichsverhandlungen mit den Hohenzollern aufnehmen. Der Vertreter des Hauses Hohenzollern zeigte sich ursprünglich auch tatsächlich bereit, auf dem Boden der Kompromißvorschläge zu verhandeln. Nach der Ablehnung im Reichstag war natürlich davon keine Rede mehr. Finanzminister Höpker-Aschhoff brachte schließlich die Verhandlungen zu Ende und unterbreitete der Landtagsfraktion den Vergleich. In der Sitzung der Fraktion wurde darüber debattiert und vom Ministerpräsidenten sowohl wie vom Parteivorstand wurde die Annahme empfohlen, weil die Angelegenheit endlich einmal aus der Welt geschafft werden müßte. Die Fraktion beschloß bei stärkster Besetzung mit Zweidrittelmehrheit, den Ministerpräsidenten mit der Unterzeichnung zu beauftragen (Bewegung.) Genossen, bedenken Sie, daß Genosse Otto Braun von seinem Posten hätte zurücktreten müssen; das konnte auf keinen Fall verantwortet werden. Auf einen Zwischenruf hin erklärte Heilmann, daß **in einer besonderen Sitzung des Parteivorstandes dieser einstimmig sich hinter die Landtagsfraktion stellte.** Auch der Vorstand der Reichstagsfraktion teilte einstimmig diesen Standpunkt.

Die Diskussion, die sich nach Bekanntwerden des Vergleichs in der Berliner Parteigenossenschaft erhob, veranlaßte die Landtagsfraktion, noch einmal zu der Angelegenheit Stellung zu nehmen. Und wiederum beschloß die Fraktion so wie das erstemal und selbst eine dritte Abstimmung ergab mit allen gegen 22 Stimmen dasselbe Resultat: Stimmenthaltung!

Heilmann ging dann auf die Gründe ein, die die Landtagsfraktion zu ihrem Entschluß bewogen haben. Die Tatsache, daß im Reichstag nichts zustande kam, war nicht wegzuleugnen. Ein neuer Volksentscheid war unmöglich. Für die Hohenzollern bestand nächstens die Möglichkeit, im Wege der Klage vorgehen zu können. Wie das ausgegangen wäre, wissen wir bereits. Vor allem stand im Vordergrund: **Wir sitzen in der Regierung und diese Regierung wäre dafür verantwortlich geworden, daß die Hohenzollern an Gerichtsstelle mehr bekommen hätten, als ihnen der Vergleich zusprach.** Darauf wäre die Ablehnung des Vergleichs hinausgelaufen. Wollen die Parteigenossen es auf sich nehmen, daß den Hohenzollern mehr als nötig gegeben werde, nur deshalb, weil ihnen der Mut zur Verteidigung des Vergleichs fehlte? (Sehr richtig!)

Unter der Heiterkeit der Versammlung erklärte der Redner, es dürfte kaum eintreten, daß die Hohenzollern mit dem ihnen zugesprochenen Gelde etwa reaktionäre Bewegungen unterstützen werden. Nach ihren Lebensgewohnheiten dürften sie aller Voraussicht nach mit dem Gelde bald allein fertig werden. Solange der ehemalige Kronprinz noch Vorschüsse für den Ankauf von Flugzeugen erbittet, solange braucht uns um die Verwendung der Gelder nicht bange zu sein. War etwa als Rückwirkung des Vergleichs eine

Rückkehr Wilhelms des Ehemaligen

erwartet, der erkennt die tatsächlichen Verhältnisse nicht. Nicht Wilhelms Rückkehr bedeutet eine Gefahr für die Republik. Vielmehr ist der Wunsch der Rechtsparteien, besonders der Deutschnationalen, in die Regierung zu kommen, viel gefährlicher. Wäre es nach den Kommunisten und ihren deutschnationalen Bundesgenossen gegangen, so wären die Reaktionäre ebenso schon an der Regierung, wie Hindenburg mit Thälmanns Hilfe Reichspräsident wurde. Gefahr droht der Republik auch von den Ultrarechten. Ihr Geschrei „Ran an den Staat“ sollte doch jedem zeigen, wohin der Weg geht. Die Erhaltung der Republik und der Freiheit ist also unsere vornehmste Pflicht. Dazu gehörte auch der Hohenzollern-Vergleich. Er war die billigste Begleichung einer üblen Angelegenheit. (Bravo und Widerspruch!) Bedenken Sie doch, daß man über taktische Fragen in der Partei noch immer geteilter Meinung war. Das ist gut so. Wir werden auch über diese Sache zu einer Einigung kommen. Eines aber sollten wir bedenken: **Wir dürfen nicht die Partei entgelten lassen, was nur Meinungsverschiedenheit über eine taktische Frage ist!** (Lebhafter Beifall!)

In der

Diskussion

trat Genosse Lössler dafür ein, daß unter der Parole der Fürstenenteignung die Auflösung des Reichstags hätte erzwungen werden müssen. Die Fehler von 1918 können nicht als Entschuldigung für die jetzige Entscheidung der Landtagsfraktion gelten.

Genosse Dr. Rosenfeld betonte, daß die Reichstagsabgeordneten Dißmann und Aufhäuser bei den ausschlaggebenden Sitzungen der Reichstagsfraktion nicht zugegen waren. Sie hätten bestimmt gegen das Kompromiß gestimmt. Die Landtagsfraktion hätte auch keine Rücksicht auf die Stimmung der Parteigenossen und auf die Werbewoche genommen. Rosenfeld verteidigte seine Tätigkeit als Justizminister; seine Anträge auf Enteignung der Hohenzollern seien damals abgelehnt worden. (Der Redner erhält eine Zusatzredezeit.) Im übrigen hätte die Fürstenabfindung als eine politische Frage behandelt werden müssen. Der Hohenzollernvergleich bedeutet eine Schädigung der Bevölkerung auch in den anderen Bundesstaaten, die noch vor einer Auseinandersetzung mit den Fürsten stehen. Die Fürstenabfindungsfrage hätten wir zum Gegenstand einer Reichstagsauflösung machen müssen.

Genosse Künstler bemängelte, daß die Parteigenossenschaft nicht vor Abschluß des Vergleichs über seinen Inhalt informiert wurden. Auch der „Vorwärts“ hat in dieser Hinsicht versagt. Das muß im Interesse einer geordneten Parteiarbeit in Berlin in Zukunft aufhören. Hätte die Fraktion vorher mit den Parteigenossen gesprochen, so hätte sich sehr wohl eine Verständigung erzielen lassen. Wir dürfen nicht vor lauter Staatspolitik unsere Parteipolitik vergessen.

Genosse Hildebrandt steht auf dem Standpunkt, daß selbst für den Preis des Austritts unserer Genossen aus der Regierung der Fürstenvergleich hätte abgelehnt werden müssen. Die Ablehnung des Vergleichs hatte die Erfolge unserer Werbewoche bedeutend gesteigert. So aber ist unsere Arbeit stark erschwert worden.

Landtagsabgeordneter Harnisch bestätigte, daß die Fraktion das erstemal, ohne daß der Wortlaut des Vergleichs jedem einzelnen Abgeordneten vorlag, für diesen Vergleich eintrat. Allerdings hätten später dann viele Jasager dagegen gestimmt. In den Fraktionssitzungen seien jedenfalls nicht alle Ablehner gegen den Vergleich vorstellig geworden. Die anderen Koalitionsparteien nehmen auf ihre Verpflichtungen als Regierungsparteien nicht soviel Rücksicht, wie unsere Fraktion. Harnisch führte dafür Beispiele an. Wir hätten uns also auch freie Hand behalten können. In der ganzen Frage hätte die führende Hand des Parteivorstandes gefehlt. Die beste Stütze der Republik ist eine starke Sozialdemokratie; ihre Stärkung würde mit der Annahme des Vergleichs nicht erreicht.

Genosse Geiger spricht von der Erschwerung der Parteiarbeit durch die Haltung der Landtagsfraktion. Allerdings werden die an Kampf gewohnten Funktionäre alle Angriffe abzuwehren wissen.

Genosse Köhn begrüßt die Aussprache und erhofft davon eine Klärung der Meinungsverschiedenheiten. Der Redner spricht gegen die Koalitionspolitik.

Genosse Ad. Hoffmann bestätigte die Ausführungen des Genossen Dr. Rosenfeld. Die Parteigenossen haben die Pflicht, in der Zukunft wachsamer zu sein. Die technische Möglichkeit zur Verständigung der Partei hätte durchaus vorgelegen. Bei der Verwendung der Gelder durch die Hohenzollern werden wir noch manche Ueberraschung erleben. Bei der Fernhaltung der Hohenzollern sollten wir uns nicht auf den Protest des Auslandes verlassen. Durch die Annahme des Vergleichs ist dem Reichstag die Möglichkeit genommen worden, das Sperrgesetz zu verlängern. Hoffmann kritisierte dann die Haltung des „Vorwärts“ und befürwortet die Annahme einer Resolution.

In vorgerückter Stunde wird ein Antrag auf Schluß der Debatte ohne Widerspruch gutgeheißen. Eine größere Anzahl Redner konnte daher nicht mehr zu Wort kommen.

Im Schlußwort bedauert Heilmann, daß kein Mitglied des Parteivorstandes und andere Sachkenner in der Diskussion zu Worte gekommen sind. Der Redner polemisiert dann gegen die Ausführungen des Genossen Dr. Rosenfeld und kritisiert dessen Tätigkeit als ehemaliger Justizminister.

Im übrigen trägt selbstverständlich die Landtagsfraktion die Verantwortung für ihre Stellungnahme und es kann keine Rede davon sein, daß diese Verantwortung etwa abgewälzt werden soll. Wäre es nach dem freien Willen der Fraktionsmitglieder gegangen, so wäre der Vergleich abgelehnt worden. Aber es war noch mehr zu beachten. In der Landtagsfraktion ist über die Vorlage gesprochen worden, ehe sie eingebracht wurde und deshalb ist ihr wesentlicher Inhalt auch den Fraktionsmitgliedern bekannt gewesen. Es kann als feststehend angesehen werden, daß die Reichstagsfraktion die Haltung der Genossen im Landtag billigen wird. Wenn die Parteigenossen auch die Haltung der Landtagsfraktion jetzt kritisieren, wozu sie natürlich das Recht haben, so müssen doch auch die guten Gründe der Fraktion anerkannt werden. Heilmann teilte dann noch mit, daß die Fraktion es jedem Mitgliede freigestellt hatte, vor der Abstimmung im Plenum den Saal zu verlassen. Davon haben aber nur sehr wenige Gebrauch gemacht. Die Fraktion stimmte im Landtag nicht mit ja, aber auch nicht mit nein, weil sie keinen Weg sah, billiger die Auseinandersetzung beenden zu können. Wer da glaubt, daß uns die Teilnahme an der Regierung Freude mache, der irrt gewaltig. Glauben Sie, Genossen, daß es für Ebert, Braun und Severing leicht war, unter den obwaltenden Umständen die Regierung zu führen? Hat es einen Menschen in Berlin gegeben, der es nicht bedauerte als Severing schied? Von diesen Gesichtspunkten aus muß man die Frage doch schließlich auch betrachten und so müssen sich auch die Berliner Parteigenossen einstellen. (Beifall!)

Nach einer persönlichen Bemerkung des Genossen Rosenfeld wurde folgende Entschließung gegen eine starke Minderheit angenommen:

> Die stark besuchte Funktionärkonferenz erklärt, daß die Stimmenthaltung der Landtagsfraktion der Auffassung der großen Mehrheit der Berliner Parteigenossenschaft widerspricht. Die Konferenz bedauert die Haltung der Fraktion. Die Funktionärversammlung begrüßt dagegen den Antrag der Reichstagsfraktion, der die dauernde Verbannung des Exkaisers gesetzlich festlegen will.

Mit einem Hoch auf die Sozialdemokratische Partei schloß Genosse Liedtke die Versammlung.

Kaffee und Wasser tun's nicht allein, auch „Weber's Carlsbader“ muß hinein!

Die Kaffeebohne ist von spröder Natur. Dem kochenden Wasser gibt sie ihr Bestes nicht preis. Es bedarf der Zutat von

„Weber's Carlsbader“

um ihren flüchtigen Duft und herben Wohlgeschmack restlos für das Getränk zu gewinnen.

Infolge des großen Zuspruchs — Fortsetzung des

Großen 25 u. 50 Pfennig Verkaufs

Original Thermos-Flasche ca. 1/2 Liter Inhalt **95 Pf.**

JANDORF

Kohlenplätte poliert **2.95**

Belle-Alliance-Str. • Gr. Frankfurter Str. • Brunnenstr. • Kottbusser Damm • Wilmersdorfer Str.

Freies oder gebundenes Bodeneigentum?

Akute Fragen des Bodenrechts.

Sowohl der Entwurf für ein preußisches Städtebaugesetz als auch der vom Reichstag geforderte Entwurf eines Reichsbodenreformgesetzes bezwecken einen unverkennbaren Eingriff in das Privateigentum am Boden. Beide Entwürfe beruhen auf dem Artikel 155 der Reichsverfassung, in dem ausgesprochen ist, daß die Verteilung und Nutzung des Bodens von Staats wegen in einer Weise überwacht wird, die Mißbrauch verhütet und dem Ziele zustrebt, jedem Deutschen eine gesunde Wohnung und allen deutschen Familien, besonders den kinderreichen, eine ihren Bedürfnissen entsprechende Wohn- oder Wirtschaftsheimstätte zu sichern. Wenn diesem verfassungsmäßigen Ziele gedient werden soll, dann lassen sich gewisse Eingriffe in das Privateigentumsrecht eben nicht vermeiden. Hinter die lebens- und naturnotwendigen Bedürfnisse der Allgemeinheit haben die privatrechtlichen Ansprüche einzelner Volksangehörigen, die damit kollidieren, zurückzutreten. Das Recht des einzelnen hört immer dort auf, wo das Recht der übergeordneten Allgemeinheit anfängt, der auch der einzelne sein Recht und seine Stellung verdankt.

Zu jenen Kreisen, die sich hartnäckig sträuben, dies anzuerkennen, die sogar den Artikel 155 ablehnen, gehört auch der Reichslandbund. Dieser hat in den letzten beiden Jahren zur Frage des Bodenprivateigentums eine Stellung eingenommen, die weit entfernt von derjenigen ist, zu der sich der frühere hervorragende Führer des Reichslandbundes, der im vorigen Jahre verstorbene Dr. Freiherr v. Wangenheim wiederholt bekannt hat, nämlich: daß Grund und Boden überhaupt nicht dem sonstigen Eigentumsbegriff unterstellt werden dürfte, er vielmehr als „Gotteslehen" im Sinne der biblischen Deklaration (3. Buch Mose, Kap. 25) behandelt werden müßte. Die manchmal geradezu wütige Kampfeinstellung des Reichslandbundes gegen die neuzeitlich wieder aufgenommenen, an altes mosaisches und altgermanisches Recht anknüpfenden Bestrebungen fällt ungefähr zusammen mit dem Eintritt des Ministerialrats a. D. Dr. Hans Ponsick in die Leitung des Reichslandbundes und dessen Tätigkeit als reichslandbündlerischer Berater in Bodenrechts- und Siedlungsfragen. Dieser Umstand ist um so bemerkenswerter, als derselbe Herr Dr. Ponsick, der heute gar nicht genug das freie, unbeschränkte Bodeneigentum preisen kann und jeden als „Bolschewisten" und „Privateigentumsräuber" „brandmarkt", der andere Rechtsauffassungen vertritt, früher, bevor er in den Diensten des Reichslandbundes gestanden hat, um mit seinen eigenen heutigen Worten zu sprechen, ein richtiger „Bodenrechtsrevolutionär" gewesen ist. Ein anschauliches Zeugnis dafür ist eine Schrift des Dr. Ponsick, die im Jahre 1920 unter dem Titel „Bodenreform — insbesondere ländliche — im Rahmen völkischer Staatskunst" (Verlag J. F. Lehmann, München) erschienen ist. Hier seien nur einige Proben daraus angeführt. Ponsick schreibt:

„Nach der gesunden, natürlichen Auffassung unserer Vorfahren hatte auf Grund und Boden nur der ein Recht, der ihn auch wirklich zum Wohl der Gesamtheit und damit lediglich zum eigenen Wohle nutzte. Das Grundeigentum war gebunden. ... Im Artikel 155 der Reichsverfassung ist ein Ziel für eine völkische Staatskunst aufgestellt, das jedem, der sich ernstlich mit den gesellschaftlichen Folgen unseres bisherigen Bodenrechts befaßt hat, einleuchten muß. Nur Eigennutz kann hier Gefolgschaft versagen."

Das schrieb also vor sechs Jahren derselbe Mann, der jetzt den Artikel 155 verleugnet und seine Abschaffung unterstützt! Man wird wohl annehmen müssen, daß Herr Dr. Ponsick inzwischen vergessen hat, was er damit geschrieben. Andernfalls müßte er den Satz vom „Eigennutz" jetzt doch auf sich selbst anwenden.

Aber es war nicht bloß dieses Allgemeinbekenntnis. Ponsick, der heute auch ein grimmiger Feind des Bundes der Bodenreformer ist, lobte und beglückwünschte damals die Bodenreformer zu dem von ihnen mit dem Artikel 155 erzielten Erfolg. Im übrigen sah er sich gemüßigt, zu erklären, der Bund der Bodenreformer müsse noch viel mehr tun als er bisher getan. Besonders sei es an der Zeit, die ländliche und landwirtschaftliche Bodenfrage eingehender zu behandeln. Er selbst erhebt gleich mehrere einschneidende Forderungen. So läßt er sich z. B. über den Großgrundbesitz mit folgenden Worten vernehmen:

„Man kann die Notwendigkeit des landwirtschaftlichen Großbetriebs für bestimmte Zwecke (Saatgut, Versuchsgüter usw.) durchaus anerkennen und dennoch im Großgrundbesitz oder besser Großgrundeigentum eine zu dem Gemeinwohl schädlich wirkender Machtstellung führende, also auf unrichtigem Recht ruhende Einrichtung sehen." Und weiter: „Andererseits braucht die Erkenntnis der volkswirtschaftlichen Notwendigkeit landwirtschaftlicher Kleinbetriebe durchaus nicht in die Forderung des freien bürgerlichen Eigentums an solchen Betrieben münden. Man braucht sich nur Einrichtungen wie Erbpacht, die Erbzinshöhe und ähnliche Gestaltungen einer — leider fast völlig verschwundenen — Landverfassung, überhaupt die frühere Gestaltung des „Obereigentums" gegenwärtig zu halten, um dies zu erkennen."

Hier bekennt sich also Ponsick offen als Anhänger nicht bloß des gebundenen Eigentums, sondern sogar gegen die Zweckmäßigkeit des Privateigentums, indem er für Erbpacht und ähnliche Gestaltungen eintritt.

Das Großgrundeigentum fand damals nur sehr wenig Sympathie bei Ponsick. An einer anderen Stelle läßt er sich nämlich noch so aus:

„Vor allem die übergroßen Grundherrschaften wird man auf das im volkswirtschaftlichen Belange liegende Maß zurückzuführen haben."

Als Mittel, zu diesem Ziele zu gelangen, bedürfe es einer progressiven Grundwertsteuer. Und was für einer!

„Sie wäre nach Aereboes Vorschlägen so zu gestalten, daß für die ersten z. B. 100 Hektar der einfache Steuersatz, für die nächsten 100 ein erhöhter und für weitere 100 Hektar ein noch stärker erhöhter Steuersatz zu zahlen ist. Bei Ueberschreitung der Grenze aber, die vernünftigerweise noch von einem einzelnen dienlich bewirtschaftet werden kann, **müßte die Grundsteuer so ansteigen, daß ein Nutzen so gut wie unmöglich wird.**"

Ponsick tritt also hier für eine indirekte, letzten Endes entschädigungslose Enteignung des Großgrundeigentums „auf kaltem Wege" ein, indem er verlangt, die Steuerschraube entsprechend anzusetzen. Demgemäß kann man sich auch nicht wundern, wenn er im übrigen ein Ankaufsrecht des Staates und ebenso eine unmittelbare Enteignung in dem Sinne verlangt, daß der Staat immer nur „nach der Selbsteinschätzung zum Nennwert" ankaufen und enteignen kann.

„Keinem Zweifel darf man sich darüber hingeben," sagt der Ponsick von 1920, „daß alle Maßnahmen einen schweren Eingriff in bisher für unantastbar gehaltene Rechte des Privateigentümers bringen müssen. ... Wir müssen uns aber wieder mit dem Gedanken befreunden, daß Eigentum an Grund und Boden etwas anderes ist als das Eigentum an beweglichen Sachen, das eine begrenzte Rechtsform darstellt."

So schrieb der gegenwärtige Leiter des Reichslandbundes für Bodenrechts- und Siedlungsfragen, Ministerialrat a. D. Dr. Hans Ponsick im Jahre 1920. Heute erklärt derselbe Mann und läßt von seinen Mitarbeitern im Reichslandbund jeden als „Privateigentumsräuber" erklären, der in der einen oder anderen Form gleiche Gedanken und Forderungen ausspricht. Preisfrage: In welcher Zeit hat Herr Dr. Ponsick seine wirkliche Ueberzeugung bekannt? Zweite Preisfrage: Wie steht der Reichslandbund zu dem Urteil Ponsicks vom Jahre 1920, wonach nur Eigennutz die Gefolgschaft zur Ausführung der im Artikel 155 der Reichsverfassung niedergelegten Verheißungen versagen kann?

Die politische und soziale Entwicklung unserer Zeit hat sich seit 1918 in Kreuz- und Querzügen bewegt. Das wird ganz besonders offenbar, wenn man sich die veränderte Haltung der verschiedenen politischen Parteien, Wirtschafts- und Volksgruppen zu den Bodenrechtsfragen einmal vergegenwärtigt. Viele verfluchen und steinigen heute, was sie damals angebetet. Und andere, denen das damals von diesen Angebetete zu unscheinbar war, sind heute seine Schützer und Pfleger geworden. Wir befinden uns in der Tat in einer großen, tiefgehenden Umwertung politischer und sozialer Werte.

Otto Albrecht.

Der neue Großschiffahrtskonzern.

Fusion Hapag-Deutsch-Austral-Kosmos-Stinnes-Linien.

An der Bildung eines neuen Großschiffahrtskonzerns, der einen großen Teil der gesamten deutschen Ueberseeschiffahrt umfaßt, ist nicht mehr zu zweifeln. Die Fusion der Hamburg-Amerika-Linie, der Deutsch-Australischen Dampfschiffahrtsgesellschaft, der Dampfschiffahrtsgesellschaft „Kosmos" und der von den beiden letzten Gesellschaften angekauften Stinnes-Linien wird als feststehend gemeldet und durch den bevorstehenden Eintritt des Generaldirektors Böger vom Deutsch-Austral-Kosmos-Konzern in den Vorstand der „Hapag" bekräftigt. Damit erreicht die Konzentrationstendenz in der deutschen Ueberseeschiffahrt ihren bisherigen Höhepunkt: der Zusammenschluß der Rolandlinie, der Hamburg-Bremer Afrika-Linie und der Rederei Horn A.-G., Lübeck, mit dem Norddeutschen Lloyd sowie die Vereinigung der Stinnes-Linien mit Deutsch-Austral-Kosmos werden damit zur Etappe.

Die Hapag wird nach dem Zusammenschluß die größte Rederei Deutschlands sein. Folgende Tonnenzahlen und Kapitale werden durch die Fusion vereinigt:

Hapag	430 000	To. Schiffsraum,	76	Mill. Kapital
Deutsch-Austral-Kosmos . .	220 000	" "	30	" "
Stinnes-Linien .	146 000	" "	5	" "
Zusammen:	796 000	To. Schiffsraum,	111	Mill. Kapital

Mit rund 800 000 Tonnen wird der Schiffsbestand des neuen Konzerns den des Norddeutschen Lloyd noch um 200 000 Tonnen übertreffen. Das zusammengeschlossene Kapital wird sich aber von 111 Millionen noch auf 126 Millionen erhöhen. Die Hapag wird nämlich ihr jetziges Kapital von 76 Millionen um 50 Millionen auf 126 Millionen steigern. Von diesen 50 Millionen gehen 18 Millionen an Deutsch-Austral, 12 Millionen an Kosmos und 20 Millionen sollen zum Ankauf der 5 Millionen Stinnes-Aktien und zur Ablösung der auf der Stinnes-Flotte liegenden holländischen Hypothekenschulden Verwendung finden. Wie weit für andere Zwecke noch Beträge verfügbar bleiben, steht noch nicht fest.

Nach der Fusion wird bei der Hapag und dem Norddeutschen Lloyd allein die Hälfte der gesamten deutschen Handelstonnage vereinigt sein. Täuscht nicht alles, so wird die Schiffahrtsvertrustung noch weitere Kreise ziehen. Einmal sind Hapag und Lloyd gemeinsam an den beiden Afrikalinien (Woermann- und Ostafrikalinie) beteiligt. Sodann bestehen schon jetzt zwischen Hapag und Norddeutscher Lloyd Vereinbarungen zur Ausschaltung der gegenseitigen Konkurrenz. Ein wichtiger treibender Faktor ist auch das Bankkapital, das ja vielfach aus eigenem Interesse die Konzentrationsbewegung in Deutschland stark fördert. So ist auch für diese Fusion besonders interessant, daß die Darmstädter und Nationalbank durch starke Aktienkäufe die Fusion von langer Hand vorbereitet und durch das befristete Angebot eines Deutsch-Austral-Kosmos-Aktienpakets die Hapag indirekt zum Kauf gezwungen hat.

Die amerikanische Rekord-Baumwollernte.

Der Baumwollpreis unter Vorkriegsstand.

Das amerikanische Ackerbauamt schätzt, einer Kabelmeldung der „Textil-Woche" zufolge, die diesjährige amerikanische Baumwollernte auf 17 454 000 Ballen (gegenüber einer Schätzung von 16 627 000 Ballen vor zwei Wochen). Damit steht fest, daß die Ernte einen bisher noch nie erreichten Rekordertrag erbringen wird. Die letztjährigen Ernten von 1921 bis 1925 hatten eine ständige Steigerung aufzuweisen; sie beliefen sich auf 7,9 Millionen, 9,7 Millionen, 10,1 Millionen, 13,6 Millionen und 16,1 Millionen Ballen.

Auf dem Baumwollmarkt ist diese neue, gewaltige Mehrschätzung jedoch ohne großen Eindruck geblieben, denn man hatte bereits vorher allgemein mit einer Erhöhung der Schätzung auf über 17 Millionen Ballen gerechnet. Auch steht der Baumwollhandel gegenwärtig stark unter dem Eindruck der amerikanischen Pläne, die mit Regierungshilfe eine Valorisierung der Baumwolle und eine umfangreiche Einschränkung des Baumwollanbaus erreichen wollen. Der außerordentliche Tiefstand der Baumwollpreise, die sogar noch etwas unter die Vorkriegspreise des Jahres 1913 zurückgegangen sind, veranlaßt bereits viele Verbraucher, sich in größerem Umfang einzudecken, aus Furcht, die günstigsten Preise zu verpassen.

Der Arbeitsmarkt in der dritten Oktoberwoche.

Die Besserung der Arbeitsmarktlage hielt nach den Berichten der Landesarbeitsämter zwar in der dritten Oktoberwoche noch an, näherte sich aber in den Bezirken, in denen Saisongeschäfte überwiegen, merklich dem Stillstand. In den übrigen Bezirken, insbesondere Rheinland, Westfalen, Mittel- und Süddeutschland, hob sich die Lage weiterhin schwach, wobei betont wird, daß diese Besserung trotz Rückganges in den Saisongewerben erfolgte. Der Bergbau hatte auch in der Berichtswoche günstige Beschäftigungsmöglichkeiten. Befriedigend war auch die Lage in der Textil-, der Papier- und der Nahrungsmittelindustrie sowie im Bekleidungs- und Vervielfältigungsgewerbe. Dagegen lag die Metall- und Maschinenindustrie weiterhin danieder und nahm teilweise Entlassungen vor.

Vor einem deutschen Messingtrust.

Große Pläne mit realem Hintergrund, die auf die Schaffung eines deutschen Trustes der Messingerzeuger hinauslaufen, verfolgen die Hirsch-Kupfer- und Messingwerke A.-G., die Mansfeld A.-G. und die Metallbankgruppe Frankfurt. Beabsichtigt ist die Zusammenfassung möglichst der gesamten Messingproduktion Deutschlands in wenigen leistungsfähigen Werken, die rationelle Unterverteilung der einzelnen Produkte und die einheitliche Gesamtbewirtschaftung der Erzeugung und des Absatzes. Um auch die sehr zahlreichen Kleinerzeuger zum Anschluß zu bringen (es existieren rund 120 Erzeugerfirmen, davon noch nicht zwei Dutzend große), ist ein Quotensystem geplant mit der Möglichkeit der Quotenübertragung und der Zahlung von Entschädigungen für stillzulegende Betriebe. Die Trustgründung soll durch eine Studiengesellschaft vorbereitet werden, für die ein Kapital von 100 Millionen genannt wird.

Ein neues Wirtschaftsunternehmen der Gewerkschaften. Eine Handelsgesellschaft für Bureaubedarf und Papier wurde am 1. Oktober auf Beschluß des Bundesvorstandes des ADGB. gegründet. Das Unternehmen, an dem die Gewerkschaften beteiligt sind, trägt den Namen „Büropa", Bureaubedarfs- und Papierhandelsgesellschaft m. b. H., und hat ihren Sitz in Berlin S. 14, Sebastianstraße 61. Aufgabe des Unternehmens ist die Belieferung der Gewerkschaften mit dem notwendigen Verwaltungsbedarf aller Art, angefangen von Papier, Bureaumaschinen und Stempeln bis zu ganzen Bureaueinrichtungen, Geldschränken usw. Als zentrale Beschaffungsorganisation der Gewerkschaften bringt die „Büropa" alle Voraussetzungen dafür mit, sich zu einer leistungsfähigen Lieferfirma auch für andere Kreise zu entwickeln.

Lustig-Tage

Fertige Betten
Graurot Inlett mit grauen Federn
Oberbett 9.90
Unterbett 7.90
Kissen 3.45

Monopoldaunen-Oberbett
echt türkisch rot oder lila, gold, fraise Inlett, indanthrenfarbig ... 45.00

Bettbezüge
Hemdentuch, starkfädig
Oberbett 130×200 ... 3.95
Kissen 80×80 ..... 1.25

Bettlaken
Wäschestoff starkfädig 1.75
Guter Linon ca. 160×230 4.25

Handtücher
Gerstenkorn mit roter Kante .. 39 Pf.
Drellhandtuch .... 75 Pf.
Frottierhandtuch bunt gemust. 95 Pf.

Ueberlaken
Prima Linon, reich bestickt 7.25

Daunendecken
Prima französischer Daunenperkal, schön bunt gemustert, mit Ia Daunen 36.00
Ia Daunensatin, Rückseite bunt Perkal in diversen Farben, 150×200 55.00

Steppdecken
Satin-Oberseite in diversen Farben 9.25
Satin doppelseitig mit Wollfüllung in allen Farben 24.50

Große Kinderwagen
leicht fehlerhaft, um 25% zurückgesetzt

Metallbettstellen
Polsterbettstelle 8.75
Bogenbettstelle 33 mm m. Zugfedermatratze u. mod. Messingverzierung, 90×190 weiß u. schwarz 23.50

Damenwäsche
Hemdhose farbig mit breiter Spitze 1.95
Eleg. Garnitur reich mit Handstickerei und Spitze aus Opal oder Makobatist
Taghemd 4.25 Beinkleid 4.25
Mengenabgabe vorbehalten!

Weiße Möbel
Garderobenschrank mit Holzboden und Stange .. 41.00
Nachttisch mit echtem Marmor 18.75

Ruhebetten
mit buntem Bezug, gut gepolstert 32.90

Nur Ecke

Bettfedern-Fabrik Gustav Lustig
Prinzenstr. nur Ecke Sabastianstr.
LUSTIG

Die Aussagen des Oberleutnants Schulz.

Der Fall Gädicke vertagt. — Seeckt, Geßler, Severing als Zeugen?

B. S. **Landsberg, 26. Oktober.** Im weiteren Verlauf der Verhandlung werden die Angeklagten Hayn und Klapproth vernommen. Hayn war im Sommer 1923 Führer einer Unterabteilung des Arbeitskommandos in Küstrin. Er bekam den Auftrag, im Fort Tschernow Quartier zu machen. Hier hat Klapproth, der Hayn im Auto zum Fort gefahren hatte, nach der Aussage des Angeklagten den in einer Munitionsschiebung verwickelten Feldwebel Gädicke plötzlich niedergestreckt, so daß er am Hinterkopf blutete. Er, Hayn, habe Klapproth von weiteren Angriffen abgehalten. Klapproth habe Gädicke dann im Auto fortgefahren.

Der **Vors.** hielt Hayn vor, daß er in seinem ersten Vernehmungsprotokoll angegeben habe,

Oberleutnant Schulz habe ihm von der Fahrt nach Fort Tschernow gesagt, Klapproth habe den Auftrag, Gädicke um die Ecke zu bringen; er selbst habe sich dem Befehl des Schulz, Klapproth zu begleiten, nur mit innerem Widerstreben gefügt.

Angeklagter Hayn erwidert darauf zunächst zögernd, das Protokoll sei unrichtig, gibt dann aber zu, daß Gädicke verprügelt werden sollte, es sei jedoch seine Absicht gewesen, keine zu starke Züchtigung zuzulassen.

Vors.: Bald sagen Sie, Gädicke sollte beseitigt werden, bald behaupten Sie aber, er sollte nur verprügelt werden. Was ist denn nun eigentlich richtig? **Angekl.: Oberleutnant Schulz hat nicht gesagt, daß Gädicke beseitigt werden sollte.** R.-A. Dr. **Löwenthal:** Kann der Angeklagte bestreiten, daß Oberleutnant Schulz gesagt hat: „Die Leute, die so etwas tun, müssen eine Abreibung erhalten." **Angekl.:** Das ist so gesagt worden, und das entsprach auch meiner persönlichen Ansicht. Ich vertrete sogar heute noch diesen Standpunkt. R.-A. Dr. **Löwenthal:** Sie haben in Ihrer zweiten Vernehmung auch den Ausdruck gebraucht, sie wollten dem Gädicke den Mund stopfen. Das ist eine verfängliche Redensart, was verstanden Sie denn unter dem „Mundstopfen"? **Angekl.:** Wenn ein Mann etwas ausgefressen hat, so dürfte er doch selbstverständlich nicht mehr in unserer Reihe bleiben. Auf der anderen Seite durfte er aber auch nichts verraten. **Vors.:** Herr Angeklagter, der Ausdruck, einem Menschen den Mund zu stopfen, ist nicht ganz ungefährlich. Man kann einem Menschen den Mund dadurch stopfen, daß man den Mund für ewig schließt. **Angekl.:** So war es selbstverständlich nicht gemeint. R.-A. Dr. **Löwenthal:** Sie behaupten ja u. a. auch, Angeklagter, daß Sie von Klapproth heute eine bessere Meinung haben als damals. Ist Ihnen bekannt, daß dieser Klapproth mehrere Morde inszeniert hat? **Angekl.** Nein. **Oberstaatsanwalt:** Sie sollten den Gädicke nach dem Fort Tschernow in einem Auto bringen, welches von Klapproth gesteuert wurde. Nun steht doch aber fest, Herr Angeklagter, **daß Klapproth bei Ihrer Abteilung gar nicht als Kraftfahrer tätig war, sondern, daß er von Schulz erst zu Ihnen hingeschickt worden ist. Angekl.:** Das konnte mir gleichgültig sein, ich mußte natürlich den Wagen benutzen, den meine vorgesetzte Dienststelle schickte. R.-A. Dr. **Falkenberg:** War Ihnen damals nicht bekannt, Herr Angeklagter, daß Klapproth, Fahlbusch und Büsching zur geheimen Femepolizei gehören. **Angekl.:** Nein, mir war nur bekannt, daß diese drei besonderen Vertrauensleute in Berlin tätig waren, daß sie öfter Munitionstransporte und Geldsendungen zu erledigen hatten. Ob sie aber dem Oberleutnant Schulz oder dem Wehrkreiskommando unterstanden, wußte ich nicht.

Damit war die Vernehmung des Angeklagten Hayn abgeschlossen.

Angeklagter **Klapproth** bestreitet bei seiner Vernehmung einen Befehl zur Ausführung der Tat an Gädicke bekommen zu haben, er trage die Verantwortung allein. Er habe aus Wut über die Waffenschiebung gehandelt und für die Sache einen „schönen Anpfiff" bekommen. Er sei sehr jähzornig und wenn er „in Fahrt" sei, wisse er nicht, was er tue. Ob er aus seinem Revolver geschossen habe, wisse er nicht mehr. Er habe einen Mantel oder eine Zeltbahn nach Fort Tschernow mitgenommen. **Vors.:** Sie sollen zu Gädicke gesagt haben: **„Wenn Büsching und Fahlbusch dagewesen wären, dann wäre es noch ganz anders gekommen, wenn ich nicht an Deine Frau und Kinder gedacht hätte, dann . . ." Angekl.:** Das kann ja sein, daß ich das in der Wut gesagt habe,

aber totschlagen wollte ich ihn nicht, wenn ich das gewollt hätte, dann hätte ich mir ja nicht einen Haufen Offiziere mitgenommen, sondern dann hätte ich ihn mir mal irgendwo allein vorgeknöpft.

Vors.: Angeklagter, ist es wahr, daß Sie mit Fahlbusch und Büsching gewissermaßen die rechte Hand von Oberleutnant Schulz waren, daß Schulz nur mit dem Auge zwinkern brauchte, wenn irgendwo ein unsicherer Mann war, dann wurde er einfach erledigt? **Angekl.** (ironisch): Den Mann möchte ich einmal kennen lernen, der das behauptet. **Vors.:** Sie bestreiten also, die rechte Hand des Femerichters gewesen zu sein. **Sie haben aber wohl selbst dafür gesorgt, daß von Ihnen bekannt wurde, daß Sie sich derart betätigten. Angekl.** (pathetisch): **Ja, dafür habe ich schon gesorgt. Wenn wir so einen auf dem „Kien" hatten, dann hieß es: „Komm mal her, mein Junge . . . . Klatsch!** (Große Bewegung im Saal.) R.-A. Dr. **Löwenthal:** Sie haben gesagt, Gädicke kann froh sein, daß Büsching und Fahlbusch nicht da waren. Kennen Sie Büsching aus anderen Fällen, in denen einmal Leute ermordet wurden? **Angekl.** (sich ironisch über die Anklagebank beugend): Erstens ist keiner ermordet worden, lieber Herr, zweitens kenne ich Büsching aus Greifenhagen, drittens habe ich mich selbst mal mit ihm gekeilt. (Erneute Bewegung im Saal.) R.-A. Dr **Löwenthal:** Es ist doch richtig, daß Sie sich mit Büsching einmal auf Janke stürzen wollten, als gerade Sitzung bei Schulz war. **Angekl.:** Ob Büsching dabei war, weiß ich nicht, aber jedenfalls wollte ich Janke die Jacke vollhauen.

Damit war die Vernehmung Klapproths vorläufig zu Ende.

Vernehmung des Angeklagten Schulz.

Der Angeklagte sagt aus: Ich habe mich über die Arbeitskommandos, genannt schwarze Reichswehr, in einer geheimen Denkschrift geäußert, die ich in drei Exemplaren dem Gericht, dem Reichswehrminister und dem preußischen Innenminister zugestellt habe. **Vors.:** Bei den Akten kann ich eine solche Denkschrift nicht finden. Justizrat **Hahn:** Ich habe in den Akten des Gerichts den Vermerk gefunden, daß diese Denkschrift vorhanden gewesen und dann herausgenommen worden ist. (Bewegung.) Der Angeklagte schildert darauf seinen Lebenslauf und fährt dann fort: Im Jahre 1921 habe ich meine Tätigkeit begonnen, die von der Reichswehr und von anderen staatlichen Behörden gewünscht und geduldet worden ist. Meine Aufgabe war, daß bei dem Zustand der Reibereien, der zwischen der Reichswehr und anderen Behörden bestand, das Waffenmaterial auf dem Lande gesammelt wurde. Meine Dienststelle war das Wehrkreiskommando II in Küstrin und ich hatte den gesamten Grenzabschnitt der Kommandantur zu bearbeiten. Unsere Aufgabe war zunächst, das Waffenmaterial, das zum Zwecke der Landesverteidigung in den Grenzbezirken niedergelegt worden war, das zum Teil versteckt gehalten wurde, zu sammeln und für die Zwecke der Landesverteidigung wieder instandzusetzen. Im Jahre 1922 befürchtete man, daß von den Polen ein Gewaltstoß auf Richtung Küstrin kommen würde, so wie er in Oberschlesien gekommen war. Tatsächlich haben die Polen in diesem Jahre an der Grenze große Uebungen veranstaltet.

Die Aufgabe der Kommandantur Küstrin war nun, Formationen zu bilden, die in engster Fühlung und in Zusammenarbeit mit der Reichswehr die Grenzen besetzen sollten.

Aus außenpolitischen Gründen sage ich über die innere Gliederung dieser Formationen nichts mehr. Aber kompetente Stellen haben diese Formationen besichtigt, sie für gut befunden und haben sie auch geleitet. Durch das Abkommen von Spa wurde dann die Festung Küstrin desarmiert. Ich erkläre öffentlich, daß die von mir geleiteten Arbeitskommandos von dem preußischen Minister des Innern und dem Reichswehrministerium aufgestellt worden sind. (Große Bewegung im ganzen Saal.) Die von uns angeworbenen Leute trugen die Uniformen der Reichswehr und sie waren vom Reichswehrministerium verpflichtet worden, jede, auch die geringste Maßnahme geheim zu halten. Die Aufgabe meiner Formation war, das Waffenmaterial instandzubringen, das war wahrhaftig eine harte Arbeit.

Vors. (heftig): Trotz dieser harten Arbeit haben Sie veranlaßt, daß Gädicke mißhandelt worden ist, und daß man gegen andere Leute noch mit schlimmeren Maßnahmen vorging.

Angekl. Schulz: Das ist vollkommen unrichtig, ich weise diese Behauptungen weit zurück, denn ich bin lediglich der Referent eines Arbeitskommandos gewesen, deren es 30 im Lande gegeben hat. Ich werde, nachdem mir immer wieder das angehängt wird, was andere Leute ausgefressen haben, nun endlich die Lücke ausfüllen, die die Voruntersuchung gelassen hat. Meine Tätigkeit bei der Kommandantur Küstrin dauerte von 1921 bis 1922. Nach der Niederschlagung des Aufstandes in Oberschlesien trieben sich dort viele kleine Abteilungen mit ihren Waffen umher. Diese Waffen sollten gesammelt werden und in das Eigentum des Reiches übergehen. Es wurden nun besondere Kommandos gebildet, die das Einsammeln der Waffen besorgen sollten. In Oberschlesien wurden zunächst die Waffen eingesammelt und in verschiedenen Depots untergebracht. Auf diese Waffenbestände hatte die Entente bereits ein wachsames Auge geworfen, und die Regierung wollte der Entente diese Bestände entziehen. Ich bekam den Auftrag, diese Depots in Sicherheit zu bringen. Ursprünglich waren Soldaten mit der Bergung der Depots beauftragt worden, aber die Leute versagten meistens schon nach zwei bis drei Tagen. Mit Einwilligung der Kommandantur Küstrin wurden nun besondere Leute angeworben. Wir überführten die Waffen, Geschütze, Handwaffen usw. in Eisenbahnwagen, luden sie in der Nacht ohne Kenntnis der Eisenbahnbeamten aus, und eine Anzahl Leute, die den 3. Pionieren in Küstrin angegliedert waren, brachten das Material in Sicherheit. Eine Bezahlung für diese Arbeit gab es eigentlich nicht. Die Leute erhielten ein Taschengeld, das kaum reichte, um ein paar Zigaretten zu besorgen, und auch die Verpflegung wurde zum großen Teil aus Spandau und aus offiziellen Mitteln aufgebracht. Die Arbeitskommandos bestanden zuerst aus 80, später aus 160 Mann. Wenn ich mehr Leute brauchte, so stellte ich entsprechenden Antrag, und zwar benachrichtigte ich das Wehrkreiskommando, dieses gab die Meldung dem Reichswehrministerium, und dieses dem preußischen Minister des Innern weiter. Mit Einverständnis des Innenministers wurde die Auffüllung dieser Formation vollzogen. (Große Bewegung. Sehr erregt:)

Ich habe nie einen Mann eingesperrt, nie einen Menschen gehauen oder einen getötet. Es ist, solange ich an der Spitze der Arbeitskommandos stand, nicht die geringste Schweinerei passiert. Als ich ging, sind Uebergriffe erfolgt, aber dafür sind andere verantwortlich.

1923 wurde ich dann nach Berlin berufen, und mein Nachfolger der Kommandantur Küstrin offiziell unterstellt. Ich bemerke weiter, daß im Jahre 1923 bei Ausbruch des Ruhrkampfes unter der Führung des Majors Buchrucker sich alle Wehrverbände zusammentaten und dem Wehrkreiskommando unterstellt wurden. Die Wehrverbände wurden dann mit den Arbeitskommandos vereinigt und die Offiziere aus den Arbeitskommandos den Leuten der Wehrverbände übergeordnet. Nun war es doch so, daß die Mitglieder der Wehrverbände über ihre Mitglieder eigentlich nur sehr geringe Macht hatten, da Disziplinarstrafen für sie ja nicht zutrafen.

Die Wehrverbände übten vielmehr eine Selbstjustiz aus, und diese wurde dann auf die Arbeitskommandos übertragen. So ist es gekommen, daß schließlich innerhalb des Arbeitskommandos Femetaten, auch Fememorde passiert sind.

Ich wurde von allen möglichen Arbeitskommandos dauernd in Anspruch genommen. Ich mußte in finanziellen Dingen, wie Besprechungen mit dem Regierungspräsidenten und Wehrkreisverbänden immer wieder vermitteln und tätig sein, wenn es sich um Besprechungen im Sinne der Landesverteidigung handelte. Mein Name ist dann oft mißbraucht worden, viele schoben das, was sie taten, auf mich und noch heute wird unter der Küstriner Landbevölkerung mit meinem Namen hausiert.

Schulz ging dann auf den Fall Gädicke im besonderen ein und erklärte: „Von einem „Erscheinen" zu dieser Munitionsschiebung kann bei mir keine Rede sein. Ein Mann in meiner Stellung erscheint nicht, sondern er meldet sich an und ist dann da. Im übrigen war die Munitionsschiebung keine so besonders interessante, was mich hätte veranlassen können, dorthin zu fahren. Wenn ich nach Küstrin fuhr, dann hatte ich ungeheuer viel zu tun, dann fuhr ich auch zu den Grenzabschnitten. In diese Zeit fiel nämlich die Ausstellung einer Haubitzenfabrik und deshalb war ich viel unterwegs. Bei meiner angestrengten Tätigkeit konnte ich überhaupt nur immer über Sonnabend und Sonntag nach Küstrin fahren. Wie ich nun damals vom Bahnhof kam, begegnete ich an der Kommandantur dem Hauptmann Lindig mit einem Landjäger, und Lindig erzählte mir von der Munitionsschiebung. Mit ihm und dem Landjäger fuhr ich zu dem Altwarenhändler Zickelbein, und dort haben wir die Munition beschlagnahmt. Auf dem Rückweg ging ich zum Zeughof, wo ich von der Sache erzählte, worauf sich der Leute eine ungeheure Erregung bemächtigte. **Herr Vorsitzender, ich betone dabei, es handelte sich um Munition, die wir laut Friedensvertrag haben durften, denn wir hatten doch Fehlbeträge in unseren Beständen. Es waren etatsmäßige Munitionsbestände und keine schwarzen Bestände. Nachher habe ich dann in der Kommandantur dem Oberst Gudovius die Erregung der Leute geschildert und ihm gesagt: „Das beste ist, wir übergeben die Schuldigen dem Amtsgericht und lassen sie festnehmen." Gudovius stimmte mir zu und sagte in meiner Gegenwart, die Leute sollten sofort festgenommen werden.** Die ganze Munitionsschiebung stand im Zusammenhang mit der Uebergabe des Forts Tschernow, wo Artilleriebestände lagerten, die ausortiert werden mußten. Hierzu war auch Klapproth angefordert worden.

Ich habe dann bei einem Appell, der wie gewöhnlich in der Abteilung K. stattfand, von der Munitionsschiebung gesprochen und ausdrücklich gesagt, keiner von den Leuten dürfe beschimpft werden, sie würden dem Gericht übergeben.

Schulz betonte dann weiter, daß er sich auf das erwähnte Gespräch mit Hayn überhaupt nicht besinnen könne. Jedenfalls habe er Hayn niemals gesagt, daß dieser mit Klapproth zum Fort Tschernow fahren müsse.

Vors.: Sie erklären also, daß Sie keinen Auftrag gegeben haben, den Gädicke zu beseitigen? Angekl.: Ja, es wäre ja auch eine kolossale Dämlichkeit von mir gewesen, nachdem ich vorher dem Oberst Gudovius gesagt hatte, er solle die Leute dem Gericht übergeben. Hayn verwechselt „was" und „wie". (Erregt:) **Ich möchte doch die Leute hier einmal unter Eid fragen: Wer hat damals das Wort „Feme" überhaupt gekannt, das ist doch Quatsch.**

Nach einer Mittagspause erfolgte zunächst eine kurze Befragung der Angeklagten Hayn und Schulz durch den Vertreter des Nebenklägers R.-A. Dr. **Löwenthal.**

R.-A. Dr. **Löwenthal** beantragte hierauf als Zeugen zu laden:

1. **Reichswehrminister Dr. Geßler,**
2. **Reichsinnenminister Dr. Külz,**
3. **Generaloberst v. Seeckt,**
4. **Minister a. D. Severing,**
5. **Oberregierungsrat Kuenzer,**
6. **Oberst v. Bock,**
7. **Regierungsdirektor Weiß und**
8. **Oberregierungsrat Mühleisen.**

R.-A. Dr. Löwenthal begründet seinen Antrag damit, daß nach seinen Informationen den amtlichen Stellen nichts davon bekannt gewesen sei, daß die Arbeitskommandos militärische Verbände gewesen seien, deren Aufgabe es war, bei einem Polneinbruch nach Osten geworfen zu werden. Wenn dort militärische Uebungen und Exerzitien vorgekommen seien, so handele es sich um Uebertretungen untergeordneter Stellen. Regierungsdirektor Weiß solle bekunden, daß die Aussagen des Angeklagten Oberleutnant Schulz im Falle des Leutnant Boeck unwahr seien. Ferner berief sich Dr. Löwenthal auf

die Denkschriften der Minister Dr. Külz, Severing und Dr. Geßler,

die dem Femeuntersuchungsausschuß des Preußischen Landtages seinerzeit von den Ministern überreicht worden seien.

Der Oberstaatsanwalt beantragte die Ablehnung dieser Beweisanträge, da sie weit über den Rahmen der gegenwärtigen Verhandlung hinausgingen.

R.-A. Dr. **Sack:** Der Antrag des Herrn Dr. Löwenthal erledigt sich schon dadurch, daß in der Denkschrift des Herrn Severing, die dieser dem Femeuntersuchungsausschuß überreicht hat, tatsächlich das bestätigt wird, was Schulz mir gesagt hat. In dieser Denkschrift hieß es nämlich: „Es waren ausgesprochene Ausnahmeverhältnisse, unter denen die Arbeitstrupps damals entstanden. Seit dem Herbst 1922 drohte im Westen Poincaré die unerfüllbaren Reparationsforderungen durch die Besetzung weiteren deutschen Landes — also mit den Mitteln des Krieges — einzugreifen. Die Drohung wurde im Januar 1923 zur Tat. Auch im Osten war mit der Gefahr eines Einmarsches zu rechnen. Gleichzeitig wuchs im Innern mit der furchtbaren Zeit der Inflation, der zunehmenden radikalen Agitation und dem Schwinden jeder staatlichen Autorität die Gefahr ernsterer innerer Unruhen, wie sie das Jahr 1923 auch tatsächlich brachte." Weiter betone ich, daß der damalige Leiter der politischen Polizei in Berlin, Herr Regierungsdirektor Weiß, die Möglichkeit gehabt habe, sich von den Zuständen und der Zusammensetzung der Arbeitskommandos zu überzeugen. Schließlich verweise ich noch auf den Kottbusser Putschprozeß, in dem über die Gefahr aus dem Osten detaillierte Angaben gemacht worden sind.

Justizrat **Hahn:** Bezüglich des Teiles des Beweisantrages, der von dem Leutnant Boeck handelt, teile ich mit, daß das Reichsgericht, das mit der Sache befaßt worden ist, selbst erklärte, Boeck sei ein leichtfertiger Mensch, der sich mit der Ententekommission eingelassen habe.

R.-A. Dr. **Löwenthal:** Ich bestehe auf der

Ladung von Minister Dr. Geßler,

in dessen Denkschrift es auf der dritten Seite heißt: **„In den letzten Septembertagen regte sich beim Wehrkreiskommando der Verdacht, daß die allgemeine Beunruhigung in den Trupps von seinem eigenen Angestellten, den Major a. D. Buchrucker, ausgeht. Er wurde sofort am 28. September vormittags vom Chef des Stabes, Oberstleutnant v. Bock, selbst zur Rede gestellt."**

R.-A.: Dr. **Sack:** Das ist etwas ganz anderes. Unser Beweis bezieht sich nicht auf den Herbst, sondern auf den Sommer 1923, als tatsächlich die Polen einzufallen drohten.

Nach kurzer Beratung verkündet der Vorsitzende folgenden

Gerichtsbeschluß:

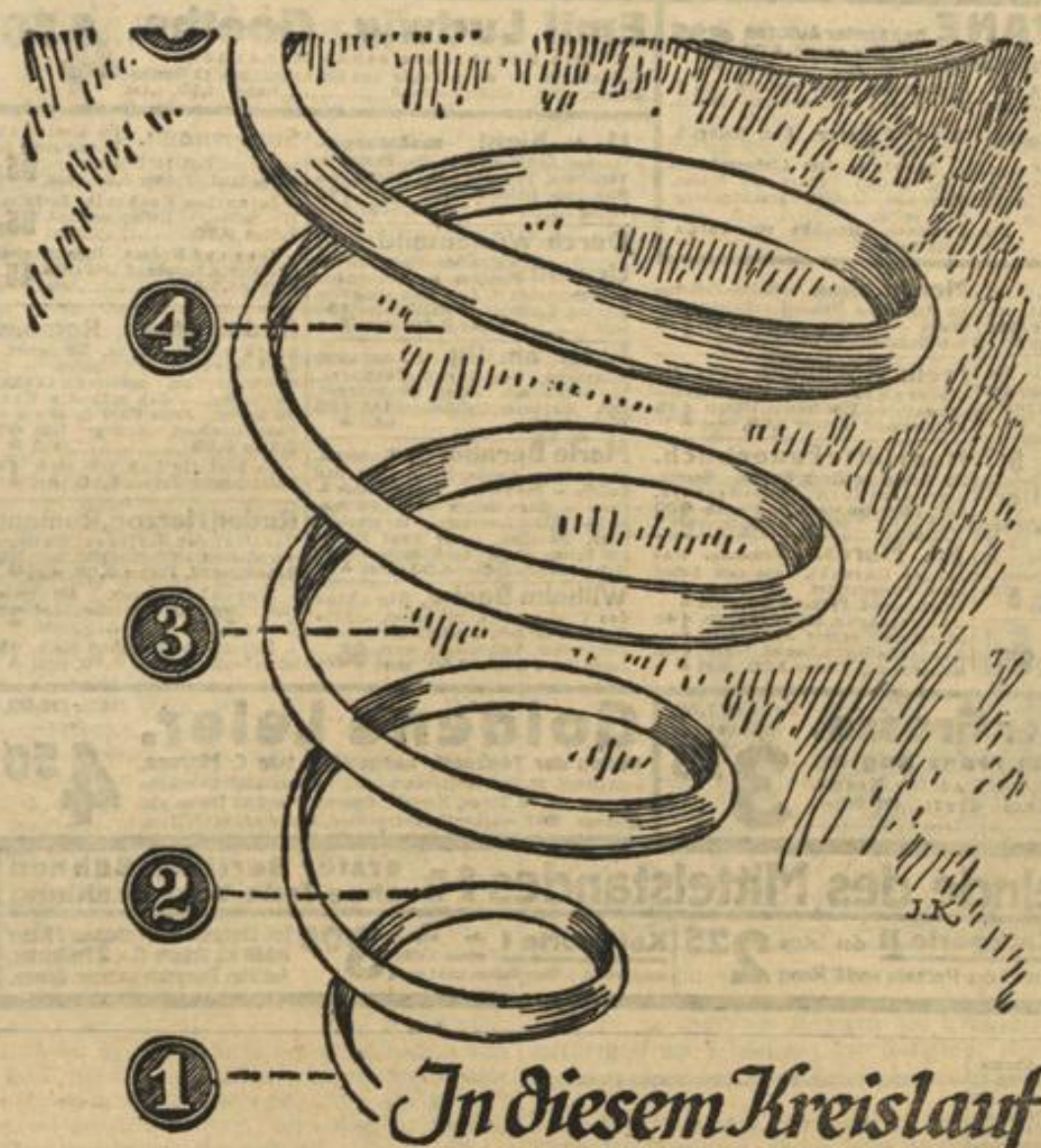
1. Der Beweisantrag des Rechtsanwalts Dr. Löwenthal wird als unerheblich abgelehnt.
2. **Die Sache wird vertagt, weil der Zeuge Becker nicht zu erreichen ist, der bezüglich des Schulz notwendig gebraucht wird.**
3. Die Abtrennung des Verfahrens gegen Hayn wird abgelehnt.
4. Den Verteidigern der Angeklagten und des Nebenklägers wird empfohlen, ihre etwaigen Beweisanträge schriftlich einzureichen, damit die Sache in einem späteren Termin zur Verhandlung kommen kann. Es läßt sich jedoch noch nicht absehen, wann dieser Termin angesetzt werden kann.

Damit war die Verhandlung geschlossen und das Gericht vertagte sich auf den heutigen Vormittag 9 Uhr für den Prozeß Kowalewski wegen Ermordung des Unteroffiziers Brauer.

Nur 4 Pfennig kostet MAGGI's Fleischbrüh-Würfel

Achtung auf den Namen MAGGI und die gelb-rote Packung.

Einfach in kochendem Wasser aufgelöst, ergibt der Würfel gu
¼ Liter kräftige Fleischbrühe zum Trinken und Kochen, zum
Verbessern oder Verlängern von Suppen und Soßen aller Art.



2

① Die Ware ist gut –
der Umsatz steigt
② Der Umsatz steigt –
die Ware wird besser
③ Bessere Ware bringt
grösseren Umsatz
④ und grösserer Umsatz
noch bessere Ware.

In diesem Kreislauf wirtschaftlicher Vorgänge hat sich die OVERSTOLZ ihre Sonderstellung am deutschen Zigarettenmarkt errungen. Das Angebot an 5 Pfg.-Zigaretten ist groß, und viele Hunderte von Marken stehen in dieser Hauptpreislage mit OVERSTOLZ im Wettbewerb. Die letzten amtlichen Ziffern aber besagen, daß OVERSTOLZ ein Drittel des deutschen Gesamtverbrauchs auf sich vereinigt hat.

Würden wir in diesem überragenden Anteil unserer Marke nur ein gutes Geschäft erblicken, das uns zu nichts anderem verpflichtet, so wäre der Qualitätsvorsprung der OVERSTOLZ sicher bald eingeholt. Indem wir aber die Ersparnisse, die wir durch unsere große Produktion erzielen, immer wieder zur Verbesserung der Ware benutzen, wollen wir den einmal erreichten Qualitätsvorsprung nicht nur behalten, sondern noch vergrößern.

Haus Neuerburg
O·H·G·

OVERSTOLZ *die volkstümliche 5 Pf.-Zigarette*

HERMANN TIETZ

Leipziger Strasse · Alexanderplatz · Frankfurter Allee

Versandabteilung: Leipziger Strasse. Schriftliche Bestellungen werden prompt erledigt. Bei Aufträgen nach auswärts vergüten wir für je 20 M. 60 Pf., die nur für Porto bzw. Verpackung in Anrechnung gebracht werden. 247

Billige Bücher

Antiquarische Werke • Restauflagen • Neuausgaben

Geschichte der deutschen Literatur von den Anfängen bis in die Gegenwart. Von Eduard Engel. I. Von den Anfängen bis zum 19. Jahrhundert. Mit 25 Bildnissen. II. Das 19. Jahrhundert und die Gegenwart. Mit 76 Bildnissen. 2 starke Halbleinenbd. in Lexikonformat mit aus. 1142 S., früh. 10,00, jetzt **5.00**

GUTE ROMANE bekannter Autoren in eleganten Ganzleinenbänden. Jeder Band früh. 4,00 bis 5,00 ... jetzt **1.95**
Zur Megede, Kismet. 318 Seit. Zur Megede, Felicie. Aus den Briefen eines Toren. 356 Seiten. v. Zobeltitz, Friedel halb-süss. 433 Seiten. Kratzka, Die Gasse. 287 Seiten. Niessen, Der Faun. 434 Seiten. Böhlau, Das Haus zur Flamm. 173 Seiten. Lewald (Emil Roland), Die Heiratsfrage. 458 Seiten. Schnitzer, Käte und ich. 314 S. Karwath, Der wandernde Traum. 297 Seiten. Meyer-Förster, Karl Heinrich. 204 Seiten. v. Mühlau, Das Liebeserlebnis der Ellinor Fander. 282 Seiten. Franzos, Judith Trachtenberg. 220 Seiten. Franzos, Moschko von Parma. 244 Seiten.

Emil Ludwig, Goethe. Die Geschichte eines Menschen. Volksausgabe in einem Bande von 898 Seiten mit 12 Goethe-Bildern. 1924. Halbleinenband ... früher 11,50, jetzt **4.50**

Bilder zur Geschichte. Mit Betonung der Kunstgeschichte. Für Schule und Haus. Herausgegeb. von Dr. Bernhard Seyfert. 240 Seiten mit 650 Abbildungen. Geband. Früher 6,00 ... jetzt **2.75**

Emil Orlik. Monographie. Von Max Osborn. Mit 36 Abbildungen. Kartoniert. Früher 1,00, jetzt **20 Pf.**

Ein Ausflug nach Italien. Prachtalbum mit 600 Abbildungen der Hauptsehenswürdigkeiten. Mit erläuterndem Text. Halbleinenband, in Querfolioformat ... jetzt **7.50**

Reisebilder aus Italien und Frankreich. Von Viktor Hahn. Herausgegeben von Theod. Schiemann. 1906. 768 S. Fr. 4,00, jetzt **95 Pf.**

Ein Opfer der Pompadour. 35 Jahre in Staatsgefangenschaft. Von M. de Latude. Herausgegeb. von Heinr. Conrad. 190 Seiten. Halbleinenbd. Früher 5,50, jetzt **95 Pf.**

Helen Keller. Optimismus. Ein Glaubensbekenntnis. 87 Seiten. Wie ich Sozialistin wurde. 114 S. Jed. Band früher 1,20, jetzt **25 Pf.**

Zur guten Stunde. Reich illustr. Zeitschrift m. Romanen, Novellen, zeitgeschichtlichen Beiträgen usw. aus allen Gebieten. Jahrgang 1919. 28 Hefte. Enthält u. a. die Romane: Rose, „Der Mutterhof“ u. Nathusius, „Eros“. Jeder Jahrgang früh. 14,00, jetzt **1.25**

Herzensgeschichten einer baltischen Edelfrau. Erinnerungen und Briefe von Elli v. d. Recke. 257 Seiten. Starker Halbleinenband. Früher 5,00 ... jetzt **95 Pf.**

Franz Ferdinands Lebensroman. Ein Dokument unserer Zeit. Geleitwort von Karl H. Strobl. 284 Seiten. Halbleinenband. Früher 9,50 ... jetzt **95 Pf.**

Aus der bösen alten Zeit. Lebenserinnerungen des Ritters Karl Heinrich v. Lange. Herausgegeben von Dr. Vikt. Petersen. 359 Seit. Halbleinenband. Früh. 7,50, jetzt **95 Pf.**

Rud. Huch, Romane. Das Lied der Parzen. 418 Seiten. Halbleinenbd. Früh. 5,00, jetzt **95 Pf.** – Komödianten des Lebens. 450 Seiten. Steif broschiert. Früher 4,00 ... jetzt **95 Pf.**

Heideröslein. Roman von E. v. Adlersfeld-Ballestrem. 272 Seiten. 18. Auflage. Eleganter Ganzleinenbd. Früher 5,50, jetzt **2.50**

Tarzan-Geschichten. Von E. R. Burroughs. 1. Tarzan bei den Affen. 2. Rückkehr in den Urwald. 3. Tarzans Tiere. 4. Tarzans Sohn. 5. Dschungelgeschichten. 6. Schatz von Opar. 6 Halbleinenbände, antiqu., statt 26,20 jetzt zusammen nur **5.70**

Fritz Reuters Meisterwerke. Hochdeutsche Ausgabe von Heinrich Conrad. 6 Bände, Pappband. Aus der Franzosenzeit – Wie ich zu einer Frau kam – Festungszeit – Stromzeit – Dorchläuchting. Früher 24,00 ... jetzt **5.00**

Kügelgen Jugenderinnerungen eines alten Mannes. 504 S. Halbleinenbd. Früh. 6,00, jetzt **95 Pf.**

Marlitt. Romane. Goldelse – Geheimnis der alten Mamsell – Reichsgräfin Gisela – Die zweite Frau – Im Schillingshof. 5 Bändchen zus. **1.75**

Freih. v. Schlicht. Wenn die kleinen Mädchen treu sind. Humorist.-satirische Plaudereien. 188 Seit. Halbleinenbd. Früher 3,00, jetzt **1.45**

Henriette Feuerbach. Ihr Leben in ihren Briefen. Herausgegeben von Herm. Uhde-Bernays. 1920. 490 Seiten stark. Halbleinenband ... früher 8,00, jetzt **3.00**

Jol. Marès. Romane. Das grosse Unrecht. Aus dem Leben eines Frauenarztes. 378 Seiten. Halbleinenbd. Früher 4,00, jetzt **1.95** Mütterreigen. 280 Seiten. Halbleinenband. Früher 3,00, jetzt **1.45** Begierde. Berlin. Roman. 366 Seit. Halbleinenbd. Früher 3,00, jetzt **1.85**

H. v. Kleist. Erzählungen. (Michael Kohlhaas, Marquis, Erdbeben, Verlobung, Findling usw.) 338 Seiten. Eleganter Halblederband. Insel-Verlag ... Früher 8,00, jetzt **1.95**

Durch Wüstensand und Urwald Originalberichte berühmter Forscher und Reisenden. Herausgegeben v. Joh. Henningsen. Starker, illustrierter Halbleinenband ... Früher 9,00, jetzt **4.50**

Feuer am Rif. 2 Jahre unter Rifkabylen. Von Bernd Terhorst. 140 Seiten mit vielen Zeichnungen. 1925. Eleganter Halbleinenband. Früher 4,50 ... jetzt **1.95**

Marie Bernhard, Romane. Forstmeister Reichardt – Felix und Felicia – Die Perle – Sonnenwende – Opfer – Buen Retiro – Ein Götzenbild – Schloss Josephsthal – Ihr einziger Sohn. Novellen. Jeder Band 250 bis 330 Seiten stark, in hübschem Halbleinenbd. Früher 4,00, jetzt **1.45**

Wilhelm Raabe, Die Akten des Vogelsangs. 220 Seiten. – Alte Nester. 195 Seit. Zwei Bücher Lebensgeschichten. Volksausgab., kart. Jeder Band früher 2,50, jetzt **95 Pf.**

Sudermann. Im Zwielicht. Zwanglose Geschichten. 1921. 146 Seiten. Halbleinenband. Früher 3,50, jetzt **95 Pf.** – Jolanthes Hochzeit. Erzählung. 116 Seiten. Halbleinenband. Früher 3,50 ... jetzt **95 Pf.** – Jons und Erdme. Eine litauische Geschichte. Pappband. 138 Seiten. Früher 1,50 ... jetzt **45 Pf.**

Rudolf Stratz, Romane. Stark wie die Mark. 508 Seiten. – Liebestrank. 404 Seiten. – Du Schwert an meiner Linken. 486 Seiten. – Gib mir die Hand. 452 Seiten. Jedes Buch in elegantem Ganzleinenband, Auflage 1923. Früher 6,50 ... jetzt **2.50** – Du bist die Ruh. 1922. 384 S. Halbleinenbd. Früher 4,50, jetzt **1.45**

Rudolf Herzog, Romane. Der Graf von Gleichen. Ein Gegenwartsroman. 416 Seiten. 1923. Eleg. Ganzleinenbd. Früher 5,50, jetzt **3.50** – Der Abenteurer. 406 Seiten. 1923. Eleganter Ganzleinenband. Früher 8,50 ... jetzt **3.50** – Dasselbe in hübschem Halbleinenband ... Früher 4,50, jetzt **1.95**

Lilly Braun, Romane. Im Schatten der Titanen, 424 Seit., gebunden, 1,35. Memoiren einer Sozialistin. 2 Bände. Lehr- und Kampfjahre. 1082 Seiten, gebunden ... 3,90. Lebenssucher. 458 Seiten, gebunden ... 1,25. Die Liebesbriefe der Marquise. 418 S. gebd. 1,25. Alle 5 Bände zus. früh. 15,00, jetzt **6.75**

Friedrich der Grosse. Seine Geschichte von Franz Kugler. Mit Abbildungen nach Gemälden von Adolf v. Menzel, Kampf, Camphausen und Graft. 408 Seiten. Eleganter Ganzleinenband ... Früher 7,50, jetzt **3.75**

Goldene Leier. Perlen der Tonkunst, ausgewählt von C. Morena, enthaltend 26 Stücke Konzert- und Salonmusik, 10 Stücke Opernmusik, 36 Tänze, Märsche, Operetten und 23 Lieder und Gesänge. 390 S. starker Halbleinenband, Albumformat 25/33 cm. Früher 15,00, jetzt **4.50**

Theater-Abonnement der Kunstgemeinde des Mittelstandes G. m. b. H. **erster Berliner Bühnen ohne jede Vorauszahlung**

Die ungewöhnlich ermässigten Abonnementspreise sind pro Platz wie folgt: **Kategorie IIIb** III. und II. Rang ... **1.00** | **Kategorie III** Balk. u. II. Rang-Balk. **1.50** | **Kategorie II** das letzte Drittel des Parketts und I. Rang **2.25** | **Kategorie I** die beiden ersten Drittel des Parketts, I. Rang-Balkon und Logen **3.00** | Jed. Abonnent auf mindestens 2 Plätze erhält als Prämie 2 × 2 Freikarten. Ausführl. Prospekte an unser. Kassen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Sammlung

für eine Weihnachtsunterstützung unserer arbeitslosen und erwerbsunfähigen Mitglieder.

Trotz der schweren Krise und der damit verbundenen ungeheuren Arbeitslosigkeit in der Metallindustrie wenden wir uns wieder an unsere in Arbeit stehenden Mitglieder, um zu ermöglichen, unseren arbeitslosen und erwerbsunfähigen Mitgliedern zu Weihnachten durch Gewährung von Geldmitteln eine kleine Freude zu bereiten.

Es dürfte bekannt sein, daß wir erst vor einigen Wochen aus Mitteln der Lokalkasse eine nennenswerte Unterstützung an unsere ausgesteuerten Mitglieder ausgeworfen haben, die eine starke finanzielle Belastung der Lokalkasse darstellte, und können weitere Beträge aus dieser Kasse nicht mehr genommen werden, damit uns bei späteren kommenden Lohnkämpfen, die bei besserer Beschäftigungsmöglichkeit in der Metallindustrie verstärkt einsetzen werden, und wo von seiten der Lokalkasse Zuschüsse zur Streikunterstützung zu zahlen sind, die dazu notwendigen Geldmittel zur Verfügung stehen. Wir müssen also eine Sammlung auflegen, um unseren arbeitslosen und erwerbsunfähigen Mitgliedern eine weitere Unterstützung gewähren zu können. — Zu diesem Zweck sind von seiten der Verwaltung Extramarken zu 50 Pf. und 1 M. ausgegeben worden, die im Verbandshaus, Linienstraße 83/85, Portal III, Schalter 1, gegen Vorlegung des Mitgliedsbuches und der Funktionärkarte erhältlich sind. Zur Ausgabe und zur Abrechnung der Marken ist der betreffende Schalter von jetzt ab bis auf weiteres Dienstags und Freitags bis abends 7 Uhr und an den übrigen Wochentagen bis 4 Uhr geöffnet.

Die Marken zu 50 Pf. sind für unsere weiblichen und jugendlichen Kollegen und die Marken zu 1 M. für unsere männlichen Kollegen bestimmt. — Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, **mindestens eine Marke zu kleben**, doch wird vorausgesetzt, daß diejenigen Kollegen, die einen höheren Verdienst haben, mehrere Marken entnehmen. —

Unterstützung sollen alle Kolleginnen und Kollegen erhalten, die mindestens 6 Wochen Mitglied unserer Organisation und in der Woche vom 13.—18. Dezember 1926 arbeitslos sind. Desgleichen solche Kollegen, die während der gleichen Zeit als Invalide erwerbsunfähig sind und Beiträge der Invalidenkasse unserer Organisation steuern. —

Erwerbsunfähige Mitglieder infolge Krankheit müssen bei dieser Unterstützung ausgeschaltet werden. —

Kolleginnen, Kollegen, Funktionäre unserer Organisation, unterstützt die Ortsverwaltung in dieser dankenswerten Arbeit und setzt euch mit aller Kraft dafür ein, daß sich die proletarische Solidarität in vollstem Maße auswirkt.

Wir wissen, daß an den Opfermut unserer Kollegen allzu oft appelliert wird, jedoch sind wir der Auffassung, daß wir bei der augenblicklichen ungeheuren Krise alle Ursache haben, unserer arbeitslosen Klassengenossen zu gedenken, und deshalb bitten wir, daß unsere Kollegen selbst bei noch so schlechtem Verdienst einen geringen Betrag abstoßen, um den arbeitslosen Mitgliedern und deren Angehörigen eine Weihnachtsfreude bereiten zu können. —

Wir erwarten, daß sich hierbei kein Mitglied ausschließt, da der gesamte Betrag, der aus dem Vertrieb der Marken hervorgeht, restlos unseren arbeitslosen Mitgliedern zugute kommt. —

Es wird außerdem ersucht, daß unsere Funktionäre unter allen Umständen darauf sehen, daß uns der Erlös der Marken oder größere Teilbeiträge sofort, spätestens jedoch bis zum 10. Dezember 1926, übermittelt werden, damit zu übersehen ist, in welcher Höhe eine Unterstützung gewährt werden kann.

Auf zur proletarischen Solidarität!

Die Ortsverwaltung.

KLEINE ANZEIGEN

Jedes Wort 12 Pf. Fettgedrucktes Wort 25 Pf. (zulässig 2 fettgedruckte Worte). — Stellengesuche das 1. Wort (fettgedruckt) 15 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen für zwei Worte.

Anzeigen, welche für die nächste Nummer bestimmt sind, müssen bis spätestens 4½ Uhr nachmittags in der Haupt-Expedition des Vorwärts, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Dieselbe ist wochentags von morgens 8½ Uhr bis nachm. 5 Uhr ununterbrochen geöffnet.

Verkäufe

Beachtenswert! Deutsches Teppichhaus Emil Lefèvre seit 1882 nur Oranienstraße 158. Keinerlei Beziehungen zur Firma gleichen Namens Potsdamerstraße.

Bekleidungsstücke, Wäsche usw.

Pelzwarenfabrik. Größte Auswahl, beste Verarbeitung, billigste Preise. Zahlungserleichterung bei sofortiger Lieferung gestattet. Pelzmäntel, Pelzjacken, Chauffeurpelze, Pelzjoppen, Sportpelze, Gehpelze, Pelzgarnituren, Skunkskragen, Fuchskragen, Wölfe, Besatzfelle. Umarbeitungen, Reparaturannahme. Tauber, Grünstraße 1, an der Gertraudtenstraße. Nähe Spittelmarkt.

Spottbillige Pelzwaren. Gelegenheitskäufe von Sportpelzen, Gehpelzen, hocheleganten Pelzmänteln, Pelzjacken. Enorm billige Herrenanzüge, Ulster, Paletots. Keine Lombardware. Leihhaus Friedrichstraße 2 (Belle-Alliance-Platz).

Staunenerregend! Prachtteppiche zwanzig! Federbetten, Stand 29,—. Diwandecken! Gardinenlager! Silberwäsche! Dreißig! Kreuzfüchse fünfzehn! Pelzjacken! Monatsgarderobe! (Keine Verfallware.) Teilzahlung. Pfandleihe. Verkaufshaus Schönhauserallee 115 (Norbring).

Leihhaus Moritzplatz 58a verkauft von Kavalieren wenig getragene Anzüge, Paletots, Taillenmäntel, Fracks, Smokings, teils auf Seide, von 30,— an. Extra-Angebot: Sportpelze 65,—, Gehpelze 100,—, Pelzmäntel 95,—, Jacken 50,—. Großer Posten gebl. Kreuzfüchse, Silberfüchse, Ziegen 12,—. Billige Teppiche, Wäsche.

Bettenverkauf! Neu! 12,50! 17,50! 19,50! Prachtvolle 25,—, 30,—! Halbdaunen 35,—! Kinderbetten 8,75! Bettwäsche! Steppdecken! Gardinen! Tülldecken! Alles spottbillig! Keine Lombardware! Leihhaus, Brunnenstraße 47.

Pelzwaren! Kollsziegen 9,75! 12,—! Prachtvolle 17,50! 19,50! Pelzjacken! Pelzmäntel! Pelzschals, alles spottbillig! Leihhaus, Brunnenstraße 47.

Winterpaletots! Auktionspfänder 7,50! 10,—! 15,—! Nur Leihhaus! Brunnenstraße 47.

Getragene Kavalier-Garderobe. Jackettanzüge, Paletots, Frackanzüge, Smokinganzüge, Joppen, fabelhaft billige Preise. Verleihung schwarzer Anzüge. Bekleidungs-Magazin Große Frankfurterstraße 116, 1. Etage.

Verleih hocheleganter Gesellschaftsanzüge. Leihhaus Lewicki, Prinzenstraße 105.

Möbel

Chaiselongues, Metallbetten, Auflegematratzen, Patentmatratzen. Walter, Stargarderstraße achtzehn. Spezialgeschäft.

Herrenzimmer 290,—. Rindlederfessel 85,—. Zahlungserleichterung. Kamerling, Kastanienallee 56.

Ihle - Möbel - Fabriklager, Friedrichstraße 7. Speisezimmer, erstklassige Tischlerarbeit, wundervolles Modell, Büfett 2,50 Meter, schwere Kredenz, echt Eiche, innen Mahagoni, mit Silberkästen, reicher Schnitzerei und Maserverdoppelungen, 595,—; dito Büfett, 2 Meter, 495,—. Große Auswahl in allen Büfettbreiten zu konkurrenzlosen Preisen.

Auffallend billig! Echter Nußbaum-Ankleideschrank mit Spiegelscheibe 82,—. Neue fournierte Ankleideschränke, 150 breit, mit Spiegel, Wäscheabteilung, 105,—. Neue englische Bettstellen mit dreiteiliger Auflage 35,—. Nachttische mit Marmorplatte 15,—. Apotheken 12,—. Plüschsofa 45,—. Diplomaten 85,—. Säulenbüfett 75,—. Neue Küchen, lackiert, mit Verglasung, 65,—. Eßzimmer, Schlafzimmer, echten Marmor. Dreilaufbogen 285,—. Riesenauswahl in jeder Ausführung. Möbelhaus Gottlieb, Rüdersdorferstraße dreizehn. Bahnhof Gesundbrunnen. Freilieferung.

Gelegenheit! Kleiderschrank 18,—. Vertiko 15,—. Waschtoilette 11,—. Nußbaum-Schreibtisch 25,—. Küchen 24,—. Plüschsofa 15,—. Möbelhaus Gottlieb, Rüdersdorferstraße dreizehn.

Teilzahlung, kulant. Möbel-Misch.

Teilzahlung, billig. Möbel-Misch.

Teilzahlung, reell. Möbel-Misch, Große Frankfurterstraße 45/46.

Musikinstrumente

Mietpianos, teilweise Kaufanrechnung. Teilzahlung. Sahrt, Hauptstraße 1, Ecke Grunewaldstraße.

Pianos preiswert. Klaviermacher Link, Brunnenstraße 23.

Pianos, Flügel, neu und gebraucht, große Auswahl, langjährige Garantie, 50,— monatlich, verkauft Pianohaus Königgrätzerstraße 81.

Klaviere, klangvoll, 375,—, 450,—, 525,—. Prinzenstraße 90.

Fahrräder

Drei Mark Wochenrate, 15 Mark Anzahlung, für ein erstklassiges Markenrad. Fahrradhaus Zentrum, Linienstraße neunzehn.

Unterricht

Kaufmännische Privatschule von Hans Jungk, Inhaber Hans Jungk und Rudolf Gabel, Berlin SW., Beuthstraße 10, am Spittelmarkt. Fernsprecher: Merkur 4461. Tages- und Abendlehrgänge. Beginn 1. November. Dreimonatskurse in Einzelfächern: Buchführung, Bilanz, Maschinen-Schreiben, Kurzschrift, Fremdsprachen, Privat-Unterricht täglich. Prospekt kostenlos. Zahlungs-Erleichterung.

Tanzkurse für ältere Herrschaften, Erwachsene, Jugendliche beginnen. Friedrich-Donath, Michaelkirchstraße 39.

Verschiedenes

Vertrauensvolle Auskunft. Untersuchung (ärztlich). Frau Erdmann, Köpenickerstraße 181, rechter Vorderaufgang, 1 Treppe. Nähe Schlesischer, Görlitzer Bahnhof.

Säle frei, vollständig renoviert, 600—1200 Personen fassend, noch einige Sonnabende und Sonntage frei. Prachtsäle am Märchenbrunnen, Am Friedrichshain 29. Königstadt 671.

Mietpianos billig bei Hölzer, Stieglitzerstraße 48. Kein Laden. Lützow 4502.

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Monteure für Eisenhochbau in Berlin, energisch, zielbewußt, nur solchen mit großer Erfahrung bei hohem Verdienst, Dauerstellung, zu sofortigem Eintritt suchen Merz u. Müller, Weißensee 3525/3526.

Tüchtigen Setzer für Akzidenz und Kataloge verlangt sofort Walter Hilger, Bülowstraße 56. (Meldungen von 8 bis 10 Uhr.)

Fleißiger Inseratenvertreter findet Dauerbeschäftigung bei gutem Verdienst. Anlernung durch Fachmann. Schriftliche Angebote unter N. 39 an den „Vorwärts“.

Hört, Ihr Frau'n, und laßt Euch sagen .... Nach Ozonil müßt Ihr stets fragen!

OZONIL

stellt auf dem Gebiet der selbsttätigen Waschmittel eine Sonderklasse dar. Besser, müheloser und schonender als bisher wird die Wäsche mit Ozonil selbsttätig gereinigt.

Mittwoch
27. Oktober 1926

Unterhaltung und Wissen

Beilage
des Vorwärts

Vom Frühling und vom Alter.

Von Andrej Ssoboli.

Sprecht mir nicht vom Frühling; ich hasse ihn. Er lauert den Unerfahrenen auf, er lacht über die Grauköpfe, er flüstert den Frauen lose Worte ins Ohr, er stößt die jungen Mädchen dem Abgrunde zu, und folgsam, mit geschlossenen Augen gehen sie dem Verderben entgegen, und die bejahrten Männer führt er in eine Sackgasse.

Zwanzig Jahre sind es her: ich hatte eben nach zehnmonatiger Haft das Gefängnis verlassen, der blutige Widerschein des 9. Januar 1905 hatte die Totenstille meiner Einsamkeit aufgestört — und als ich im Frühling in meine Heimat kam, war ich ein müder, gebrochener Mensch. Erst später lebte ich wieder auf, doch davon ein andermal, jetzt will ich vom fluchwürdigen Frühling erzählen, der mir meine Lebensfreude raubte, und diese Freude war so licht, wie ihre langen und straffen Zöpfe, so wundervoll, wie ihre strahlenden sechzehnjährigen Augen.

Ich war ihr alles: Bruder und Freund und Lehrer. Meine Tage verbrachte ich nur mit ihr. Die Frühlingsfreuden am frühen Morgen, die Frühlingsspiele am Nachmittag, die Regenschauer und die Blüten des Frühlings — alles teilten wir mit einander.

Wir lebten still, zurückgezogen; unserem winzigen Städtchen war lautes Lärmen fremd und zuwider, die Morgenstunden verbrachte ich bei meiner Arbeit — die Gefängnishaft hatte mich dem Universitätsstudium entrissen, doch die Revolution hatte mir neue Wissensgebiete erschlossen — Vera wirtschaftete im Hause, der übrige Tag und die Abende gehörten uns beiden.

Der Frühling zog mit Macht ins Land, die ersten jungen Blätter der Pappeln rauschten, — nie vergesse ich es — da erschien in unserem Städtchen ein neuer Mensch: ein Verbannter. Er war klein von Wuchs, mager, etwa zweiundzwanzig Jahre alt, rothaarig, voll Sommersprossen, nervös, beweglich, beim Sprechen leicht außer Atem kommend, kurzsichtig; und befremdend wirkte der starre, beharrliche Blick seiner Augen im Gegensatz zu seinem Gesichtsausdruck.

Er kam in unser Haus und überbrachte uns einen Brief von Petersburger Freunden; ich war ihm behilflich, ein Zimmer ausfindig zu machen, Vera — sich das Notwendigste anzuschaffen, er wurde unser häufiger Gast, ein allzu häufiger, und erwies ihr viel zu viel Aufmerksamkeit.

Unsere gemeinsamen Abende fanden ein jähes Ende, zwar rauschten die Pappeln wie früher, doch die ehemalige Vera sah ich nicht, oder, besser gesagt, ich sah sie nicht mehr in den Abendstunden; doch einmal nahm ich wahr, daß sie etwas vor mir versteckte, der Gedanke kam mir nicht zu schweigen, und ich fragte sie: „Was hast du da?" Sie wurde bestürzt und gab keine Antwort. Ich verließ das Zimmer, ich murmelte halblaut und boshaft vor mich hin: „So... So... Du verbirgst dich."

Ich hielt es nicht aus, trat rasch ins Zimmer und fand ohne Mühe ein Paket: Proklamationen, Broschüren, ich legte sie wieder zurück, schlich mich lachte auf den Hausflur, trank dort gierig Wasser, und dann, dann suchte ich Vera — ich fand sie und verlor den Kopf, ging hinter ihr und rief: „Mein Mädchen, mein liebes Mädchen... Glaube doch nicht diesen Blättern. Zerreiß sie, wirf sie weg. Süßes Gift sind sie. Wie erkühnt er sich, sie dir, einem einfältigen Kinde, zu geben." Ich fand keine Worte, ich rang nach Atem und krümmte mich, als sie mir zur Antwort gab:

„Schweig, sei still. Du begreifst nichts. Er sagt, daß es eine heilige Sache sei. Du hast ja auch deswegen im Gefängnis gesessen. Weshalb fällst du denn über ihn her. Er weiß... Er sagt, daß..."

Ich hörte zu — und widersinnig kam es mir vor, aus ihrem Munde das Wort „er" zu vernehmen, und er stand vor mir — klein, schwächlich, rothaarig, voll Sommersprossen. Er — neben diesen herrlichen blauen Augen, er, der meine Lebensfreude mit dem lichtblonden Haar verführt hatte.

„Er wird sein Leben hingeben. Und ich ebenfalls. Siehst du, so... wie Johanna d'Arc... So wie die Perowskaja..."

Diese kindlichen und komischen Worte besagten nur zu deutlich, was ich verlieren sollte, und vielleicht, weil sie eben kindlich waren, trafen sie mich wie schonungslos ausgeteilte Schläge.

Aber ich war entschlossen, den Kampf aufzunehmen: alles dranzusetzen, um ihn von ihr zu trennen. Ich wußte, um welche Zeit sie mit ihm zusammenkam, und erwartete sie am Tor.

„Du gehst wieder zu ihm, willst du denn nicht begreifen, daß er fremde Worte nachplappert, leeres Stroh drischt. Das hält nur solange vor als er hungert. Hat er die Not überstanden, so wird er sich als ein ganz gewöhnlicher kleiner Spießbürger entpuppen." Ich wußte, was für eine Broschüre er ihr jetzt vorlas und verhöhnte ihn: „Er versteht ja nichts. Er ist unwissend. Er wiederholt stumpfsinnig fremde Gedanken."

Sie schwieg, ihre blauen Augen nahmen eine dunkle Färbung an, sieballte ihr kleines nervöses, liebes Fäustchen.

Und der Tag kam — ich hätte schon längst es mir denken können, daß er kommen mußte — da sie, vom Kopf bis zu den Füßen erzitternd — sie war noch feiner, noch schlanker geworden — mir sagte:

„Hör' auf. Ich flehe dich an. Ich liebe ihn."

Ich brach in ein lautes Gelächter aus. Ich lachte lange, ich lachte wie ein Wahnsinniger.

„Ihn! Aber er ist ja eine Mißgeburt, eine Mißgeburt. Ekelhaft, rothaarig ist er."

Sie geriet außer sich und schrie mich an:

„Du wagst es, du wagst es! Du kennst ihn ja nicht. Wenn er spricht, so nimmt er mein Herz, meine Seele gefangen."

„Eine Mißgeburt," wiederholte ich. „Du darfst ihn nicht lieben. Du, meine strahlende, kleine Sonne, mein Pappelbäumchen. Und du küßt ihn, sein mit Sommersprossen bedecktes Gesicht. Weißt du, wen man liebt? Man liebt diejenigen, welche..."

Ich stieß sie zum Sofa, ich zwang sie sich zu setzen, riß die Bibel aus dem Wandschränkchen heraus; das alte verlogene Buch sollte mir behilflich sein, mit der alten Lüge den ewigen Wahrheitsgehalt der Liebe zu verschleiern.

„Hör zu... hör zu, wen man liebt..."

Ich las nicht, ich stieß jedes Wort laut hervor: „Mein Geliebter gleicht einem Reh oder dem jungen Hirsch... Sieh, da kommt er, da hüpft er..." Ich las und wiederholte wie von Sinnen: „Und er ist eine Mißgeburt... Hör zu... Seine Wangen sind wie Balsambeete, die Gewürze treiben... Und er hat garstige und widerliche Sommersprossen... Die liebt man — hör zu: Sein Haupt ist das feinste Gold... Seine Augen sind Tauben... Und wen liebst du? Eine Mißgeburt ist er, hörst du, eine ekelhafte Mißgeburt."

Sie riß sich von mir los, und die Bibel mit Füßen tretend, lief sie zur Tür — ohne Tuch, so wie sie eben vor mir gestanden hatte, sehnsüchtig, die Zöpfe gelöst, gleichsam von der grauen, einförmigen Erde dem fernen, zurückweichenden Himmel zustrebend.

Auf der Türschwelle blieb ich mit einem Aermel an einem Nagel hängen — das war lächerlich und dumm — und der alberne Nagel brachte mich ein wenig zur Besinnung, und doch konnte ich nicht umhin, ihr zu folgen.

Der Rothaarige wohnte nicht weit von uns, das Fenster seines Zimmers, das ebenso trübe war wie seine Augen, blinzelte zwischen den Pappeln — ich lief zu den Pappeln, schlich mich zum Fenster, der eine geöffnete Fensterflügel klirrte, als ich an ihn stieß, und wie ein kleines jämmerliches Klümpchen kauerte ich unter dem Fensterbrett.

„Liebling," hörte ich, „wenn du wüßtest, wie gern ich dich habe... Wie schwer fällt es mir, wenn du nicht bei mir bist... Weißt du auch, wie sehr ich dich liebe! Liebling, deine Augen, deine Lippen... Deine Augen sind Tauben, deine Lippen sind Blüten. Liebling, lege dein goldenes Haupt mir auf die Knie."

... Sprecht mir nicht vom Frühling. Ja, Jahre gingen dahin, und viel schöne Lenze habe ich erlebt, und der Rothaarige weilt schon lange nicht mehr unter den Lebenden: 1916, am Vorabend der Revolution, hat er einen tapferen, männlichen, schönen Tod während eines Aufruhrs der Sträflinge im Zentralgefängnis gefunden, und gerade heute habe ich von meiner Schwester, meiner lichtblonden Freude, aus dem fernen Wladiwostok einen Brief erhalten, worin sie schreibt, daß sie ein stilles, einsames Leben führt und daß ihr Sohn, ein Wildfang, nur von der See träumt. Die Lebensstürme haben sich gelegt und wir alle sind gealtert.

(Uebertragen von A. v. Mahler.)

Wo Licht ist, da ist auch Schatten ...

In den Landsberger Fememordprozessen bemerkte man hinter der Anklagebank einen merkwürdig schwarzen Schatten, weshalb der Vertreter des Reichswehrministeriums wiederholt um Schließung der Vorhänge ersuchte.

Giftgaskrieg.

Von Franz Carl Endres.

Ohne daß es der breiteren Oeffentlichkeit recht bewußt wird, vollzieht sich gegenwärtig in den Großstaaten die gewaltigste Veränderung der Waffentechnik aller Zeiten. Die Einführung des Giftgases modernster Darstellung als Geschoßfüllung ist in der Lage, nicht nur die Grundlagen der Kriegsführung zu verändern, sondern vor allem auch die Art der Kriegsrüstung völlig umzugestalten.

Zunächst sei festgestellt, daß die Giftgastechnik des Weltkrieges ein im Vergleich zu dem heute Erreichten ganz bescheidener Anfang war. Die Wirkung eines modernen Giftgases, bei dessen Phosgen die beiden Chloratome durch Atome der Cyangruppe (CN) ersetzt sind oder bei dem Tricyanwasserstoff (HCN_3) verwendet wird, ist etwa hundertmal so groß als die Wirkung der im Weltkrieg üblichen Giftgase.

Der englische Forscher Muspratt äußerte auf einem Kongreß von Chemikern in Amerika, daß die chemische Industrie zurzeit in der Lage sei, in allerkürzester Frist das Leben auf der ganzen Erde zu zerstören.

Vier bis fünf große Levisitegasbomben über Basel abgeworfen, genügen, um alle Bewohner der Stadt, wo immer sie auch Zuflucht nehmen sollten, zu töten, alles Wasser für lange Zeit zu vergiften, ja selbst den Pflanzenwuchs vollkommen zu zerstören.

Ohne auf diese angedeuteten Wirkungen und die daraus sich ergebende Art zukünftiger Kriegsführung näher einzugehen, sei hier auf die furchtbare Gefahr dieser Kriegsrüstungsart hingewiesen, eine Gefahr, die bei allen Abrüstungskonferenzen und bei allen Besprechungen kriegsgegnerischer Organisationen nicht beachtet wird und doch sehr beachtet werden sollte.

Bisher können wir, von den Ritterzeiten mit ihren kleinen Heeren von ein paar tausend Mann angefangen bis zum Weltkrieg mit ungezählten gegeneinander wütenden Millionen, eine stetige Steigerung der Heeresmassen feststellen, die durch die allgemeine Wehrpflicht auf das Höchstmögliche gebracht wurden.

Ebenso fand eine solche quantitative Steigerung auch in der Beschaffung des Kriegsmaterials statt.

Der Krieg wurde ein Kampf lebender und toter Massen, eine Orgie der „Quantität".

In diesem Zustand endete der Weltkrieg. Und nun hofft man Kriege verhindern zu können, wenn man den Regierungen die zum Kriege bereiten Menschenmassen entzieht, indem man sie pazifistisch orientiert, oder wenn die Staaten untereinander Rüstungsbeschränkungen, das heißt Beschränkungen der Heeresbestände, der Schiffe, der Kanonen und ähnlicher relativ harmloser Kriegsmittel verabreden.

Aber das Giftgas bleibt. Und was das Schlimmste bleibt: es bedarf keiner großen Industrien, um es herzustellen, und es bedarf keiner Heere mehr, um es zu verwenden.

Die Zeit der Quantitätskonkurrenzen mit ihren riesigen Rüstungsindustrien, ihren enormen Transportnotwendigkeiten und ihrem sehr großen Bedarf an kriegswilligen Soldaten und kriegswilligen Fabrikarbeitern ist vorbei. Viel mehr und gründlicher vorbei, als das die meisten Menschen heute wissen und ahnen.

In einer mittleren Farbenfabrik kann von einem Dutzend Kriegsfanatikern in wenigen Tagen soviel Blausäuregas hergestellt werden, daß damit ein paar Dutzend von Kriegsfanatikern gelenkte (oder sehr bald unbemannt von Endstationen aus gelenkte) Bombengeschwader ausgerüstet werden können, die Hunderttausende von Menschen des „feindlichen" Landes in wenigen Minuten zu töten in der Lage sind.

Und wenn Millionen von Arbeitern streiken und wenn Millionen friedlich gesinnt sind: dieser moderne „Quantitätskrieg", der keine Wehrpflicht, keine Kanonen, keine Wehrvolagen an Parlamente, keine Bataillone und keine Feldherren mehr braucht, kann losbrechen, wenn eine gewisse Menge Menschen, die lediglich in ihrem eigenen Lande hinreichend Gewalt haben, es wollen.

Die ganze friedfertige Menschheit steht unter dem Damoklesschwert dieser entsetzlichen Möglichkeit.

Dieser neue Krieg wird nicht von Soldaten und nicht gegen Soldaten geführt. Friedliche Städte werden, ohne eine Ahnung von Gefahr zu haben, in wenigen Minuten in schweigende Leichenfelder verwandelt, ganze Landstriche sterben an einem Nachmittag.

Ganze Völker sind den verbrecherischen Instinkten von ein paar hundert Menschen, die die Diktatur des Giftgases ausüben, rettungslos ausgeliefert.

Hier muß die Ueberlegung der Kulturwelt einsetzen, die geschilderte Gefahr muß beseitigt werden durch den vereinigten Willen aller Nationen, bevor sie sich in die Tat umsetzt. Das ist nicht Pazifismus, sondern das nüchterne Gebot der Selbsterhaltung! Es ist ein schlechthin unerträglicher Zustand, zu wissen, daß Millionen von Menschen heute, morgen oder wann immer das Opfer einer rabiaten Minorität werden können, daß Kultur und Glück, Existenz und alles was ist, von Giftbomben abhängig ist, die in den Händen von Narren oder Verbrechern, von Phantasten oder Fanatikern zum Richter über Leben und Tod werden.

Hier kann nur ein Weltgesetz helfen, das zu formulieren an dieser Stelle nicht versucht werden soll, das aber durchaus möglich und auch in seiner Ausführung kontrollierbar ist. Und jeder Mensch, der das Gesetz verletzt, muß schonungslos — wie ein Leprakranker — aus der menschlichen Gesellschaft für immer ausgeschlossen werden.

(Mit besonderer Erlaubnis des Verlages Schwetschke u. Sohn, Berlin, dem Buche „Vaterland Europa" von F. C. Endres entnommen.)

Der Begriff des Sozialismus.

Von Bernard Shaw.

In England ist heuer die 12. Auflage einer 32bändigen „Encyclopaedia Britannica" erschienen, die viele bekannte und bedeutende Zeitgenossen zu ihren Mitarbeitern zählt (Einstein, Nansen, Marschall, Masaryk u. a.). — Auch Bernard Shaw schrieb in diese Encyclopaedia einen Beitrag, und zwar der Sozialismus. Shaw sagt: „Der Sozialismus ist die Revolution gegen eine Kapitalsverteilung, die jede moralische Begründung eingebüßt hat. Ein kolossales Vermögen ist mit der Unproduktivität und manchmal sogar mit einer offenkundigen Charakterminderwertigkeit vereinigt. Nach einem Leben angestrengtester, schwerster Arbeit von der frühesten Kindheit an, bleibt dem Arbeiter im Alter keine andere Zufluchtsstätte als das Armenhaus. Diese Ungleichheiten sind geradezu ungeheuerlich. Die Regierungen sind gezwungen zu intervenieren und durch Konfiskation eines immer größeren und größeren Prozentsatzes vom Einkommen (Einkommensteuer, Vermögenssteuer usw.) dieses Vermögensanrechts bis zu einem gewissen Maße einzuschränken und diese Gewinne für Arbeitslosenunterstützungen usw. anzufordern. Der Erfolg, mit welchem diese beschlagnahmten Summen durch Gemeinden und Regierung in gemeinnützige Unternehmungen verwendet wurden, verglichen mit den vielen Fehlschlägen und der verhältnismäßigen Kostspieligkeit privatkapitalistischer Unternehmungen, hat den Aberglauben vernichtet, daß die privatkapitalistische Wirtschaft besser und weniger korrupt sei als die öffentliche Verwaltung.

Ein Unternehmer kann seinem ältesten Sohn die Aufsicht über eine Industrie als Erbteil hinterlassen, mit welcher die Existenz von Tausenden von Arbeitern verknüpft ist, und welche von ihrem Leiter entweder große natürliche Fähigkeiten und Energien oder eine namhafte wissenschaftliche und politische Bildung verlangt, ohne daß er aufgefordert würde, die Befähigung seines Sohnes zu prüfen. Unter solchen Umständen kommt die Leitung der Unternehmungen in die Hände von Besitzern, die in Wirklichkeit ihr Geschäft überhaupt nicht verstehen, oder in die von Finanzleuten, die noch nie im Leben eine Fabrik betraten oder in einem Kohlenschachte waren und die von ihrem Geschäfte nichts verstehen, wie Geld herauszuschlagen und dieses wieder als Kapital zu gebrauchen. — Unermeßliche Hoffnungen waren auf die Entwicklung des allgemeinen Wahlrechtes, gipfelnd in der Wahlberechtigung der Frau, gesetzt worden. Die Hoffnungen wurden zunichte, weil die Wähler, sowohl die Männer wie auch die Frauen, politisch nicht geschult und nicht erzogen sind und keinen Begriff von konstruktiven Maßregeln haben, und einen Abscheu gegen jede offizielle Einrichtung hegen und als einen Angriff auf ihre persönliche Freiheit ansehen.

Nicht früher, ehe die beiden Hauptlehren des Sozialismus: Aufhebung des Privateigentums (was nicht mit persönlichem Besitz verwechselt werden darf) und Gleichheit des Einkommens vom Volke als ein religiöses Dogma begriffen werden wird, gegen das keinerlei Bestreiten hilft, nicht früher wird ein gesunder, sozialistischer Staat möglich sein."

325 000 Spiralnebel. Die moderne Sternenforschung verwendet zur Erkenntnis der fernen Himmelskörper die scheinbaren Helligkeiten und Entfernungen der Sterne. Durch die Verbindung dieser Daten kommt sie zur Kenntnis der absoluten Helligkeit, der Leuchtkraft des einzelnen Sterns. Ist das Gesetz festgestellt, dem das Vorkommen der verschiedenen Grade der Leuchtkraft unterliegt, so ergibt sich aus der Verbindung dieses Gesetzes mit der Zählung der Sterne nach den einzelnen Stufen der scheinbaren Helligkeit ihre Verteilung im Raum. Auf diese Weise hat man zunächst das abgeschlossene Sternensystem durchforscht, das wir das Milchstraßen- oder Galaktische System nennen. Nun gibt es aber unter den Nebeln des Himmels eine Anzahl von Körpern, die zweifellos nicht dem Milchstraßensystem angehören und die man nach dem Beispiel der größeren ihrer Art als Spiralnebel ansieht. Ihre kosmische Stellung ist nicht klar zu übersehen, und so hat man denn versucht, ihr System auf ähnliche Weise zu durchforschen wie das Galaktische System. Ueber einen solchen Versuch, der von C. Wirtz unternommen worden ist, wird in den „Naturwissenschaften" berichtet. Bisher war die Totalhelligkeit dieser Nebel kaum zu messen, und über die Entfernungen war nichts bekannt. Man hat aber jetzt unternommen, die Totalhelligkeiten aus den geschätzten Flächenhelligkeiten und der Ausdehnung der Nebel zu berechnen. 993 solcher Nebel wurden untersucht, und es ergab sich, daß die scheinbaren Totalhelligkeiten zwischen 10,7 und 20,1 der bekannten Größenklassen liegen. Da die Oerter dieser Nebel gleichmäßig über den ganzen Himmel verteilt sind, kann man danach abschätzen, eine wie große Anzahl solcher Spiralnebel am ganzen Himmel zu erwarten ist, und man kommt dabei auf die Zahl 325 000, die mit anderen Beobachtungen gut übereinstimmt. Als mittlere Leuchtkraft der Spiralnebel ergibt sich 6,1. Bei einem Vergleich mit den Sternen unseres Milchstraßensystems läßt sich wahrscheinlich machen, daß die Spiralnebel von ähnlicher Größe und Konstitution sind wie unser Sternensystem. Vieles deutet darauf hin, daß es sich um ein abgeschlossenes System höherer Ordnung handelt und daß unsere Aufnahmen schon an die äußere Grenze dieses Systems heranreichen.

Ein 50 000-Volt-Wasserkabel. Ein von einer deutschen Firma geschaffenes Wasserkabel von 50 000 Volt Stärke ist jetzt zwischen Dänemark und Schweden gelegt worden. Nach einem Bericht der „Umschau" hat die Gesamtstrecke eine Länge von 28 Kilometern, von denen 5,4 Kilometer zwischen Helsingör und Helsingborg unter Wasser liegen. Das Kabel ist durch einen 4 Millimeter dicken Bleimantel geschützt und hat eine Dicke von 11 Zentimetern. Der unter dem Sund liegende Teil wurde in 6 Längen von je 900 Meter Länge gelegt.

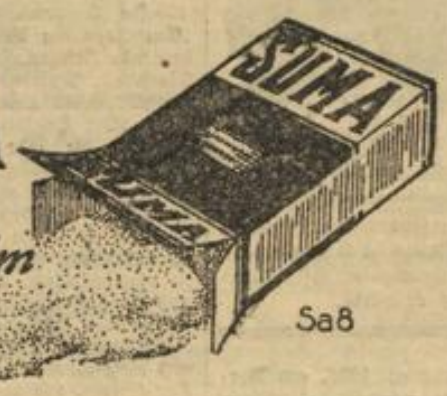
SUMA
schafft für mich!

In der brodelnden SUMA-Schaum-Lösung vollzieht sich von selbst die Reinigung Ihrer Wäsche, die Sie sonst gewohnt waren, mit großer Mühe rein zu reiben – zum Schaden der Gewebe.

Schlimmer noch als das Reiben ist die chemische Einwirkung von scharfen Waschmitteln. SUMA ist völlig frei von Soda, Wasserglas und künstlichen Bleichmitteln. Behutsam löst es den Schmutz aus der Wäsche heraus und macht sie schneeweiß.

Preis 50 Pfg.

SUMA
die neue Art Seife der "Sunlicht" Mannheim



Sa8

Theater, Lichtspiele usw.

Staats-Theater
Opernhaus a. Platz d. Republ. 7½: Der ferne Klang
Schauspielhaus 8 Uhr: Lulu
Schiller-Theater 8 Uhr: Soldaten

Städtische Oper
Charlottenburg 7 Uhr: **Aida**
M. Salvatini, S. Onégin, Dr. Schipper
Abonn.-Turnus I

Deutsches Theater
Norden 10334—38
8 Uhr: **Reidhardt v. Gneisenau**
von Wolfgang Goetz
Regie: Heinz Hilpert

Kammerspiele
Norden 10334—38
8¼ Uhr **Der gefällig. Thierry**
von Tristan Bernard
Regie: Eug. Robert

Die Komödie
Bismarck 2414, 7516
8 Uhr **Die Gefangene**
Von Bourdet
Regie: M. Reinhardt

Karlsruhe-Rhein **Theater Mörchenstr. Str.**
Hasenheide 2110
8 Uhr: **Mrs. Chaneys Ende**

Komödienhaus
Norden 6304
8: **Einbruch**

Th. a. Nollendorfplatz
Letzte Aufführungen „Habima"
8: **Jacobs Traum**
Donnerst. u. Sbd. 8 Uhr: **Dybuk**
Freitag: **Sintflut**

Komödienhaus
Sonst nachm. 3 U.
Der Garten Eden
Preise 50 Pf. b. 4 M.

SCALA
Nollendorf 7366
8 Uhr **Varieté-Neuheiten**

Tägl. 8¼ Uhr
Theater im Admiralspalast
Riesenerfolg
Haller-Revue An u. aus
Preise von 2-16 M.
Vorverkauf ununterbr.

Volksbühne
Theater am Bülowplatz: 8 Uhr: **Lysistrata**
Morgen 8 Uhr: **Lysistrata**
Th. am Schiffbauerdamm: Täglich 8 Uhr: **Das Grabmal des unbekannten Soldaten.**

Komische Oper
Der große Operettenerfolg
Täglich **Adrienne** 8.15 Uhr
mit Serak, Wessely, Wirl, Blass
Boetticher, Heil. – Sonntag nachm. 3 U.: „Die Fledermaus" in erster Besetzg.
Vorverkauf ununterbrochen v. 10 U. an

Wallner-Theater Tägl. 8 Uhr
D. große Erfolg: **Kasemanns Töchter**

CASINO-THEATER 8 Uhr
Gräfin Tippmamsell
Gutschein 1—4 Pers. bei Vorzeig. der Annonce Faut. nur 1.00 Mk., Sessel 1.5.

Neues Theater am Zoo
8 „Ich hab Dich lieb" 8
Perk. 1-5 M. Sessel 1 M. Vorverk. ununterbr. Rpl. 5371

Trianon-Theater
Täglich 8¼ Uhr:
„Dirnentragödie"

Philharmonie
8: Haydn-Mozart-Beethoven-Abd. d. Philharmon. Orch. Dirig.: Prof. Prüwer
9. Sinf. Haydn; Sinf. concert. Mozart; Pastorale-Sinf. Beeth.

8 Uhr **Winter-Garten** Varieté
Rauchen gestattet

Reichshallen-Theater
Abends 8 Uhr, Sonntag nachm. 3 Uhr
Stettiner Sänger
1. Schlat: **Piepers Diele**
Burleske von Meysel
Nachm. halbe Preise!
Dönhoff-Brett'l
Varieté-Konzert-Tanz

Rennen zu Grunewald
Mittwoch, d. 27. Oktober
nachmittags 12½ Uhr

Berliner Ulk-Trio
Neukölln. Lahnstr. 74/75 I

Metropol-Theat.
Täglich 8 Uhr: Die große Revue
Wieder Metropol

Residenz-Theat.
Täglich 8¼ Uhr:
Absteigequartier
Entritt Jugendlichen verboten

Thalia-Theater
8 Uhr **Der Biberpelz**
Regie: Berth. Viertel

Theater des Westens 8:
Der Zug nach d. Westen

Gr. Schauspielhaus
Täglich 8¼ Uhr
Wo ist Lulu?
CHARELL-REVUE

Salzburg-Rhein **Deutsches Künstl.-Theater**
8¼ Uhr: **Das große Abenteuer**
Serak, Paßlaky

Lessing-Theater
8 U.: **Mensch und Uebermensch**

Th. a. Kurfürstendamm 8 Uhr:
In der Johannisnacht

Lustspielhaus
8¼ Uhr:
Die Herzogin v. Elba

Kleines Theater
Täglich 8 Uhr:
Menschenfreunde
Vorzeiger 50 Proz. des Kassenpreises!
Sbd. nachm. 4 Uhr
Gr. Kindervorstellg.
Schneewittchen

Rose-Theater
8¼ Uhr
Sterbliche Arbeit

Apollo-Theater
Riesen-Weihnacht-Programm mit
Breitbart Florian Petermann
14 erstkl. Attraktionen
Wieder Frühkonzerte 8.75, 1.—, 1.50, 2.—, 2.50, 3.— M. usw.
Anfang 8 Uhr

Theater a. Kottb. Tor
Kottbuser Str. 8.
Tägl. 8 Uhr u. Sonntag nachm. 3 Uhr (zu ermäßigten Preisen)
Elite-Sänger und das Russ. Damen-Gesangs-Quartett-Duport

Blumenspenden
jeder Art
liefert preiswert
Paul Golletz,
vorm. Robert Meyer,
Mariannenstraße 3, Ecke Naunynstraße
Amt Moritzpl. 10308

Ia. Elderfettkäse
9 Pfd. M. 6,30 frko.
Dampfkäsefabrik Rendsburg.

Am 24. Okt. nachm. 5 Uhr verstarb nach kurzer Krankheit mein lb. Mann, unser guter Vater, Schwiegervater, Großvater und Onkel, der Tischler

Richard Klicks

im 67. Lebensjahre.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen **Ww. Anna Klicks.**

Einäscherung am Donnerstag, den 28. Oktober, abds. 6 Uhr, im Krematorium Baumschulenweg.

Für die zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Bestattung unseres lieben Entschlafenen, des Sängers

Bruno Rahmig

sagen wir allen Teilnehmern, insbesondere den Vorstandsmitgliedern des Freidenkervereins sowie den Herren Rednern und allen Mitwirkenden bei der Feier im Krematorium unseren aufrichtigen Dank.

Erna Neumann, geb. Rahmig.
Hermann Bertram u. Frau als Schwiegereltern.

Ziehung 5.—10. November
Turn- und Sport-Lotterie 20 703 Gewinne u. 3 Prämien im Werte von Mark
105000
30000
20000
10000
usw. usw.
Lose zu **50 Pf.** Porto u. Liste 30 Pfennig.
10 Lose einschl. Porto und Liste **5 M.**
erhältlich bei den Städt. Lotterie-Einnehmern, in allen Lotterie-Geschäften oder gegen Einzahlung bezw. Nachnahme durch
A. MOLLING, BERLIN W 8.
Unter den Linden 3a.
Postscheckkonto Berlin 26328

Berliner Elektriker Genossenschaft
angeschl. dem Verb. soz. Baubetriebe
Berlin N. 24, Elsässer Str. 86-88
Fernsprecher: Norden 6525, 6526
Filiale Westen, Wilmersdorf
Landhausstr. 4. Tel.: Pfalzburg 9231
Ausstellungsräume und Lager: Alexanderstraße 39-40 (Alexander Passage), Telephon: Königstadt 846
Herstellung elektr. Licht-, Kraft- und Signalanlagen. Verkauf aller elektr. Bedarfsartikel
Ausführg. sämtl. Reparaturen
Preiswerte, gediegene Arbeit

Neubau-Wohnungen
in Berlin, verkäuflich Sonnenallee-Frauenmarkt, beste Lage, 2 und 3 Zimmer, Bad, gute Loggia, per 1. Januar 1927 zu vermieten. Auskunft bereitwilligst i. Baubüro oder Neukölln 7410.

Öfen
gegen 12 Monatsraten
Raddatz
Berlin, Leipziger Str. 122-125

Wie gesund bleiben bei Wohnungsnot Arbeitslosigkeit Berufsgefahren?

Sonder-nummer **GUG**

„Gesundheit u. Gesellschaft"

der „Urania" Monatshefte für Naturerkenntnis und Gesellschaftslehre — beleuchtet dieses für die großen Bevölkerungsschichten brennende Thema in verschiedenen Artikeln bekannter, im Berufsleben stehender Fachwissenschaftler, u.a. Dr. Mosbacher: „Krankheit als soziale Erscheinung", Oberbürgermeister Hirsch: „Wohnungsnot als Krankheitsursache", Dr. Wolf: „Krankheit u. Beruf"

Jeder bestelle noch heute! Dieses Sonderheft kostet einzeln nur 40 Pfg. — Es erscheinen vierteljährlich 8 „Urania"-Hefte und eine „Urania"-Buchbeigabe.

Ausgabe A (mit broschiert. Buchbeigabe) Mk. 1.60
Ausgabe B (Buchbeigabe in Ganzleinen) Mk. 2.05

Zu beziehen durch:
J. H. W. Dietz Nachfl. G. m. b. H.
Berlin SW 68, Lindenstraße 2
sowie durch die „Vorwärts"-Austräger.

Besonders wirksam sind die KLEINEN ANZEIGEN in der Gesamtauflage des „Vorwärts" und **billig!**

RESTE-TAGE

Donnerstag, den 28.
Freitag, den 29.
Sonnabend, den 30.

SEIDE-
SAMT-
WOLL-
und
BAUMWOLL-
RESTE

weiter herabgesetzt, bis auf die Hälfte des bisherigen Restepreises

CORDS
DAS HAUS DER GUTEN QUALITÄTEN

Leipziger- Ecke Charlottenstraße

Es ist keine Frage.

Tausende bezeugen es, daß

STUVKAMP-SALZ

ein unübertroffenes Mittel darstellt, die Gesundheit zu erhalten. Es regt die Blutzirkulation und den Stoffwechsel an und verschafft jenes Gefühl des dauernden Wohlbehagens, das nur den wirklich gesunden Menschen beherrscht. Für 3 Pfg. pro Tag können Sie sich gesund erhalten.

In Originalpack. zu M. 1 u. M. 2 in Apotheken u. Drog. erhältl.

GASTSPIEL CIRCUS CARL HAGENBECK
STELLINGEN/HAMBURG
AB 3. NOVEMB.
CIRCUS BUSCH